

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

1/2018

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Januar-Februar 2018

Redaktionsnotiz.....	3
Nachtrag zum 500. Jahrestag der Reformation.....	4
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Huldrych Zwingli, der radikale Schweizer Reformator.....	4
Faschismus und Antifaschismus.....	7
<i>Said Rezek</i> : 10 Zitate die deutlich machen, wie rassistisch und rechtsextrem das (Ex)-Spitzenpersonal der AfD ist.....	7
<i>Helmut Loeven</i> : Von 12,6% gewählt, von 87,4% nicht gewählt.....	8
<i>Frank Flegel</i> : Über Wähler und Mitläufer der Faschisten.....	9

Der Sieg in Vietnam.....	17
<i>Gerhard Feldbauer</i> : B-52 über Hanoi.....	17
Diskussionen zu strategischen Fragen.....	22
<i>Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE)</i> : Beitrag zur Veranstaltung der Partei der Arbeit Österreichs (PdA) zum 100. Jubiläum der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Wien.....	22
<i>Thanasis Spanidis</i> : Der VII. Weltkongress der Komintern und seine Folgen.....	27
<i>D. Koutsoumbas</i> : Wir ziehen Schlussfolgerungen aus unserer Geschichte, wir werden stärker.....	65
<i>Katharina Köhler/Hans Christoph Stoodt</i> : „... zu sagen, was ist!“ (Rosa Luxemburg). Zur aktuellen Haltung der Redaktion der „jungen Welt“ und der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2018.....	69
<i>Hermann Jacobs</i> : Einheit als Ziel, Klarheit als Weg.....	78
Geschichte des Sozialismus.....	Fehler! Text
<i>W.A. Sacharow</i> : Die Fälschung des 'Lenin-Testaments'.....	84
Marxistisch-leninistisches Fernstudium von KPD und offen-siv.....	100
Konzeption des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv, Frühjahr 2018 bis Sommer 2019.....	100
Aus der Leser/innen-Post.....	112
<i>Günther Lunkwitz</i> : Für meine Argumentation sehr wichtig.....	112
<i>Hermann Jacobs</i> : Gegenpol.....	112
Redaktionelles.....	113
<i>Anna C. Heinrich, Frank Flegel</i> : Ende der Debatte.....	113

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Das erste Heft der offen-siv im Jahr 2018 widmen wir den Fragen der aktuellen Strategiedebatte in der kommunistischen Bewegung. Die Diskussionen in der DKP und die davon ausgelösten Erschütterungen sind der Auslöser dafür, überfällig ist eine solche Debatte aber schon seit langer Zeit. Die Genossinnen und Genossen von www.wieweiter.net geben dazu wichtige Signale und Impulse. Deshalb dokumentieren wir hier zwei ausführliche Arbeiten von ihnen. Dem stellen wir zwei Texte der KKE zur Seite, den Beitrag der KKE zur Feier des Roten Oktober durch die Partei der Arbeit Österreichs und einen Artikel ihres Generalsekretärs in der russischen Zeitung „Sowetskaja Rossija“ sowie einen Appell von Hermann Jacobs. Dieser Schwerpunkt umfasst 62 Druckseiten, deshalb hat dieses Heft Überlänge.

Der Umgang mit der AFD und die Rede von den nicht ernst genug genommenen „Ängsten“ der Menschen, die diese Faschisten gewählt haben, sowie die Vorstellung, dass man diese Menschen „für den Sozialismus gewinnen kann“ (Leserbrief in der UZ vom 11. Januar 2018), ist ein weiteres Thema dieses Heftes.

Zu beiden Themenbereichen würden wir uns über Resonanz freuen.

Wie fast immer ist die Geschichte des Sozialismus wieder Thema, diesmal das so genannte Testament Lenins. Dank an Gerhard Schnehen für die Übersetzung des Textes

Am Wochenende des 10./11. März beginnt der nächste Studiengang unseres gemeinsam mit der KPD organisierten marxistisch-leninistischen Fernstudiums. Wir bringen hier die inhaltliche Konzeption mit Terminen und Informationen über die organisatorischen Rahmenbedingungen. Bei Interesse bitte demnächst anmelden, es liegen bereits 32 Anmeldungen vor!

Ein Nachtrag zum 500. Jahr der Reformation und eine Ergänzung zum Vietnam-Sonderheft von Irene und Gerhard Feldbauer runden das Heft ab.

Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2017 wird erst in der Februar-März-Ausgabe erscheinen, da zum jetzigen Zeitpunkt (Mitte Januar) noch nicht alle Außenstände eingegangen und noch nicht alle Rechnungen aus 2017 bezahlt sind.

Natürlich wisst Ihr, dass wir Spenden brauchen. Wir weisen trotzdem darauf hin.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Nachtrag zum 500. Jahrestag der Reformation

Gerhard Feldbauer: Huldrych Zwingli, der radikale Schweizer Reformator

Am 11. Oktober 1531 fiel er in der Schlacht bei Kappel

Im Jahr der 500. Wiederkehr der Reformation haben wir Thomas Müntzers und Michael Gaismairs gedacht. Unter den großen Gestalten dieser Zeit revolutionärer Erhebungen ist als Dritter Huldrych Zwingli zu nennen.

Der am 1. Januar 1484 in Wildhaus (Kanton St. Gallen) geborene Huldrych Zwingli gehörte zu den entschiedensten Führern der protestantischen Bewegung Europas, die auch in der Schweiz, begleitet von Bauernaufständen in eine frühbürgerliche Revolution mündete. Als Feldprediger begleitete Zwingli die revolutionären Truppen in die Schlachten. Am 11. Oktober 1531 fiel er bei Kappel.

Zwingli, dessen eigentlicher Vorname Ullrich lautete, wuchs im sozialen und politischen Umfeld der im 15. Jahrhundert von verschiedenen Volksschichten getragenen reformatorischen Bewegung auf. Vordergründig ging es darum, die katholische Kirche in einem Teil Europas in eine reformierte anglikanische, lutherische oder kalvinistische umzugestalten.

Für die Verfolgung grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen gab es in der Schweiz eine Reihe günstiger Bedingungen, die in anderen Ländern so meist nicht existierten. Die Feudalverhältnisse waren relativ unterentwickelt; die Form der Marktgenossenschaft war erhalten geblieben; eine starke Schicht freier Bauern hatte sich herausgebildet; in den Stadtkantonen Zürich, Basel und Bern waren bereits starke Zentren des Zunfthandwerks (Webereien) entstanden; existierte ein ausgedehnter Fernhandel.

Das entwickelte städtische Bürgertum, aber auch Grundbesitzer forderten im Interesse der Stärkung ihrer wirtschaftlichen Positionen und politischer Eigenständigkeit, die Eidgenossenschaft stärker zu zentralisieren und die Machtstellung der Kirche zu beseitigen. In den nordschweizerischen Städten, an ihrer Spitze Basel mit seiner 1459 gegründeten Universität, entstanden Zentren des Buchdrucks und auf dieser Basis der Humanismus.

In Basel und Bern besuchte Zwingli, Sohn eines Bauern und Amtmannes, die Schule, studierte anschließend in Basel und Wien von 1498 bis 1506 Theologie und promovierte zum Magister. Danach hatte er in Glarus zehn Jahre ein Pfarramt inne, war bis 1518 im Wallfahrtsort Maria-Einsiedeln tätig und seit 1519 Leutpriester am Groß-

münster in Zürich. Als Feldprediger nahm er 1513 und 1515 an den Schlachten von Novara bzw. Marignano (heute Melegnano) gegen die französischen Truppen in Norditalien teil.

Steht Zwinglis Wirken zunächst unter dem Einfluss der lutherischen Bewegung, wird er jedoch bereits zu dieser Zeit besonders durch den Humanismus des Erasmus von Rotterdam geprägt, der sich 1517 und 1528 in Basel aufhielt. Zu einem engen Weggefährten wurde ihm der Mediziner, Philosophieprofessor und Historiker Joachim von Watt (Latinisiert Vadianus genannt), der in St. Gallen als Stadtarzt arbeitete, dort zum Magistratsmitglied und 1526 zum Bürgermeister berufen wurde.

Im Rahmen heftiger sozialer und politischer Auseinandersetzungen beginnt unter Führung Zwinglis 1523 in Zürich die Schweizer Reformation, die sich in den nächsten Jahren auf andere Stadtkantone ausbreitet. Während in Zürich das Patriziertum entmachtet wird, erheben sich die Bauern in der Nordschweiz, erkämpfen die Aufhebung der Leibeigenschaft und des kleinen Zehnten. Durch seine erste und zweite Disputation (Januar und Oktober 1523) gestaltet Zwingli Zürich zum Zentrum der kirchlichen, politischen und sozialen Neuordnung der Eidgenossenschaft. Die Schweizer Reformation strahlt vor allem auf Süddeutschland und Tirol aus. Der Bauernführer Michael Gaismair verfasst 1526 in seinem Exil in Graubünden auf der Grundlage der Lehren Zwinglis seine „Tiroler Landesordnung“ und führt im selben Jahr die Bauern des Alpenlandes zu einem neuen Aufstand.

Nach der zweiten Disputation Zwinglis beginnt die Durchführung der Reformation; der Züricher Stadtrat entmachtet die Kirche und übernimmt ihre Aufgaben. Zwingli verkündet als Ziel, alles zu beseitigen, was nicht aus der Heiligen Schrift zu begründen ist: Darunter die Abnahme der Heiligenbilder (1524), die Aufhebung der Klöster (1525), die Abschaffung der Prozession, des Orgelspiels und des Gemeindegesangs, der Firmung und der letzten Ölung, die Beschränkung der Feiertage, die Begründung des Almosenamtes, Abendmahlsfeier nur an vier Sonntagen des Jahres am weißgedeckten Tisch mit Brotbrechen und Kelchnahme. An die Stelle des Stiftskapitels am Grossmünster tritt die Prophezei (Bibelauslegung in wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften). Zu Beginn der kirchlichen Reformen geht Zwingli 1524 mit Anna Reinhard die Ehe ein.

Zwinglis theologisches Wirken war rational geprägt und auf das gesellschaftliche städtische Leben ausgerichtet, es beeinflusste maßgeblich den bürgerlich-republikanischen Charakter der Schweizer Reformation. Wenn er die Bedeutung der Arbeit für die Gesellschaft hervorhob, war er seiner Zeit sozial weit voraus. Daran änderte auch die zeitbezogene Begründung nichts, dass sie Gottes Gnade herbeirufe. Entschieden bekämpfte er die Leibeigenschaft und den Söldnerdienst in fremden Heeren, das sogenannte Reislafen, das 1522 in Zürich verboten wurde. Die von

Zwingli herbeigeführten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen entsprochen den Bedürfnissen des aufsteigenden Bürgertums.

Sowohl in seinen kirchlichen als auch seinen politisch-sozialen Reformen war Zwingli entschieden radikaler als Luther, was offen in dem Marburger Religionsgespräch 1529 zum Ausdruck kam. Während Luther die leibhaftige Gegenwart Christi in den Abendmahlssegmenten (Brot und Wein) vertrat, fasste Zwingli diese nur symbolisch auf.

Welten trennten Zwingli, der die Reformationstruppen in die Schlachten begleitete und sich auf die Seite der aufständischen Bauern stellte, von dem Wittenberger, der 1525 mit seiner Schrift „Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern“ diesen in den Rücken fiel und auf die Seite der Feudalreaktion überlief.

1529 verbündete sich die klerikal-katholische Reaktion der Schweiz mit der Österreicher gegen Zürich. 1531 erlitt das Revolutionsheer in der Schlacht bei Kappel, in der Zwingli fiel, eine Niederlage.

Der Tod des radikalen Reformators engte die Reformen ein und erleichterte die katholischen Restaurationsbestrebungen. Die konfessionelle Spaltung blieb bestehen, tiefergehende historisch-progressiven Pläne Zwinglis zu einer staatspolitischen Umgestaltung der Eidgenossenschaft wurden verhindert.

Seine Anhänger, die sich nach seinem Tod Zwinglianer nannten, vereinigten sich 1549 mit denen Jean Calvins, der nach seiner Ausweisung aus Frankreich 1536 vor allem in Genf wirkte, zu den sogenannten Reformierten.

Zwingli hinterließ umfangreiche Schriften, die erstmals ab 1905 in 14 Bänden zusammengefasst erschienen. Als sein Hauptwerk gilt „De vera ac falsa religione“ (über die wahre und die falsche Religion), das bereits zu seinen Lebzeiten 1525 erstmals in Zürich erschien.

(Dieser Artikel war eigentlich für die letzte Ausgabe 2017 geplant, musste aber auf diese Ausgabe verschoben werden; d.Red.)

Faschismus und Antifaschismus

Said Rezek: 10 Zitate, die deutlich machen, wie rassistisch und rechtsextrem das (Ex)-Spitzenpersonal der AfD ist.

- 1) *"Das große Problem ist, dass Hitler als absolut böse dargestellt wird. Aber selbstverständlich wissen wir, dass es in der Geschichte kein Schwarz und Weiß gibt."* (Björn Höcke, thüringischer AfD –Landeschef)
- 2) *"Wir [haben] das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen"* (Alexander Gauland, Bundessprecher und Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion)
- 3) *"Was soll man denn von diesen ganzen 'Deutschland-ist-bunt'-Kampagnen halten? [...] Bunt ist auch ein Komposthaufen."* (Frauke Petry, ehemalige Sprecherin des AfD Bundesvorstands)
- 4) *"Was zur Hölle ist in diesem Land los? Wieso twittert eine offizielle Polizeiseite aus NRW auf Arabisch. Meinen Sie, die barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden so zu besänftigen?"* (Beatrix von Storch, stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende)
- 5) *"Dem kleinen Halb neger (gemeint ist Noah Becker) scheint einfach zu wenig Beachtung geschenkt worden zu sein, anders lässt sich sein Verhalten nicht erklären."* (Jens Maier, AfD Bundestagsabgeordneter)
- 6) *"Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat."* (Björn Höcke über das Holocaust-Denkmal in Berlin)
- 7) *„Der Islam ist eine Konstruktion, die selbst die Religionsfreiheit nicht kennt und diese nicht respektiert. Und da, wo sie das Sagen hat, jede Art von Religionsfreiheit im Keim erstickt. Und wer so mit einem Grundrecht umgeht, dem muss man das Grundrecht entziehen.“* (Albrecht Glaser, AfD Kandidat für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten)
- 8) *"Ich will, dass Deutschland nicht nur eine tausendjährige Vergangenheit hat. Ich will, dass Deutschland auch eine tausendjährige Zukunft hat."* (Björn Höcke; das tausendjährige Reich war eine alternative Bezeichnung des „Dritten Reiches“ durch die NS-Propaganda)

9) *"Ladet sie (Aydan Özoguz) mal ins Eichsfeld ein, und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können."* (Alexander Gauland)

10) *"Die Bewaffnung der Grenzpolizei macht ja nur Sinn, wenn die Beamten auch die Erlaubnis haben, diese Waffen notfalls auch einzusetzen – um zu warnen, zu verletzen, oder letztlich auch um zu töten"* (Marcus Pretzell, ehemaliger Landeschef der AfD NRW).

Niemand kann die rechtsextreme Gesinnung der AfD leugnen. Beschreibungen wie der Begriff „bürgerliche Partei“ im Falle der AfD sind fehl am Platz. Alle Zitate wurden in der Medienlandschaft kontrovers diskutiert. Wer die AfD wählt ist kein Protestwähler, sondern unterstützt direkt eine durch und durch rassistische Partei.

Helmut Loeven: Von 12,6% gewählt, von 87,4% nicht gewählt.

Man glaube nur nicht, daß die ihr Wählerpotential schon ausgeschöpft haben. Schon am ersten und am zweiten Tag nach der Wahl zerstreiten die sich. Man glaube nur nicht, daß die sich selbst zerlegen. Man glaube nicht, daß Streit und Spaltung denen schadet. Man glaube nur nicht, daß sich da "Gemäßigte" von "Radikalen" absetzen. Führt euch doch die Zitate der "Gemäßigten" zu Gemüte. Die kloppen sich um Posten und Karrieren. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich – soll heißen, daß die, die sich da schlagen und vielleicht wieder vertragen, ein Pack sind.

Man glaube nur nicht, daß das "Protestwähler" sind, die die gewählt haben, oder daß man für die "Ängste" Verständnis haben und auf sie zugehen beziehungsweise sie "zurückgewinnen" müßte. Mir fehlt da jedes Verständnis.

Wer die gewählt hat, denen muß man nicht nachlaufen, sondern die ganze Verachtung zeigen, die dem häßlichen Deutschen nicht erspart werden darf. Das sind keine "Protestwähler", sondern Arschlöcher, und das sind keine "Ängste", sondern das ist Dummheit, die sich zur Gehässigkeit steigert. Wer die wählt, ist der böse Nachbar, dem es nicht gefällt, daß der Frömmste in Frieden lebt. Das ist der ewige Spießler, angetrieben vom Neid auf das Lebensglück, angetrieben vom Haß auf alle, die sich der leidenden Kreatur erbarmen und im Mitmenschen den Mitmenschen sehen.¹

¹ Aus: „Der Metzger“, satirische Zeitschrift, herausgegeben von Helmut Loeven, Buchhandlung Weltbühne, Gneisenastr. 226, 47057 Duisburg, Tel: 0203-375121

Frank Flegel: Über Wähler und Mitläufer der Faschisten²

*„Die Großen hören auf zu herrschen, wenn die Kleinen aufhören zu kriechen.“
(Friedrich Schiller)*

*„...nicht, dass der Hungernde stiehlt oder dass der Ausgebeutete streikt,
ist zu erklären,
sondern warum die Mehrheit der Hungernden nicht stiehlt
und die Mehrheit der Ausgebeuteten nicht streikt.“
(Wilhelm Reich)*

Mit der AfD sitzt eine faschistische Partei im Bundestag und inzwischen auch in vielen Landtagen der BRD. Das ist in diesem Umfang neu. Und es ist gefährlich, denn die sichtbare Größe des organisierten Faschismus macht ihn in Teilen der Bevölkerung, in Teilen der bürgerlichen Medien und sogar bei einem Teil der sozialdemokratisch ausgerichteten Reformisten „hoffähig“, was mitnichten bei allen Genannten eine Akzeptanz seiner Inhalte betrifft, leider aber bei einigen die Akzeptanz seiner organisatorischen Existenz. (*„Die AfD ist eine demokratisch gewählte Partei“, „die AfD repräsentiert einen Teil des deutschen Volkes“, „wir haben die Ängste Der Menschen nicht ernst genug genommen“³ usw.*)

² Die Parteiführungen und die meisten Funktionäre faschistischer Parteien wissen, was sie tun. Hitler beispielsweise hat einmal gesagt (ich zitiere sinngemäß): Wenn es die Juden nicht gäbe, hätten wir sie erfinden müssen. Und das so etwas wie Gauland von der AfD heute verlauten lässt, dass wir auf die Leistungen der deutschen Soldaten in den beiden Weltkriegen stolz sein sollten, zeigt erstens, dass er weiß, was er sagt, und zweitens, dass der Faschismus noch immer der Vorbereitung des imperialistischen Krieges dient. Diese Dinge sind klar, entsprechen bestimmten Interessen der Bourgeoisie, die den Faschismus im Wartestand sowieso gern sieht, könnte er ihr doch eventuell noch nützlich werden. Die Dimitroff-Definition gilt auch heute noch uneingeschränkt.

Mir geht es hier um die Massenbasis, also - wie der Titel schon sagt - um die Wähler und Mitläufer, um diejenigen, die so blöd sind, sich von Rassismus und Krieg Vorteile zu versprechen, im Ernstfall aber nicht an den Fleischtopfen, sondern im Schützengraben, also auf der Schlachtbank landen. Die Frage ist, warum Menschen dermaßen gegen ihre eigenen objektiven Interessen handeln.

³ Zu diesen „Ängsten“ bemerkt Helmut Loeven in einer Glosse in „Der Metzger“ sehr treffend: *„Gemeint ist die Angst, dass jemand die Fahrt im Schlauchboot über das Mittelmeer überleben könnte.“*

Die Entwicklung des faschistischen Sumpfes

Trotz dieser aktuellen Erfolge der AfD muss angemerkt werden, dass die Existenz eines faschistischen Sumpfes innerhalb der Bevölkerung der Bundesrepublik schon so alt ist wie sie selbst. (Ich rede hier nur von der Zeit der Bundesrepublik, grundsätzlich gibt es diesen faschistischen Sumpf natürlich noch viel länger.) Eine Untersuchung, die inzwischen über 30 Jahre alt ist, zeigte, dass rund die Hälfte der bundesdeutschen Bevölkerung eindeutig autoritären Orientierungen anhängt nach dem Motto: „Da muss mal aufgeräumt werden, da muss man endlich mal durchgreifen, da kann mir einer sagen, was er will: wir brauchen wieder einen starken Mann.“ Usw.usf.

Die Konterrevolution, die die sozialistischen Länder Europas eliminierte, hat selbstverständlich die Tür weit geöffnet, den Boden gedüngt für das Vordringen faschistischen Gedankengutes in Form von Rassismus und Nationalismus. Und die Entwicklung der Welt seitdem, die Zuspitzung der Konflikte zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Völkern und den ihre Eigenständigkeit behaupteten Nationalstaaten wie Irak, Libyen, Syrien einerseits und die Verschärfung der innerimperialistischen Konkurrenz andererseits gießt zusätzlich Öl ins Feuer.

Einer der ideologischen Hauptpfeiler des Faschismus, der Rassismus, ist nämlich nichts anderes als der Reflex des aggressiven Imperialismus. Früher brachten „wir“ den „Kolonialvölkern“ nach Lesart der Bourgeoisie ja „Kultur“ und „Zivilisation“, dann gab es die „germanische Herrenrasse“ und neben dem „slawischen Untermenschen“ die „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“, heute behauptet die deutsche Bourgeoisie, es seien der „Frieden“ und die „Menschenrechte“, die „wir“ den anderen brächten. Das klingt unterschiedlich, ist es aber nicht. Inhaltlich ist das alles das Gleiche: Imperialismus.

In die Propaganda eingeschlossen ist immer, dass „wir“ entwickelter, besser, eben überlegen sind. Das ist die Wurzel für einen arroganten, aggressiven, andere herabsetzenden Nationalismus⁴, der direkt in den offenen Rassismus mündet.

So weit, so schlecht. Auch wenn der Rassismus, dieser dumme Reflex auf den Imperialismus, aus den gesellschaftlichen Verhältnissen entspringt, ist er doch keine die Menschen im Kapitalismus zwangsläufig und ausweglos befallende „Krankheit“. Im Alltagsbewusstsein der Menschen finden sich alle möglichen ideologischen Bruchstücke, oft sich gegenseitig widersprechend, aber nur bei einem bisher zum Glück noch die Minderheit darstellenden Teil überwuchert der Rassismus alles andere.

⁴ Und damit ist dieser imperialistische Nationalismus das genaue Gegenteil des revolutionären Patriotismus der unterdrückten Völker.

Wie ist es zu erklären⁵, dass neben der Bourgeoisie und ihren elitären Lakaien auch „kleine Leute“, vor allem aus dem in prekären Verhältnissen lebenden Teil des Proletariats, rassistisch-faschistische Orientierungen bevorzugen, ja sie zu den Ihrigen macht? Schließlich widerspricht diese Ideologie ja völlig ihren objektiven Interessen. Diese Menschen müssen in gewisser Weise verrückt, ja realitätsuntüchtig sein.

Die Sozialpsychologie hat sich seit den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit dieser Frage beschäftigt. Anlass für die damals angestellten Forschungen und Überlegungen war der Hitlerfaschismus. Es entstanden Studien zur „Massenpsychologie des Faschismus“, zum „Autoritären Charakter“ und andere.

Leider leiden die Psychologen fast durchgängig an einem idealistischen Weltbild, sie versuchen die Welt nicht auf der Basis der Produktionsverhältnisse zu erklären, sondern auf der Basis der Erziehung und der psychischen Entwicklung der Menschen. Dieser Ansatz tut so, als hätten gesellschaftliche Normen, Moralvorstellungen, Rollenbilder und all das, was in die Erziehung sowohl im Elternhaus als auch in die Erziehungs- und Bildungsinstitutionen eingeht, keine gesellschaftlich-ökonomische Bestimmtheit. Insofern ist die Sozialpsychologie (und erst recht die Individualpsychologie) in gewisser Weise oberflächlich. Trotzdem hat sie, vor allem der Zweig derselben, der sich auf die Psychoanalyse stützt⁶, Erkenntnisse hervorgebracht, die wir nicht ignorieren sollten. Ich meine damit die Studien zum so genannten „Autoritären Charakter“, die ich hier kurz in ihrer Quintessenz darstellen möchte.

Die Theorie vom „Autoritären Charakter“

Die Theorie vom "Autoritären Charakter" basiert auf der Psychoanalyse, die von Freud begründet und von mehreren anderen weiterentwickelt wurde. Dabei haben sich auch hier zwei Richtungen entwickelt, die klassisch-bürgerliche und die fortschrittlich-marxistische. Ich beziehe mich auf die zweite⁷.

⁵ Wenn ich hier den Begriff „erklären“ verwende, heißt dieser nicht „entschuldigen“. Zu wissen, was ist und warum es ist, ist notwendig, damit die kommunistische Bewegung darauf angemessen reagieren kann. Das ist der Zweck dieses Artikels. Der faschistische Mob ist und bleibt unser Todfeind, den aufs Schärfste zu bekämpfen unsere Pflicht ist.

⁶ Heutzutage hat sich die Psychologie bis auf wenige Ausnahmen zu zwei reinen Dienstleistungsbetrieben für den Kapitalismus entwickelt, nämlich einerseits mittels der Verhaltenstherapie, die nach dem Motto „mit Konflikten leben lernen“ funktioniert, also daran arbeitet, die Menschen an die kapitalistischen Bedingungen anzupassen, und andererseits mittels der Werbepsychologie, die psychologische Einsichten nutzt, - nur nicht für die Emanzipation der Menschheit, sondern für deren Verführung und Verblödung.

⁷ Das sind vor allem die Frühwerke von Reich und Studien von Adorno, Brückner und anderen.

Um die folgenden Ausführungen zu verstehen, sind zunächst drei Begriffe einzuführen, die Freud als "psychische Instanzen" bezeichnet hat: Das "Ich", das "Es" und das "Über-Ich".

Das "Es": Triebe und Grund-Bedürfnisse. Hierzu ist sicherlich Essen, Trinken, Schlafen usw., genauso Liebe und Sexualität, aber auch Neugier, Kreativität und Produktivität zu rechnen. Sicherlich nicht sind hier jedoch die an der Oberfläche der Gesellschaft erworbenen „Bedürfnisse“ wie das nach einer Zigarette, nach einem Heck-Spoiler am Auto, dem Urlaub auf Gran Canaria, der neuesten Mode, dem neuesten Smartphone oder was weiß ich für Shopping-Moden zu nennen.

Das "Über-Ich": Normen und Werte, Verbote und Gebote. Hierher gehören die Regeln des Umgangs mit anderen Menschen und gesellschaftlichen Gegebenheiten, Moralvorstellungen, Wertungen und die Gewissensbildung.

Das "Ich": Das ist die diese eben genannten beiden psychischen Instanzen und die vorgefundene Realität miteinander vermittelnde psychische Kraft, die handelnde Person. Das Ich befriedigt die Ansprüche aus dem "Es", so weit es ohne größere Kollision mit den Vorstellungen des "Über-Ich" geht und in der Realität möglich ist. Das "Ich" vermittelt Widersprüche zwischen "Es" und "Über-Ich", wägt die verschiedenen äußeren und inneren Ansprüche ab und handelt dementsprechend, stellt Wünsche und Bedürfnisse zurück, wenn es sein muß, verhilft ihnen an anderer Stelle zum Durchbruch, usw. usf.

Es ist unschwer zu erkennen, daß das "Über-Ich" und das "Es" ein Widerspruchspaar bilden, in dem - vereinfacht gesagt - menschliche Natur und gesellschaftlicher Anspruch kollidieren, Bewegungsformen ihrer gegensätzlichen Bestimmungen erzeugen und gleichzeitig ihre Widersprüche verschieben, verlagern und/oder auf höherer Ebene reproduzieren (in Liebesbeziehungen, Familie, im Arbeitsleben usw.)

Grundlage der Herausbildung eines "autoritären Charakters" ist die Art der Bildung des "Über-Ich": Findet die Bildung des "Über-Ich" überwiegend mit heftigem Druck, großem Stress, harten Strafen statt, entwickeln sich beim Kind und Jugendlichen also während seiner Erziehung Ängste vor einem Scheitern, vor Strafen, davor „etwas falsch zu machen“, so führt diese Situation zu einem großen Gewicht des "Über-Ich" in der Person. Daraus entstehen - lax gesagt - Menschen, die die Pflicht „genießen“, die für Norm und Sitte leben. Die Ursache ist klar: Das "Ich", also die Person selbst, die Instanz, die zwischen eigenen Antrieben und Gewissen sowie Realität vermittelt, lebt in ständiger großer Angst vor der Strafe, die für eventuellen Normübertretungen droht.

Diese Angst müssen wir hier näher betrachten:

Zunächst, also im Zuge der Herausbildung des "Über-Ich", meist in relativ früher Kindheit beginnend, ist die Angst direkt auf die strafende Erziehungsperson bezogen, also vollkommen real.

Bei länger anhaltender und harter Repression installiert sich der äußere Druck als Gewissen - mit steigender Angst wird das Gewissen mächtig und übermächtig. Das Gefühl des „schlechten Gewissens“ ist die dumpfe Ahnung, dass Strafe lauert, Unheil kommt bei Übertretung der Norm. Die Angst vor der äußeren Strafe ist nun schon zur Angst vor dem "Über-Ich", also zur inneren Angst geworden.

Das "Ich" spürt nun bei bestimmten Regungen des "Es", also bei bestimmten Bedürfnissen oder Wünschen ein schlechtes Gewissen, dumpfe Angst vor Strafe. Das ist ein Zustand, der das "Ich" jeweils in unangenehme, schwer auszuhaltende Stimmungen versetzt. Inzwischen wirkt nämlich schon das Bewusst-Werden bestimmter Wünsche angstauslösend. Die Angst vor Strafe hat sich verlagert zur Angst vor dem Wunsch bzw. Bedürfnis. Um dieser (permanenten) Angst zu entgehen, lehnt sich das "Ich" an das "Über-Ich" an und „verdrängt“ über kurz oder lang den angstmachenden Teil des "Es".

Verdrängung heißt: Das "Ich" vergisst diesen Teil des menschlichen Seins nach dem bekannten Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Und: diese „bösen“ Triebe und Bedürfnisse, häufig Teile des Bewegungsbedürfnisses, der Neugier und Kreativität, der Sexualität usw. vergisst die betreffende Person tatsächlich, d.h. sie verschwinden aus dem Bewusstsein, - und indem sie verschwinden, wird die so unerträgliche Angst vor dem „Bösen“ in der eigenen Person gebannt.

Allerdings haben Verdrängungen ein Problem: das, was uns in die Wiege gelegt wurde, ist nicht einfach ausradierbar - d.h.: das "Ich" betreibt gewissermaßen einen Selbstbetrug, es vergisst etwas, was trotzdem da bleibt, denn die „bösen“ Bedürfnisse und Triebe werden - bildlich gesprochen - zwar hinter Stahltüren eingebunkert, rumoren dahinter jedoch weiter herum und poltern andauernd gegen die Türen, weshalb diese von außen mit großer Energie zugehalten werden müssen.

Als Ventil für diese Verdrängungsproblematik bietet sich die Projektion an. Hieraus entwickelt sich

die aktiv autoritäre Seite des „Autoritären Charakters“:

Wenn sich Gruppen von Menschen oder auch bestimmte Einzelpersonen finden, auf die die eigenen verdrängten "Es"-Anteile projiziert werden können (d.h. diese Gruppen oder Einzelpersonen müssen einige Eigenschaften haben, die sie dazu prädestinieren, verdrängtes „Böses“ angehängt zu bekommen), nimmt unser geknechtetes, auto-

ritär geprägtes Individuum die Möglichkeit gern wahr, mit dem Finger auf sie zu zeigen.

Also: irgendwelche Außenseiter, Randgruppen o.ä. werden vom „Autoritären Charakter“ benutzt, indem ihnen zunächst das eigene „Böse“ unterstellt wird: „Zigeuner klauen“, „Juden raffen“, „Neger haben den Dicksten“, „Asylanten schießen in den Vorgarten“ und alle zusammen „stinken“⁸. Es geht also häufig um Dreck, Chaos, Unmoral, Faulheit, Diebstahl usw. - was mitnichten der Realität entspricht. Sie werden so bezeichnet, um sie dann für diese ihnen angedichteten Eigenschaften hassen zu können - und damit in den anderen das totzuschlagen, was man selbst unbewusst los sein möchte. So kann vom autoritär geprägten, unter Verdrängungen leidenden Menschen also das Anpöbeln von Minderheiten, das "Aufklatschen" von Ausländern, das Anzünden von Asylbewerberheimen oder die Vergasung von Juden durchaus als innere „Reinigung“ empfunden werden.

Hier hat der Hass auf alles Lebendige, Kreative, Mitmenschliche, auf das Abweichende, das Andere seinen psychischen Ursprung.

Welche politische und soziale Gefahr hier lauert, liegt auf der Hand: Minderheiten können zum Buhmann und Sündenbock gemacht werden - eine von den Herrschenden gern gewählte Taktik, um vom von ihnen produzierten Elend abzulenken. So ist leider für die Unterdrückten und vom Kapitalismus Ausgebeuteten der Weg der einfachen Lösung (z.B.: „die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“) oftmals leichter, ja psychisch geradezu entlastend, während der Weg der realen Erkenntnis, also die Analyse des Kapitalismus und der damit verbundenen Folgen und die Konsequenz daraus, Auflehnung gegen die Herrschaft des Kapitals, damit auch gegen seine Agenten wie Regierungspersonal, Polizeipräsidenten, Personalchefs usw., eher anstrengend und unter Umständen sehr belastend ist.

Hier liegt ein großes Problem und eine der Ursachen, warum Entrechtete, Entwurzelte und Ausgebeutete nicht sofort und massenhaft die Ursachen des Elends erkennen, sondern lieber Lösungen bevorzugen, die ihrer psychischen Struktur besser entsprechen als der Satz „an allem ist zu zweifeln“ (Marx) und die Orientierung auf die Formierung der eigenen Kraft, den solidarischen Zusammenschluss der Ausgebeuteten, die Entwicklung von Klassenbewusstsein und Gegenmacht. Stattdessen hoffen diese Dummköpfe dann auf einen neuen Politiker, einen Mann, der es für sie richten wird. (Siehe aktuell Österreich, Frankreich, Tschechische Republik oder in Deutschland die

⁸ Ich bitte, die Gossensprache an dieser Stelle zu entschuldigen, es sind tatsächliche, von mir gehörte Aussprüche, die das Problem sehr gut verdeutlichen.

AFD – aus der gleichen emotionalen Konstellation ist auch der damalige kurzfristige Schulz-Boom zu erklären.)

Der „Autoritäre Charakter“ bildet also nicht nur eine aggressive, zerstörerische Seite der Persönlichkeit, nein, er ist gleichzeitig auch lenkbar wie ein Lamm und somit noch ganz anders instrumentalisierbar.

Die passiv autoritäre Seite des „Autoritären Charakters“:

Wir hatten gesehen, dass sich das "Ich" an das "Über-Ich" anlehnt, um der Strafe für gesellschaftliche Verbotsübertretungen zu entgehen. Das "Ich" will, um es einfacher auszudrücken, immer alles „richtig“ machen, wobei „richtig“ nicht im Sinne der besten Verhaltensweise für die Bewältigung einer bestimmten Situation gemeint ist, sondern im Sinne des Gehorsams gegenüber den gesellschaftlichen Autoritäten. Das schwache "Ich" ist beständig auf der Suche nach dem garantiert richtigen gesellschaftlichen Verhalten und lebt in beständiger Angst, diese eventuell, und sei es nur aus Unwissenheit, zu übertreten, eben etwas nicht „richtig“ zu machen.

Wenn sich nun eine Autorität anbietet, also eine Person, die von Habitus, Ausstrahlung und sozialer Anerkennung her von den Menschen als übermächtig empfunden werden kann, entwickelt sich ein gefährlicher Kreislauf:

Das schwache "Ich" des „Autoritären Charakters“ projiziert Teile seiner eigenen "Über-Ich"-Inhalte auf diese (Autoritäts)-Person, so dass diese auf einen Sockel gestellt wird und damit als übermäßig klug, annähernd unfehlbar, als Genie, Inkarnation der Moral usw. usf. erscheint, wobei das, was dieser Autoritätsperson nachgesagt wird, mitnichten etwas mit ihrem realen Können oder ihrem realen Charakter zu tun haben muss.

Ist diese Person erstmal auf den Sockel gestellt, hat das schwache "Ich" des „Autoritären Charakters“ einen Glücksfall vor der Nase: eine allgemein anerkannte Personifizierung des eigenen "Über-Ich". Was nun geschieht ist so simpel wie wirkungsvoll: der Gehorsam gegenüber dieser Autorität gibt dem "Ich" die Gewissheit, „richtig“ zu handeln, da die Befehle der Autoritätsperson psychisch gesehen aus dem eigenen "Über-Ich" kommen. Nicht mehr Informieren, Abwägen, Urteilen, Zweifeln sind nun der Weg zum Handeln, sondern Gehorsam gegenüber der Autorität mit garantierter moralischer Richtigkeit der Handlung.

Dabei kommt heraus: Buckeln, Speichellecken, Gehorsam nach oben, Treten, Verachten, Ausgrenzen, Verfolgen nach unten. Beides ist angelegt in der gleichen Charakterstruktur, in den gleichen Menschen als Massenphänomen. Diese Charakterstruktur ist sehr starr. Und weil sie sehr starr ist, ist sie auch sehr stabil und gegen Anfechtun-

gen und Zweifel mittels der passenden Vorurteile allseits gepanzert⁹ - und so von der Politik des Imperialismus bestens instrumentalisierbar.

Fazit

Zunächst einmal sollte es darum gehen, Klarheit darüber zu schaffen, mit welchem menschlichen Schrott wir es hier zu tun haben. Ich meine das Wort „Schrott“ hier nicht als billige Abqualifizierung, sondern als realistische Beschreibung des Zustandes von Mitläufern und Wählern der AfD. Das sind Menschen, denen wegen ihrer eigenen Verkrüppelung jede mitmenschliche Regung, jede Art des Humanismus, jedes realistische gesellschaftliche Denken und jede Art von Selbstreflexion abhanden gekommen ist, von Klassenbewusstsein gar nicht erst zu reden.

Die Erklärung dieses Zustandes ändert nichts an der Tatsache, dass Menschen für ihr Handeln verantwortlich sind. Natürlich waren diese faschistoiden Krüppel während der Zeit ihres Aufwachsens Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse, sie wurden ja nicht als Faschisten geboren, sondern sind zu ihnen gemacht worden. Aber als AfD-Wähler, AfD-Mitläufer oder gar Mitglieder sind sie erwachsen, damit für sich und ihr Handeln verantwortlich. Nun sind sie Täter, gefährliche, skrupellose, menschenverachtende und dabei vollkommen erbärmliche Kreaturen.

Und die Psychologie zeigt, dass diese Persönlichkeitsdeformation äußerst stabil und kaum zu erschüttern ist. Um es nochmals sehr deutlich zu sagen: diese Menschen hängen nicht irrtümlich einer falschen Ideologie an, was der politischen Überzeugungsarbeit zugänglich wäre, nein, ihre faschistische Ausrichtung rührt her von einer schweren psychischen Deformation. Das bedeutet, dass man kaum etwas an ihnen ändern kann, wenn man „auf sie zugeht“. Und man kann sie auch nicht „zurückgewinnen“ (außer jemand von denen begreift tatsächlich, welchem Schwachsinn er da hinterher gelaufen ist und vor allem, welchen Schwachsinn er selbst in seiner Psyche mit sich herumträgt), sondern man muss sie bekämpfen, wo immer sie auftreten, denn Faschismus ist noch immer keine Meinung, sondern bleibt ein Verbrechen.

Und wir müssen uns darüber klar sein, dass diese Aufgabe von uns im Bündnis mit anderen antifaschistischen Kräften nicht nur ohne den ach so „demokratischen“ bürgerlichen Staat, sondern zumeist gegen ihn bewältigt werden muss, denn die Bourgeoisie, auch wenn sie im Moment (noch) nicht auf eine faschistische Orientierung setzt und wir deshalb akut nicht vor einer Machtübertragung an die Faschisten stehen,

⁹ Der Kabarettist Dietrich Kittner brachte das so zum Ausdruck: *„Es gibt drei deutsche Meinungsbildungsmaxime: Das haben wir schon immer so gemacht. Das haben wir noch nie so gemacht. Da könnte ja jeder kommen.“*

häschtelt und pöppelt den Faschismus für den Fall, dass sie ihn vielleicht mal braucht als Lösung fürs Grobe.

Ein faschistischer Bodensatz innerhalb der Bevölkerung ist ein direktes Resultat des Imperialismus. Dieser Bodensatz wurde historisch gestärkt durch die Konterrevolution 1989/90 und den seitdem betriebenen sozialen Kahlschlag. Inzwischen gibt es eine relativ große, in Teilen der Gesellschaft akzeptierte politische Organisation des Faschismus, die AfD. Wir müssen dafür sorgen, dass das keine auf Dauer funktionierende organisierte Macht wird. Das wird nicht leicht.

Wir brauchen ein stabiles, aktionsfähiges antifaschistisches Bündnis, eine klare antifaschistische Strategie, eine große Mobilisierung. Ich weiß, wie schwierig das ist, der DGB weicht aktuell ja eher zurück, statt sich kämpferisch dem Faschismus entgegen zu stellen (da wird ein Raum für einen Antifa-Kongress auf Druck von rechts gekündigt, dann auf Druck von links doch zur Verfügung gestellt). Und Verabredungen mit den Kirchen können genauso kompliziert sein wie mit der autonomen Antifa.

Die Aufgabe, antifaschistische Kräfte zu sammeln und zu einer realen Gegenmacht gegen den Faschismus zu machen, begleitet die kommunistische Bewegung schon sehr lange. Aktuell wird sie besonders dringlich. Und das nicht nur in Deutschland.

Der Sieg in Vietnam

Gerhard Feldbauer: B-52 über Hanoi

Vor 45 Jahren wollten die USA die DRV mit mörderischen Luftangriffen zur Aufgabe ihrer Unterstützung des Befreiungskampfes in Südvietnam zwingen. Sie scheiterten und mussten danach die Pariser Friedensabkommen unterzeichnen

Um die Demokratische Republik Vietnam (DRV) zur Annahme ihrer Bedingungen bei den seit Mai 1969 in Paris geführten Gesprächen über die Beendigung des Krieges zu zwingen, dehnten die USA ab 18. Dezember 1972 ihre mit B-52-Bombern gegen Nordvietnam wieder aufgenommenen mörderischen Terrorangriffe auf Hanoi aus. Zu den Hauptforderungen gehörte, die Einstellung der Unterstützung der DRV für den Befreiungskampf in Südvietnam. Am 1. November 1968 hatten Washington angesichts der schweren Verluste (Die Luftabwehr der DRV hatte 3.240 Flugzeuge, darunter eine Anzahl Hubschrauber, abgeschossen) und der internationalen Proteste die

Einstellung ihres im August 1964 begonnenen Luftkrieges erklären müssen. Der Korrespondent der Nachrichtenagentur ADN der DDR, Hellmut Kapfenberger, berichtete aus Hanoi, dass nun über Nordvietnam insgesamt 140 B-52 und bis zu 700 Jagdbomber Angriffe flogen, dabei über 100.000 Tonnen Bomben und Raketen gewaltige Schäden anrichteten und Tausende Opfer unter der Zivilbevölkerung forderten. Bis Ende Dezember 1972 flog die Air Force 500 Einsätze allein gegen die Hauptstadt. Während ihrer berüchtigten Flächenbombardements klinkten die strategischen Festungen über Hanoi und der Hafenstadt Haiphong 50.000 Tonnen Bomben aus. An die 4.000 Tote und Verletzte zählte allein Hanoi.

Die Vorgeschichte

Nach der Niederlage im Luftkrieg gegen die DRV und des sich abzeichnenden Scheiterns auch in Südvietnam hatten die USA 1971 begonnen, einen Teil ihrer Bodentruppen von zu dieser Zeit über einer halben Million schrittweise aus Südvietnam abziehen und waren zur sogenannten „Vietnamisierung“ des Krieges übergegangen. Strategisches Konzept blieb jedoch die Aufrechterhaltung der amerikanischen Herrschaft unter ihrem Marionettenregime in Südvietnam. Mit amerikanischen Waffen und Militärberatern sollten südvietnamesische Söldner den Krieg gegen die Befreiungsbewegung weiter zu führen. Bis Mitte 1971 wurden rund 300.000 Mann USA-Truppen abgezogen, dafür in dieser Zeit die Stärke der Saigoner Armee um 600.000 auf insgesamt 1,2 Millionen Mann erhöht. US-Präsident Richard Nixon weigerte sich, für den Abzug der restlichen über 200.000 US-Soldaten einen endgültigen Abzugstermin zu nennen. Um ein den USA genehmes Regime an der Macht zu halten, stellte Washington außerdem zur Bedingung, im Rahmen einer „friedlichen Lösung“ mindestens zwei bis drei amerikanische Kampfddivisionen - wenn notwendig, noch zehn Jahre oder länger - in Südvietnam zu belassen. 12.000 Saigoner Offiziere begaben sich zu Fortbildungslehrgängen in die USA.

Um die Unterstützung der DRV für die Befreiung des Südens zu verhindern, nahmen die USA ihre im November 1968 eingestellten Luftangriffe gegen Nordvietnam wieder auf. Außerdem verminten sie alle nordvietnamesischen Häfen, um den Nachschub aus der UdSSR auf dem Seewege zu blockieren. Im Golf von Tongking zogen sie eine Armada von 60 Kriegsschiffen zusammen, darunter fünf Flugzeugträger.

Nachdem die Saigoner Armee mit Unterstützung der USA den Krieg in Südvietnam fortsetzte, eröffneten die Befreiungstreitkräfte in Südvietnam in der Nacht zum 1. April 1972 eine neue ganz Südvietnam bis hinunter nach Saigon reichende Offensive, bei der sie erstmals ganze Regimenter von Panzern, Artillerie und Flak einsetzten. „Die Zeit“ in Hamburg berichtete am 5. Mai 1972 aus Saigon: „Die logistische Vorbereitung der Offensive war hervorragend. Trotz eines unaufhörlichen Flächenbombardements auf die Nachschubwege, trotz ausgedehnter Säuberungsaktionen, trotz

eines ausgeklügelten elektronischen Überwachungssystems, ist es dem Generalstab möglich gewesen, über Hunderte von Kilometern schwere Panzer und schwere Geschütze bis tief in den Süden zu schaffen.“ Die Nachrichtenagentur der DRV Vietnam News Agency (VNA) berichtete, dass ganze Truppenteile der Saigoner Armee sich ergaben und fünf ihrer Divisionen zerschlagen wurden.

Bei den wieder aufgenommenen Luftangriffen gegen die DRV wurden erstmals B 52 eingesetzt. Am 16. April 1972 belegten sie die Hafenstadt Haiphong mit Flächenbombardements, bei denen ganze Wohnviertel ausgelöscht, 886 Einwohner getötet und 1.108 verletzt wurden. Im Hafen erhielt auch der DDR-Frachter „Halberstadt“ einen Raketenvolltreffer. Es folgten Angriffe auf das Deichsystem im Gebiet des Roten Flusses.

Ein demagogisches Manöver US-Präsident Nixons

In dieser Situation trat US-Präsident Richard Nixon am 7. November 1972 zur Wiederwahl an. Er konnte diese nur gewinnen, wenn er der Mehrheit der kriegsmüden Wähler seine Bemühungen um Frieden demonstrierte. Deshalb stimmte er in Paris den von den Vertretern der USA und der Saigoner Regierung mit denen der DRV und der von den Befreiungskämpfern Südvietnams im Juni 1969 gebildeten Republik Südvietnam (RSV) ausgehandelten Abkommen zur Beendigung des Krieges zu. Es umfasste ein Waffenstillstandsabkommen, die Bildung einer souveränen Regierung in Südvietnam und die friedliche Wiedervereinigung des Nordens mit dem Süden.

Nachdem Nixon wieder gewählt worden war, widerrief er mit der Begründung, der Saigoner Präsident Nguyen van Thieu lehne die Verträge ab, seine Zustimmung und legte 126 Änderungsvorschläge vor. Der Kern seiner Forderungen war, die DRV müsse auf die Unterstützung des Befreiungskampfes in Südvietnam verzichten, das Thieu-Regime anerkennen und einer Festschreibung der Interventionsrechte der USA in Saigon zustimmen. Nixon bezichtigte Nordvietnam einer „Aggression in Südvietnam“. Die DRV bekräftigte ihre bekannte Haltung, dass „alle Vietnamesen das Recht und die Pflicht (haben), gegen die Aggressoren zu kämpfen, um die Unabhängigkeit und Freiheit des Vaterlandes zu verteidigen“. Die RSV ging in ihrer Kompromissbereitschaft noch einen Schritt weitere und akzeptierte, dass einer Regierung in Südvietnam auch Thieu angehören könne.

Die DRV war durch die B-52-Angriffe jedoch nicht in die Knie zu zwingen. Die Londoner „Daily Mail“ schrieb am 28. Dezember 1972, Nixon habe offenbar „nicht mit dem Erfolg der Raketen sowjetischer Bauart und ihrer nordvietnamesischen Bedienungsmannschaften gerechnet, die täglich zwei der riesigen Bomber mit acht Triebwerken abgeschossen haben.“ Insgesamt verlor die US Air Force in der letzten Luftschlacht über Hanoi 33 B-52. Insgesamt hatte die nordvietnamesische Luftabwehr

1972 von 200 dieser im pazifischen Raum stationierten Maschinen 54 abgeschossen. Am 15. Januar 1973 musste Nixon die Luftangriffe einstellen.

Dazu trugen auch Antikriegsproteste in der US-Army - Befehlsverweigerungen, Desertionen und sogar Sabotageakte auf Kriegsschiffen - bei. Nach der Wiederaufnahme des Luftkrieges gegen Nordvietnam 1972 kam es auf allen beteiligten Flugzeugträgern zu Unruhen. Von der „Oriskany“ desertierten 25 Matrosen. Auf der „Kitty Hawk“ protestierten in Subic Bay auf den Philippinen Hundert schwarze Matrosen gegen einen neuen Vietnameinsatz. Gegen die vorgehenden Marines setzten die Verweigerer sich mit Ketten, Schraubenschlüsseln und Rohren stundenlang zur Wehr. Als der Zerstörer „Coral Sea“ nach Vietnam auslaufen sollte, protestierte ein Viertel der Mannschaft gegen den Einsatz, 35 Matrosen blieben in Kalifornien zurück. Laut einer Kongress-Untersuchung gab es auf Kriegsschiffen 488 Beschädigungen oder Versuche dazu, 191 Sabotageakte und 135 Brandstiftungen. Der Flugzeugträger „Ranger“ war durch zwei ins Getriebe einer Maschine geworfene 30-Zentimeter-Schrauben über drei Monate nicht einsatzfähig. Nach einer Brandlegung im Radarraum fiel der Flugzeugträger „Forrestal“ zwei Monate aus, Besonders schockierend für die US-Militärführung war, dass es während der Bombardements auf Hanoi im Dezember 1972 unter der Elite der Streitkräfte, den Piloten der Air Force, zu Befehlsverweigerungen kam. Am 18. Dezember lehnte der „Phantom“-Pilot Hauptmann Dwight Evans es ab, weitere Einsätze gegen Nordvietnam zu fliegen. Hauptmann Michael Heck weigerte sich am 26. Dezember, mit seiner B-52 gegen Hanoi zu starten. Er hatte bis dahin 200 Kampfeinsätze geflogen.

DRV setzte sich durch

Am 22. Januar 1973 musste der US-Chefunterhändler Henry Kissinger mit Politbüro-Mitglied Le Tuc Tho von der DRV der Paraphierung der Pariser Abkommen zustimmen, die am 27. Januar von den vier beteiligten Seiten unterzeichnet wurden. Es handelte sich mit geringfügigen Änderungen um die Verträge, denen Nixon vor seiner Wahl zugestimmt hatte. Am 2. März wurde das Abkommen durch eine Internationale Vietnamkonferenz gebilligt, an der neben den drei vietnamesischen Seiten die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sowie Ungarn, Polen, Kanada und Indonesien teilnahmen.

In Artikel 1 mussten die USA, was sie bis dahin verweigert hatten, „Die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams“ gemäß den Genfer Abkommen über Vietnam von 1954“ anerkennen.

In Artikel 2 mussten sie, was sie bis dahin ebenfalls abgelehnt hatten, nicht nur einen am 27. Januar 1972 um 24 Uhr GMT (Greenwich-Zeit) beginnenden Waffenstillstand mit den kämpfenden Parteien im Süden vereinbaren, sondern in Artikel 3 auch das

Verbleiben der Streitkräfte beider Seiten dort, wo sie sich befanden, akzeptieren. Das bedeutete die Anerkennung der befreiten Gebiete Südvietnams als von den Befreiungsstreitkräften kontrolliertes Territorium. Das schloss de facto die Anerkennung ein, dass an der Seite Befreiungsstreitkräfte auch Nordvietnamesen kämpften.

Artikel 5 verpflichtete die USA, innerhalb von sechzig Tagen „alle Truppen, Militärberater und das militärische Personal einschließlich des technischen Militärpersonals und des im Zusammenhang mit dem Befriedungsprogramms tätigen Militärpersonals sowie Waffen, Munition und Kriegsmaterial“ abzuziehen. Diesem Personenkreis untersagte Artikel 4 bereits, sich in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einzumischen.

In Artikel 6 wurden die USA verpflichtet, ebenfalls binnen sechzig Tagen alle ihre Militärstützpunkte aufzulösen. Das betraf auch alle in Südvietnam stehenden Streitkräfte der Verbündeten der USA aus SEATO-Staaten sowie aus Südkorea.

Die Artikel 9 bis 14 verpflichtete die RSV und die Saigoner Regierung unmittelbar nach dem Waffenstillstand „Konsultationen im Geist der nationalen Versöhnung und Eintracht, der gegenseitigen Achtung und der gegenseitigen Nichteliminierung durchzuführen, und einen nationalen Rat der nationalen Versöhnung und Eintracht“ zu bilden, der „freie und demokratische allgemeine Wahlen“ vorbereiten sollte.

Mit Inkrafttreten des Waffenstillstands in Südvietnam wurden die USA verpflichtet, die gesamten militärischen Aktivitäten ihrer Boden-, Luft- und Seestreitkräfte gegen das Territorium der Demokratischen Republik Vietnam einzustellen.

Artikel 15 sanktionierte die Wiedervereinigung Vietnams und legte fest: Sie „soll Schritt für Schritt mit friedlichen Mitteln auf der Basis von Diskussionen und Abkommen zwischen Nord- und Südvietnam ohne Zwang oder Annexion durch eine der beiden Parteien und ohne ausländische Einmischung herbeigeführt werden“.

Die Pariser Abkommen stellten eine katastrophale Niederlage der USA in ihrem Vietnamkrieg dar. Mit ihrer Einhaltung hätte Washington noch halbwegs das Gesicht wahren und sich vertragsmäßig aus Vietnam zurückziehen können. So war Frankreich 1954 verfahren. Anders die USA. Um neuen militärischen Niederlagen zu entgehen, zogen sie nach zahlreichen Verzögerungsmanövern zwar ihre noch verbliebenen Truppen ab, kamen aber ihren weiteren Verpflichtungen nicht nach. Sie ließen ihre Militärberater und andere Militärexperten in Stärke von 25.000 Mann in Südvietnam, die ihre Tätigkeit als „Zivilisten“ fortsetzten. Die USA verletzen die Bedingungen über den Ersatz militärischen Materials, der beiden Seiten gestattet war. Bereits vom 28. Januar bis zum 10. Juli 1972 lieferte das Pentagon der Saigoner Armee zusätzlich 696 Flugzeuge, 1.100 Panzer, 800 Geschütze, 204 Kriegsschiffe und weitere militärische Ausrüstungen, darunter chemische Kampfstoffe und Unmengen Munition.

Der südvietnamesische Präsident Thieu sabotierte in aller Öffentlichkeit die Pariser Abkommen. Am 9. März 1973 erklärte er seine Regierung und seine Armee „zur einzigen in Südvietnam“. Am 12. Oktober drohte er, wer sich als „Neutralist oder Pro-Kommunist bezeichnet, überlebt keine fünf Minuten“. Am 28. Dezember 1973 kündigte er an: Es werde „keine Wahlen und keinen Frieden“ geben.

Die Quittung für den Bruch der Pariser Verträge erhielten die USA mit der letzten Offensive der Befreiungskräfte im Frühjahr 1975, die mit der Einnahme Saigons am 30. April und damit der Befreiung Südvietnams endete.

(Dieser Artikel wurde von Gerhard Feldbauer freigegeben. Er ist zuvor in der UZ, Zeitung der DKP, erschienen.)

Diskussionen zu strategischen Fragen

Beitrag der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) bei der Veranstaltung der Partei der Arbeit Österreichs (PdA) zum 100. Jubiläum der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Wien am 11. November 2017

Genossinnen und Genossen,

seitens der KKE richten wir unseren Gruß an alle Genossen und Genossinnen, die sich heute hier befinden, um ein welthistorisches Ereignis zu ehren, das den Lauf der Geschichte veränderte. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution erschütterte nicht nur das Zarenreich, und kehrte das Unterste zuoberst, sondern die ganze Welt, indem sie hunderten von Millionen in der ganzen Welt revolutionären Atem einflößte. Die Errungenschaften des Sozialismus in den Bereichen der Gesundheit, Bildung, Sozialversicherung, Kultur, Wissenschaft, in jeder menschlichen gesellschaftlichen Aktivität übten Einfluss auch auf die restliche kapitalistische Welt aus. Sie entzündeten harte Klassenkämpfe für die nationale Befreiung in den Kolonien der damals großen imperialistischen Mächte und für demokratische, gewerkschaftliche Rechte und soziale Gerechtigkeit in der ganzen Welt. Die Sowjetunion, die aus der Revolution geboren wurde und der erste Arbeiterstaat der Welt war, war für sieben Jahrzehnte der Verbündete im Kampf der Völker und wurde von alle bürgerlichen Regimes als verhasster Feind bekämpft, einmal mit direkten kriegerischen Mitteln und das andere Mal mit politischen, ökonomischen und diplomatischen Machenschaften.

Die KKE ehrt die bolschewistischen Kommunisten, die den bürgerlichen kapitalistischen Staat in seinen Fundamenten zerstörten, um den demokratischsten Staat, den Staat der Arbeiterinstitutionen der Diktatur des Proletariats aufzubauen. Auch wenn dieser Staat heute nicht mehr besteht, ändert das in keinster Weise die Tatsache, dass unser Zeitalter weiterhin jenes des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, was sich aus den unüberwindbaren Sackgassen der kapitalistischen Produktionsweise selbst ergibt.

Es ist heute erforderlich, dass die Kommunisten Schlussfolgerungen aus dem Verlauf der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus ziehen. Was war das, das zum Sieg der Bolschewiki geführt hat?

Zunächst ist es offenkundig, dass dieser Sieg nicht möglich wäre ohne das Bestehen der organisierten Vorhut der Arbeiterklasse, ohne das Bestehen der bolschewistischen Partei, einer Partei, gestählt in den Klassenkämpfen und im Kampf gegen die Strömungen des Opportunismus, der Menschewiki und d Sozialrevolutionäre die den Fatalismus pflegten, parlamentarische Illusionen verbreiteten, die bürgerliche Provisorische Regierung unterstützten, die im Februar 1917 gebildet wurde, die die Sowjets während eines kritischen Zeitraums fesselten und versuchten, sie ihrer Kraft zu berauben. Ohne die ideologisch-politische und organisatorische Loslösung vom Opportunismus, den harten Kampf gegen ihn, gegen die parlamentarischen Illusionen und die Logik der Verwaltung und Reform des Kapitalismus, würde es keine Revolution geben.

So wie es auch keine siegreiche Entwicklung der Revolution geben könnte, wenn Lenin und die bolschewistische Partei im April 1917 nicht die Aufgaben für die sozialistische Revolution festlegten, indem sie frühere Erwägungen ihrer überwandten. Somit können wir mit Sicherheit sagen, dass der Rote Oktober die unersetzliche Rolle der politischen revolutionären Vorhut, der Kommunistischen Partei als leitenden Faktor sowohl während der sozialistischen Revolution als auch insgesamt im Kampf für die Gestaltung, Verstärkung und den endgültigen Sieg der neuen kommunistischen Gesellschaft aufzeigte.

Seitdem mögen 100 Jahre vergangen sein, aber die Rolle des Opportunismus, der Hang zum Kompromiss mit dem Kapitalismus, zum "Klassenfrieden", zur Verwaltung des Systems, die von opportunistischen und sozialdemokratischen Kräften alter und "neuer", aber die für die Arbeiterbewegung genauso gefährliche Art kultiviert werden, bleiben genauso schmutzig oder sogar schmutziger. Für die Kommunisten kann es kein "überbrückendes" Bündnis und keine Einheit mit diesen Kräften geben, die innerhalb der Volks- und Arbeiterbewegung "Träger" der bürgerlichen Ideologie sind, diese immer entwaffnet und zahn- und kraftlos haben will. Im Gegenteil, es ist

der Kampf mit den Opportunismus und die Sozialdemokratie, der den revolutionären Kräften Kraft gibt.

Die Sozialdemokratie und die Opportunisten säten schon seit den Zeiten Lenins bei den Völkern den Zweifel an die Notwendigkeit der Revolution, indem sie Auffassungen vom "friedlichen Übergang", der Reform und des "dritten Wegs" zum Sozialismus propagierten. Was stellte sich aber in diesen 100 Jahren heraus? In welchem Land wurde dies zustande gebracht? Sozialdemokraten und Opportunisten haben all die Jahre in vielen Ländern verschiedene "Mitte-links" oder auch "Linke" Regierungen gebildet. Welches dieser Länder ist "friedlich" zum Sozialismus - d.h. zur Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen - übergegangen? In welchem dieser Länder hat das Kapital aufgehört die Macht zu besitzen? Die Antwort ist: in keinem! Tatsächlich wurden in manchen Ländern aus bestimmten Gründen und unter konkreten Umständen und immer durch den Kampf der Völker und unter der Ausstrahlung der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder für die Arbeiter- und Volksmassen für eine Zeit lang einige wichtige Errungenschaften erzielt, die heute eine nach der anderen abgeschafft werden. Das Leben selbst zeigt, dass der Kapitalismus nicht danach trachtet eine Reihe von sozialen Fragen, wie Gesundheit, Bildung, Sozialversicherung, Wohnen usw. zu lösen, weil fürs Kapital all diese nur Bereiche für Profit und Spekulation sind.

Für die Arbeiter gibt es keinen anderen Weg als den des Kampfes gegen die alltäglichen Probleme, mit denen sie konfrontiert werden. Er soll heute alle Arbeiter- und Volksschichten versammeln, die mit den Monopolen und den Kapitalismus konfrontiert sind. Die zyklischen Wirtschaftskrisen sind in der DNS des Kapitalismus und sie werden immer tiefer und gleichzeitiger, mit der Folge, dass die Arbeitslosigkeit steil ansteigt, dass die schlechtbezahlte und unversicherte Arbeit, das Leben mit zerschlagenen Rechten, mit imperialistischen Kriegen um die Aufteilung der Märkte und des Bodens sich erneut ausweiten. Die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen, trotz der Produktivitätssteigerung der Arbeit, betrifft die gesamte kapitalistische Welt und sogar die am meisten entwickelten Länder. Die kapitalistischen Staaten selbst und ihre Forschungszentren geben zu, dass das Arbeitereinkommen sinkt, während die Reichtümer der Kapitalisten steigen.

Dieser "Teufelskreis" kann nicht mit "Reparaturen" korrigiert werden, sondern wird von der sozialen Revolution zerstört werden, deren Voraussetzungen der Kapitalismus selbst hervorbringt. Lenin legte den Begriff der revolutionären Situation dar und bestimmte die objektiven und subjektiven Hauptmerkmale, die sich in der Gesellschaft am Vorabend der Revolution häufen. Aber, wie Lenin treffend darauf hinweist, wandelt sich nicht jede revolutionäre Situation in eine Revolution um. Weder der Widerstand der Unteren noch die Krise der Oberen wird den Umsturz hervorrufen,

wenn es keine geplante revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse unter der Leitung ihrer bewussten Vorhut gibt.

Mit anderen Worten, damit die Arbeiterrevolution ausbricht ist das Bestehen einer revolutionären politischen Vorhut, der Kommunistischen Partei erforderlich, ausgerüstet mit einer ausgearbeiteten Theorie und Voraussicht der Entwicklungen, gestützt auf die marxistisch-leninistische Weltanschauung und fähig die revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse zu führen.

Selbstverständlich setzt der Ausbruch der sozialistischen Revolution, wie außerdem jede entsprechende soziale Revolution, die die menschliche Geschichte kennengelernt hat, voraus, dass eine Situation auftritt, in der die Fähigkeit der herrschenden Klasse das Volk zu integrieren, zu unterdrücken und zu beruhigen geschwächt wird. Er setzt voraus, dass die Arbeiterklasse nicht nur den bürgerlichen Staat zerbricht, sondern auch ihren eigenen errichtet und ihn gegenüber inneren und äußeren Feinden verteidigt. Die Geschichte der UdSSR ist besonders lehrreich was das betrifft, da harte Kämpfe notwendig waren, damit z.B. die Kollektivierung und die Industrialisierung während der 30er Jahre voranschreiten konnten, Prozesse, ohne welche die UdSSR das Ungeheuer des Faschismus, das das kapitalistische System selbst hervorbrachte und dessen "Fleisch und Blut" er ist, nicht besiegen hätte können. Damals wandelte der junge Sowjetstaat unter der Führung Stalins ein verhältnismäßig armes Land zur zweitgrößten Weltmacht um. Aber das fand nicht ohne harte Kämpfe und schwierige Entscheidungen statt. So wird heute der Antistalinismus als "Speerspitze" des Antikommunismus und Antisowjetismus benutzt. Die Opportunisten, hauptsächlich derjenigen Parteien, die der Strömung des sogenannten "Eurokommunismus" folgten und heute federführend in der sogenannten "Europäischen Linkspartei" (ELP) sind, sind die "linken Hymnensänger" der antistalinistischen-antikommunistischen Propaganda. Ihr Ziel ist es auch die Werktätigen und die Jugend mitzureißen, die noch nicht bedacht haben, dass die Welt der Ausbeutung ohne Opfer zu bringen, ohne Kampf, quasi "von der Couch aus", nicht zu verändern ist. Diese möchten wir an folgende Worte Lenins erinnern: "Die „sozialen" Pfaffen und die Opportunisten sind gerne bereit, von dem zukünftigen friedlichen Sozialismus zu träumen, sie unterscheiden sich aber von den revolutionären Sozialdemokraten eben dadurch, daß sie von erbitterten Klassenkämpfen und Klassenkriegen, um diese schöne Zukunft zur Wirklichkeit zu machen, nicht denken und sorgen wollen".

Genossinnen und Genossen,

die KKE studiert die Geschichte, sie hat Schlussfolgerungen nicht nur aus dem Positiven, sondern auch aus dem Negativen gezogen, aus den Fehlern und den Abweichungen im sozialistischen Aufbau, unter anderem auch aus der Periode unter der Führung Stalins. Das ist eine Sache und eine andere ist die Ablehnung des Sozialismus, der

aufgebaut wurde. Heute erlaubt mir die Zeit nicht, ausführlich auf unsere Einschätzungen zu den Gründen, die zur Restauration des Kapitalismus geführt haben, einzugehen. Dennoch könnte ich erwähnen, dass sich diese im "verfeinern" des Sozialismus mit dem Kapitalismus, mit dem "Wurm" des Marktes befinden, vor allem nach der Mitte der 50er Jahre, das zusammen mit falschen Entscheidungen im politischen Überbau und in der Strategie der internationalen kommunistischen Bewegung, den Sturz des Sozialismus und die Auflösung der UdSSR herbeiführte.

Genossinnen und Genossen,

der Angriff gegen die Arbeiterklasse, die Werktätigen in der ganzen Welt, ist durchgreifend, hart und findet an allen Fronten und in der ganzen Welt gleichzeitig statt. Die Antwort der Werktätigen muss eine entsprechende, internationale Antwort sein. Leider ist die kommunistische und Arbeiterbewegung heute ideologisch-politisch und organisatorisch zersplittert, in ihr dominieren schädliche Ansätze und strategische Ausarbeitungen vorhergehender Jahrzehnte. Daraus entsteht die Aufgabe, die kommunistischen und Arbeiterparteien, ihre bilaterale, und multilaterale, Beziehungen zu intensivieren, Erfahrung auszutauschen, gemeinsam den Kampf gegen die bürgerliche Klasse, die imperialistischen Kriege, den Opportunismus gemeinsam unter Beschuss zu nehmen, ihre historische Erfahrung der letzten 100 Jahre mit Argumenten zu diskutieren und ihre Strategie mit dem Charakter der Epoche, die die Oktoberrevolution eröffnete, im Einklang zu bringen. Und das, indem sie in jedem Land und auf der ganzen Welt eine revolutionäre Linie einschlagen. Wir freuen uns, dass wir diesen Weg im Rahmen der "Europäischen Kommunistischen Initiative" gemeinsam mit der Partei der Arbeit Österreichs und Dutzenden anderen Parteien gehen. Dies ist der beste Weg, um den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution zu ehren.

Weil nicht der Kapitalismus die Zukunft ist, sondern die neue Welt der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus!

Hoch lebe die Große Sozialistische Oktoberrevolution"

Hoch lebe der Marxismus-Leninismus!

Hoch lebe der proletarische Internationalismus!

Thanasis Spanidis: Der VII. Weltkongress der Komintern und seine Folgen.

Für eine kritische Neubewertung der antifaschistischen Politik der Komintern

1. Einleitung

„Die Strategie der deutschen Kommunisten ist ganz unbestritten bis zum heutigen Tag sehr stark vom VII. Weltkongress geprägt.“, schreibt der Bildungsverantwortliche der DKP, Hans-Peter Brenner, in einem Diskussionsbeitrag (Brenner 2017). Mit dem VII. Weltkongress der Komintern (ab hier: 7. WK), der 1935 in Moskau tagte, ist in der langen Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung ein historischer Punkt ausgemacht, der aus heutiger Sicht als Einschnitt gesehen werden kann. Von diesem Zeitpunkt an entwickelten sich die Strategiekonzepte der kommunistischen Parteien in eine bestimmte Richtung weiter. Nicht nur für die KPD und DKP, sondern auch für KPen in anderen Ländern hatte in der Tat der genannte Kongress eine außerordentliche Bedeutung in ihrer Entwicklung. Im deutschsprachigen Raum mündete diese Entwicklung schließlich in das Konzept der „antimonopolistischen Demokratie“ (AMD) und eine nach „Übergängen“ suchende „antimonopolistische Strategie“ (AMS). In anderen Ländern haben KPen ähnliche Vorstellungen einer Übergangsetappe übernommen.

Die Verteidiger solcher Strategievorstellungen berufen sich immer wieder auf den 7. WK und das berühmte lange Referat Georgi Dimitroffs. Wer die strategischen Konzepte der AMS und AMD kritisiert, hat daher im Grunde nur zwei Möglichkeiten: Er kann entweder versuchen zu begründen, warum diese Konzepte sich zu Unrecht auf Dimitroff beziehen – in diese Richtung scheint die Ausarbeitung von Hans-Christoph Stoodt zu zielen (Stoodt 2016); oder aber er muss sich mit der Frage beschäftigen, was an den politischen Grundlinien, die 1935 von der KI festgelegt wurden, möglicherweise auch problematisch war.

In jedem Fall ist eine solche Fragestellung legitim. Die Geschichte der kommunistischen Bewegung ist immer auch eine Geschichte ihrer Fehler gewesen. Es gibt keinen Grund, warum gerade der 7. WK den Anspruch erheben können sollte, für alle Zeiten richtige und gültige Orientierungen erarbeitet zu haben.

Und dennoch hat es bisher kaum jemals innerkommunistische Kritik an diesen Orientierungen gegeben. Bisher beschränkt sich die Kontroverse weitgehend auf die Auslegung des Kongresses, der beispielsweise in Gestalt des VVN-Vorsitzenden Ulrich Sander von rechtsopportunistischer Seite in Anspruch genommen wird, um eine be-

liebige und prinzipienlose Bündnispolitik zu begründen (Sander 2016). Stoodt zeigt hingegen auf, warum eine solche Auffassung sich nur bei größter Ignoranz gegenüber der tatsächlichen Komintern-Politik aufrechterhalten lässt.

Im deutschsprachigen Raum steht eine kritische Befassung mit dem 7. WK noch weitgehend aus. Dieser Artikel soll einen Anlauf dazu darstellen. Dabei geht es mir erklärtermaßen nicht darum, den Kongress und die Einheits- und Volksfrontpolitik der 30er in irgendeiner Weise aus der kommunistischen Geschichte zu verbannen oder sie unter dem Gesichtspunkt eines „Verrats an der Weltrevolution“ zu diskutieren, wie es in trotzkistischen Kreisen üblich ist. Vielmehr soll sowohl danach gefragt werden, welche Elemente der dort beschlossenen Politik später opportunistisch uminterpretiert wurden, welche ihrer Aspekte in späteren Betrachtungen möglicherweise komplett unter den Tisch fielen und auch, ob bereits 1935 an den neuen Orientierungen einiges problematisch und fehlerhaft gewesen ist.

Die Untersuchung unterstützt sich auf Dokumente und Analysen der Komintern, insbesondere die Referate von Dimitroff und Wilhelm Pieck, aber auch auf spätere Dokumente aus der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung.

2. Volksfront und Einheitsfront: Nur eine neue Taktik oder eine neue Strategie?

Als ein Beispiel für nach wie vor vorherrschendes „Sektierertum“ in der kommunistischen Bewegung nach dem 7. WK führt Reiner Zilkenat an: „Auch die Anschauung, bei der beschlossenen Einheits- und Volksfrontpolitik handle es sich um eine neue Taktik auf der Basis der auf dem VI. KI-Kongress gefassten Beschlüsse, nicht aber um eine strategische Konzeption, war durchaus noch verbreitet“ (Zilkenat 2015).

Hans-Christoph Stoodt hält einer solchen Auffassung entgegen: „Konsequenterweise wurde auch das 1928 beschlossene Programm der KI nicht etwa zurückgezogen, widerrufen oder neu formuliert. Es galt, durch die Diskussionen seither weiterentwickelt, in seiner strategischen Ausrichtung weiter – etwas anderes wurde nirgendwo beschlossen.“. Die strategisch weiterreichende Grundlage sei die auch schon im KI-Programm geltende Orientierung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gewesen, erst auf dieser Grundlage sei der Aufbau von Volksfronten angestrebt worden. 1939, kurz nach Kriegsausbruch, habe die KI-Führung dann auch beschlossen, die Taktik der Volksfront zu widerrufen und zur direkten Offensive gegen jedes bürgerliche Regime zurückzukehren (Stoodt 2016). Man mag gegen Stoodts letztes Argument einwenden, dass dies wenig mit konzeptionellen Überlegungen der KI zu tun hatte und dafür viel mehr mit außenpolitischen Erwägungen der Sowjetunion, die sich seit einigen Wochen in einem Nichtangriffsvertrag mit Deutschland befand. Das mag stimmen, entscheidender ist jedoch, dass Stoodts Einschätzung im Wesentlichen, wenn auch mit

einigen Einschränkungen (dazu weiter unten), mit der Logik der Volksfrontpolitik, wie sie aus früheren Quellen deutlich wird, übereinstimmt.

Gegen die Auffassung, Dimitroff habe mit seinem Referat eine neue Strategie begründen wollen, spricht schon folgende einfache Beobachtung: In seinem Referat ist dreimal die Rede von der „Einheitsfronttaktik“. Der Begriff „Taktik“ kommt insgesamt 13mal in Dimitroffs Rede vor, oft in Formen wie „Taktik gegenüber dem Faschismus“. Der Begriff „Strategie“ (oder „strategisch“ usw.) findet sich dagegen im gesamten Text nicht ein einziges Mal. Es ist doch davon auszugehen, dass die KIFührung, wenn es ihr tatsächlich um eine neue strategische Orientierung gegangen wäre, die unabhängig von den konkret vorherrschenden politischen Konjunkturen ihre Richtigkeit behält, dies auch so benannt hätte. Eine neue Strategie hätte zudem ein neues Komintern-Programm erforderlich gemacht. Es wäre in der kommunistischen Bewegung ein unüblicher und fragwürdiger Vorgang gewesen, strategische Orientierungen lediglich in Kongressreden oder Resolutionen festzuhalten.

Doch auch die Argumentation der Protagonisten der Diskussion spricht dafür, dass mit der Volks- und Einheitsfrontpolitik im Wesentlichen eine neue Taktik, nicht aber eine Revision der geltenden Strategie eingeführt werden sollte.

So fordert Dimitroff die „Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront auf der Grundlage (!) der proletarischen Einheitsfront“. Aus seinen Ausführungen wird klar, warum das logisch auch nur so sein kann, denn die Volksfront ist nach dem damaligen Verständnis der KI im Wesentlichen das Bündnis der in der Aktionseinheit zusammenstehenden Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Schichten (genannt werden die Bauernschaft und das städtische Kleinbürgertum) und ihren Parteien.

Auch Pieck spricht in seinem Referat auf der Brüsseler Konferenz der KPD 1935 (Pieck 1935) davon, der 7. WK sei „ein Kongress der Revidierung der taktischen (!) Grundsätze der Kommunistischen Internationale entsprechend der veränderten Weltlage“, die zu einer „Wendung in der Arbeit der gesamten kommunistischen Weltbewegung“ führen werde. Weit davon entfernt, die gesamte Politik der KPD in der Weimarer Republik zu verwerfen, betont er die Richtigkeit des Kampfes gegen die Sozialdemokratie:

„So notwendig es war, dass wir den schärfsten Kampf führten gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie, gegen die Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse zugunsten der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft, gegen den Terror, den die Sozialdemokratie als Regierungsmacht gegen die revolutionären Arbeiter zur Unterdrückung ihrer Bewegung anwandte, also den Hauptstoß gegen diese Politik richteten (!), so hätten wir doch bei einer richtigen marxistischen Analyse der Lage und der Klassenkräfte die Veränderungen bemerken

müssen, die in dieser Zeit vor sich gingen, in der die faschistische Gefahr immer stärker in den Vordergrund trat. Wir hätten also unseren Kampf gegen die Sozialdemokratie in ein richtiges Verhältnis zu dem Kampf gegen den angreifenden Faschismus bringen müssen. Das ist nicht geschehen, und darin liegt unser schwerster Fehler bei der Ausarbeitung unserer politischen Linie“

Piecks Referat lässt hier wenig Interpretationsspielraum: Nicht nur der Kampf gegen die Sozialdemokratie war richtig. Es war sogar lange Zeit richtig, den „Hauptstoß“ gegen sie zu richten. Erst als die faschistische Gefahr dominant wurde, hätte man den Hauptstoß auf den Faschismus umorientieren müssen, während man jedoch den Kampf gegen die Sozialdemokratie an zweiter Stelle weitergeführt hätte. Von einem grundsätzlichen, gar strategisch bedeutsamen Bündnis mit der Sozialdemokratie war nirgendwo die Rede. Der Fehler habe „nur“ in Folgendem bestanden: „Eine Taktik, die zu einer bestimmten Zeit richtig war, wurde auch dann fortgesetzt, als die Bedingungen des Kampfes andere wurden.“. Aber: „Auch unser Kampf gegen die Weimarer Republik, gegen die bürgerliche Demokratie, war absolut notwendig und richtig, weil sie nicht nur die „ganze deutsche Konterrevolution“ um sich scharte, sondern weil von ihr aus die schwersten Angriffe gegen die Arbeiterklasse gerichtet wurden.“

Der Zeitpunkt, zu dem die KPD den genannten Fehler machte, wird von Pieck sogar datiert, nämlich auf den Wahlerfolg der NSDAP 1930. Erst ab diesem Zeitpunkt sei die Taktik der KPD falsch gewesen. Wer sich heutzutage auf die Wende von 1935 berufen will, um kommunistische Politik zu begründen, sollte das bedenken: Nach Pieck ist es nur im Angesicht einer drohenden faschistischen Machtübernahme richtig, den Kampf gegen die Sozialdemokratie abzuschwächen (!) und sich auf den Faschismus als momentanen taktischen Hauptgegner zu konzentrieren.

Damit sollte eigentlich hinreichend belegt sein, dass es zumindest in den Augen der führenden Köpfe der Komintern um eine neue Taktik, jedoch auf dem Boden der bisherigen Strategie ging. Eigentlich, denn auch bei Pieck selbst gibt es diesbezüglich eine Verwirrung: Plötzlich ist doch die Rede davon, dass der faschistische Vormarsch es notwendig gemacht habe, „in unserer strategischen Orientierung eine Wendung in der Richtung des Hauptstoßes gegen die Faschisten“ vorzunehmen. Dass dies nicht geschehen sei, sei „der strategische Fehler“ eben dieser Zeit gewesen.

Diese zwei Textstellen stehen im direkten Widerspruch zu allem bisher Angeführten. Möglicherweise handelt es sich um Formulierungen, die entstanden sind, ohne dass der Redner sich ihrer Tragweite bewusst war. In jedem Fall waren es derartige Unklarheiten, die es später erleichterten, die Volksfrontpolitik nicht mehr nur als begrenzte taktische Antwort auf die akute faschistische Gefahr, sondern als generelles Konzept kommunistischer Politik zu verstehen.

Auch ein zweiter Einwand gegen meine und Stoodts These liegt nahe: Dimitroff sprach in seinem Referat nicht nur über Bündnisse gegen den Faschismus, sondern er fordert mit Bezug auf Lenin dazu auf, „Formen des Übergangs oder des Herankommens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen“. Ist das denn keine strategische Frage? Nun, zweifellos betreffen diese Übergangsformen das strategische Ziel der proletarischen Revolution. Man sollte hier aber nicht mehr in Dimitroff hineinlesen, als er tatsächlich sagt. Vor allem fordert er dazu auf, in dieser Frage flexibel zu bleiben und die Augen offen zu behalten nach Möglichkeiten, jenseits der üblichen Methoden der Agitation und Propaganda revolutionäres Bewusstsein bei den Massen zu schaffen und in der entscheidenden Situation die richtigen Losungen aufstellen zu können, die das Massenbewusstsein auf die Revolution vorbereiten sollen. Dazu seien auch sogenannte „Übergangslösungen“ notwendig. Nichts davon wird jedoch näher erläutert. Aus den weiteren Ausführungen wird klar, dass es vor allem darum geht, Regierungen der antifaschistischen Einheitsfront auch unter diesem Gesichtspunkt anzustreben – also nicht nur als Abwehrmaßnahme gegen den Faschismus, sondern auch, um dem Sozialismus den Weg zu ebnen. Mit der Frage der Regierungsbeteiligung wird sich später noch zu befassen sein. Hier ist jedoch wichtig, dass auch die Einheitsfrontregierungen nur „möglicherweise“ als eine Form bezeichnet wird, die sich „in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen“ könnte – also keineswegs als eine allgemeine strategische Orientierung und auch nicht als die Übergangsform schlechthin. Letztlich wird die Frage, was mit „Übergangsformen“ gemeint ist, dem konkreten Fall überlassen und fällt damit wieder in das Feld der Taktik.

Wenn also in der KI die Vorstellung dominant war, auf dem 7. WK lediglich eine Neuausrichtung der Taktik beschlossen zu haben, bedeutet das nichts Geringeres, als dass die übliche Interpretation des 7. WK in ernsthafter Weise infrage zu stellen ist. Eine Orientierung, die für eine ganz bestimmte historische Situation erarbeitet wurde, kann nicht ohne eine sehr tiefeschürfende Begründung zur Grundlage einer allgemeinen Strategie zum Sozialismus erhoben werden. Wenn H.-P. Brenner zu Recht davon spricht, der 7. WK habe die Strategie der deutschen Kommunisten maßgeblich geprägt, dann spricht er damit im Grunde nur aus, dass diese DKP-Strategie zumindest teilweise im Widerspruch zum Geist der damaligen Komintern-Politik entwickelt wurde. Pieck hielt 1935 den Kampf gegen die Sozialdemokratie für eine zentrale Aufgabe der Kommunisten und für den Großteil der Lebenszeit der Weimarer Republik sogar für die zentrale Ausrichtung. Trotzdem hat sich diese Interpretation in den folgenden Jahrzehnten nicht gehalten. So schrieb die DKP in ihrem Programm von 1978 „Die DKP erstrebt ein vertrauensvolles, kameradschaftliches Verhältnis zu den Mitgliedern, Anhängern und Organisationen (!) der Sozialdemokratie. Sie tritt, gelei-

tet von den Interessen der Arbeiterklasse, für die Zusammenarbeit mit der SPD ein.“ (DKP 1978, S. 259).

Doch auch in anderer Hinsicht scheint die Wahrnehmung des 7. WK sehr selektiv vorstatten zu gehen. Hierzu noch zwei weitere Beispiele:

Erstens ist von Bündnissen mit Teilen der Bourgeoisie wie etwa der nichtmonopolistischen Bourgeoisie bei Dimitroff nirgendwo die Rede. Es gibt allgemeine Überlegungen zur Bündnispolitik mit Verbündeten über das Proletariat hinaus. Dies war keine Erfindung von 1935, sondern bereits im Kommunistischen Manifest enthalten. Dass dies unter monopolkapitalistischen Bedingungen auch Teile der Bourgeoisie enthalten könne, ist eine (problematische) These, die sich weder auf Marx und Engels, noch auf Lenin, noch auf den 7. WK stützen kann, sondern erst später Eingang in die kommunistische Bewegung gefunden hat. Dennoch ist diese Vorstellung fester Bestandteil der Konzeption der AMD, die sich selbst ja in der Tradition des 7. WK verortet.

Der zweite Punkt ist noch bedeutsamer: Zumeist ist in Bezug auf die Selbstkritik der KI und der KPD 1935 immer nur die Rede von der Abrechnung mit „sektiererischen“ Fehlern in der Bündnispolitik. Das wird als der entscheidende Teil der selbstkritischen Niederlagenanalyse gesehen, als Kern der Erklärung, warum der Faschismus in Deutschland nicht verhindert und die Arbeiterbewegung zerschlagen werden konnte. Piecks Referat räumt jedoch einem ganz anderen Aspekt der Niederlagenanalyse viel Platz ein. Er sagt:

„Wir müssen hier ernste Kritik an uns selbst üben, besonders auch an der Führung der Partei, dass wir nicht genügend Sicherungen für den Schutz der Kader getroffen haben, dass wir die Partei nicht rechtzeitig und ausreichend für die Umstellung auf die Illegalität erzogen haben und dass wir selbst das Opfer einer gewissen Legalitätsillusion nach Aufrichtung der Hitlerdiktatur geworden sind.“ Und: „Es wurden aber auch sonst sehr schwere Verstöße gegen die Regeln der Konspiration begangen, die uns in der ganzen Zeit seit der Aufrichtung der Hitlerdiktatur sehr ernste Verluste unserer Kader gebracht haben.“

Offensichtlich kam die KPD zu dem Schluss, dass ihre Organisationen bei weitem zu offen, zu angreifbar, zu wenig konspirativ arbeiteten und damit die elementare Verantwortung einer bolschewistischen Partei, für den Fall der Illegalität jederzeit gewappnet zu sein, sträflich vernachlässigt hatten. Der hohe Blutzoll, den sie dafür entrichtete, ist bekannt. Es scheint aber, dass dieser wichtige Teil der Selbstkritik der KPD in der historischen Erinnerung weitgehend verlorengegangen ist, sich zumindest weitaus weniger in das kollektive Gedächtnis eingepägt hat. In Westeuropa bestand jedenfalls nach 1945 in den meisten KPen die umgekehrte Tendenz zu immer offeneren und breiteren Organisationsstrukturen der Kommunistischen Parteien – und das,

entgegen den Tatsachen, oftmals gerade unter Berufung auf die „Lehren aus dem Faschismus“ aus den 30er Jahren.

3. Der VII. WK als schwieriges Erbe für die kommunistische Weltbewegung¹⁰

Wer die Orientierung auf Bündnisse mit der Sozialdemokratie und anderen bürgerlichen Kräften zum allgemeinen Prinzip kommunistischer Strategie erklären will und auch noch glaubt, sich damit auf den 7. WK berufen zu können, betreibt also in Wirklichkeit eine Verzerrung der Geschichte. Es handelt sich nicht nur um eine selektive Interpretation von Dimitroffs Referat, die willkürlich bestimmte Aspekte hervorhebt und andere abwertet, sondern es werden bestimmte Textstellen vollkommen ausgeblendet, die ansonsten geeignet wären, diese Interpretation als falsch auszuweisen.

Auf der anderen Seite stimmt es aber auch nicht, dass rechtsopportunistische und andere problematische Entwicklungen in der kommunistischen Weltbewegung nichts mit dem 7. WK und der dort beschlossenen Bündnispolitik zu tun hätten. Auch wenn Stoodt zuzustimmen ist, dass Ulrich Sander und Konsorten eine rechtsopportunistische Verfälschung der Ergebnisse des 7. WK betreiben, bedeutet das nicht, dass sie sich völlig zu Unrecht auf diese beziehen. Der Versuch, die Kominternpolitik jener Zeit von jeder Verantwortung freizusprechen, muss daher scheitern. Im Folgenden soll anhand einer Reihe von Aspekten dargestellt werden, dass diese Politik durchaus insofern problematisch war, als Dimitroffs Referat durchaus bereits die Saat späterer opportunistischer Abweichungen enthielt.

a) Die „Dimitroffsche Faschismusdefinition“

Wohlbekannt ist Dimitroffs Definition des Faschismus an der Macht als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. In gewissen Teilen der kommunistischen Bewegung ist diese Formulierung in den folgenden Jahrzehnten zu der Faschismusdefinition schlechthin erhoben worden, die gleich einem Glaubenssatz Dokumenten, Reden, Diskussionen und theoretischen Texten immer wieder zitiert wurde. Ihre Verdienste liegen dabei auf der Hand: Im Gegensatz zu den diversen bürgerlichen Faschismustheorien, die von einer Revolte des Kleinbürgertums oder gar „der Massen“ ausgehen, wird hier richtigerweise der Charakter des Faschismus als kapitalistischer Herrschaftsform benannt. Zudem wird der Unterschied zu anderen bürgerlichen Herrschaftsvarianten anhand bestimmter Merkmale (offene Diktatur, Staatsterror, Reaktion und Chauvinismus, expansive Orientierung) markiert.

¹⁰ Alle Zitate, sofern nicht anders gekennzeichnet, stammen aus Dimitroffs Rede.

Die Art und Weise, wie dieser Satz zum Dogma erhoben worden ist, hat der kommunistischen Bewegung dennoch geschadet.

Bekanntlich fungiert der bürgerliche Staat in der marxistischen Staatstheorie als „ideeller Gesamtkapitalist“ – das heißt, er vertritt nicht die Interessen einzelner Kapitalisten oder Kapitalfraktionen, sondern strebt immer danach, aus diesen Einzelinteressen das Gesamtinteresse der herrschenden Klasse zu aggregieren und durchzusetzen, im Zweifelsfall auch gegen die Partikularinteressen einzelner Teile der Klasse. In späteren staatstheoretischen Ausarbeitungen wurde dann präzisiert, dass sich im bürgerlichen Staat immer auch konkrete Kräfteverhältnisse ausdrücken, sodass bestimmte Fraktionen der Bourgeoisie die Hegemonie über andere erringen können. Am grundlegenden Charakter des Staates als ideellem Gesamtkapitalisten ändert das jedoch nichts.

Für den Faschismus an der Macht, der schließlich auch nichts anderes ist als eine besonders brutale Variante des bürgerlichen Staates, gilt nichts anderes. Auch der faschistische Staat muss die Kapitalakkumulation organisieren und geeignete Rahmenbedingungen schaffen. Eine erfolgreiche Akkumulation des Kapitals ist Existenzbedingung jedes kapitalistischen Staates. Das schließt allerdings aus, dass der Staat ausschließlich die Interessen einer Fraktion der Bourgeoisie im Blick haben kann. Wäre dem so, würde die kapitalistische ökonomische Basis des Faschismus schnell schwinden.

Wenn Dimitroff den Faschismus an der Macht als Herrschaft nur der reaktionärsten Fraktion des Finanzkapitals charakterisiert, weicht er von dieser Grunderkenntnis marxistischer Staatstheorie ab. Dass er an anderer Stelle des Referats schreibt „Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst“ und „die Diktatur der Großbourgeoisie“, zeigt allenfalls die Widersprüchlichkeit und Unausgegorenheit der Faschismusanalyse der Komintern, löst aber das Problem keineswegs. Denn nicht nur stehen die beiden Formulierungen im Widerspruch zueinander; auch die Beschränkung des faschistischen Staates auf die Macht des Finanzkapitals, also die miteinander verschmolzenen Monopole aus Industrie und Banken, ist fehlerhaft. Der Staat ist auch im Monopolkapitalismus niemals die ausschließliche Vertretung der Monopole, sondern beruht immer auf dem Gesamtprozess der Akkumulation des Kapitals.

Dass der Faschismus, wie beispielsweise die Analysen des deutschen Faschismus von Kuczynski, Gossweiler und anderen gezeigt haben, in besonderem Maße von bestimmten Kapitalfraktionen getragen war (vor allem der Schwerindustrie) und dies besonders für die Phase vor 1933 gilt, soll damit nicht geleugnet werden. Am Faschismus an der Macht waren jedoch dann alle Teile des Kapitals beteiligt und sie alle profitierten, wenn auch in unterschiedlichem Maße, von der Zerschlagung der Arbeiterbewegung, dem Drücken der Reallöhne, dem faschistischen Raubkrieg usw.

Tatsächlich ist gerade in Bezug auf den deutschen Faschismus fragwürdig, dass es sich dabei um eine bürgerliche Herrschaftsform mit besonders „schmaler Klassenbasis“ (Zilkenat 2015) gehandelt haben soll. Im Gegenteil könnte man sogar argumentieren, dass der Nazifaschismus gewissermaßen die Bourgeoisie politisch unter einem gemeinsamen Banner einte und ihre inneren Widersprüche vorübergehend in den Hintergrund treten ließ. Die große Instabilität der Weimarer Republik, die sich in diversen Staatsstreichern und bürgerkriegsähnlichen Zuständen ausdrückte, fand mit dem Faschismus jedenfalls ihr Ende.

Angesichts der Tatsache, dass Dimitroffs Referat heutzutage oft als der Klassiker schlechthin gehandelt wird, was kommunistische Faschismusanalyse angeht, sollte auch darauf verwiesen werden, dass es in der Komintern durchaus auch andere Untersuchungen des Faschismus gab, die ihre Akzente anders setzen. Clara Zetkin analysierte schon auf dem Erweiterten Plenum des EKKI im Juni 1923 den Charakter der faschistischen Bewegung und des Faschismus an der Macht anhand des italienischen Beispiels. Sie fasste den Faschismus allgemein als Bewegung und Herrschaftsform im Interesse der Bourgeoisie, die dieser eine Massenbasis gegen die organisierte Arbeiterbewegung verschafften (Zetkin 1923). Des Weiteren ist vor allem Rajani Palme Dutt zu nennen, der mit „Faschismus und soziale Revolution“ eine ausführliche Analyse des Faschismus erarbeitete. Für ihn war ähnlich wie für Zetkin der Faschismus ein Instrument und Repräsentant der Interessen der Großindustrie, Banken und Grundbesitzer insgesamt (also nicht nur einer kleinen Fraktion des Finanzkapitals), das sich eine überwiegend kleinbürgerliche, teils aber auch lumpenproletarische Massenbasis zunutze macht (Palme Dutt 1934, S. 102). Palme Dutts Arbeit stellt nebenbei bemerkt wahrscheinlich die tiefgreifendste kommunistische Faschismusanalyse der damaligen Zeit dar und kann nur als hervorragend bezeichnet werden. Dass sie heute unter Kommunisten nahezu unbekannt ist, hängt mit den politischen Verschiebungen nach dem 7. WK zusammen.

Dass dies mehr ist als eine bloß akademische Diskussion, zeigen die politischen Konsequenzen von Dimitroffs staatstheoretischen Fehlern. Beispielhaft sei dafür aus einem Artikel von Reiner Zilkenat zitiert: Dimitroff habe „die objektiv ungewöhnlich schmale Klassenbasis des Faschismus an der Macht umrissen. Nicht einmal für das Finanzkapital in seiner Gesamtheit, sondern für seine besonders chauvinistischen und imperialistischen Teile erledigten die Faschisten ihre politischen Geschäfte. Konnten sich daraus nicht Bündniskonstellationen ergeben, die bis in bestimmte Teile der Bourgeoisie hineinreichten?“ (Zilkenat 2015). Aus der falschen Theorie folgt somit eine entsprechende Praxis. Dass Antifaschismus in erster Linie ein Aspekt des Klassenkampfes entlang des Grundwiderspruchs Arbeit-Kapital ist, gerät in Vergessenheit. Besonders drastisch zeigen sich die opportunistischen Konsequenzen dieser Interpretation in einem Beitrag des VVN-Vorsitzenden Ulrich Sander: „Alles gegen

die AfD! (...) das muss die Losung sein“ (Sander 2016). Nicht der Kampf gegen das System, das den Faschismus gebiert, soll Aufgabe der Kommunisten sein, sondern die gemeinsame Front mit „allen Demokraten“, inklusive Unternehmerverbänden und Regierungsparteien. Der Kampf um den Sozialismus wird in eine unbestimmte Zukunft verschoben, wenn die faschistische Gefahr überwunden ist. Eine Zukunft, die in Wirklichkeit nie eintreten wird, weil es der Kapitalismus selbst ist, der aus sich heraus zur Reaktion und zum Faschismus tendiert.

Doch nicht nur der Kampf für den Sozialismus verschwindet mit dieser Orientierung – auch der Kampf gegen den Faschismus kann nicht effektiv geführt werden, weil der Verzicht auf den Klassenkampf es unmöglich macht, die Massen gegen den Faschismus in Stellung zu bringen. Solcher „Antifaschismus“ orientiert nicht mehr auf die Klasseninteressen des Proletariats, die dem faschistischen Programm diametral entgegenstehen, sondern auf rein moralische Zurückweisung des Faschismus.

Die Orientierung der Komintern in den 1930ern war von solch rechter Degeneration der kommunistischen Programmatik selbstredend weit entfernt. Sie trug aber dazu bei, dass sich bestimmte falsche Vorstellungen im kollektiven Bewusstsein der Bewegung festsetzen und weiterentwickeln konnten.

b) Einheitsfront und Volksfront als Massenbewegungen

Die Einheitsfrontpolitik war keine Erfindung des 7. WK, sondern schon seit Jahren eine der zentralen Orientierungen der Komintern. Die Interpretation und Schwerpunktsetzung der Einheitsfront veränderte sich mit dem 7. WK jedoch bedeutend. Noch 1931 schrieb die KPD in dem Aufruf „Schmiedet die rote Einheitsfront!“: „Wir sagen den Arbeitern, gegen eine zukünftige, noch offenere und skrupellosere Form der kapitalistischen Diktatur kann man nicht kämpfen, indem man heute den Kapitalismus schont, toleriert, unterstützt, sondern indem man in jeder Stunde den Hauptstoß gegen die tatsächliche Diktatur der Bourgeoisie und ihre entscheidenden Stützen richtet!“. Und „Den Faschismus schlagen, das heißt die Arbeiterklasse aus den Banden der Sozialdemokratie und des Reformismus erlösen!“ (KPD 1931). Der Kampf gegen den Faschismus wurde also unmittelbar mit dem Kampf gegen die Sozialdemokratie verbunden.

Dimitroff benennt dagegen zwar weiterhin die schwere Verantwortung der sozialdemokratischen Führung für das Scheitern der antifaschistischen Einheitsfront und den Machtantritt des Faschismus. Er betont aber stärker die Notwendigkeit, zur Herstellung dieser Einheitsfront auf die sozialdemokratischen Organisationen zuzugehen und ihnen gemeinsame Aktionen vorzuschlagen. Ohne dass der Begriff in dem Referat auftauchen würde, geht es hier um die Vorstellung einer Einheitsfront „von oben“, die die „von unten“ ergänzen und erleichtern sollte.

Während die Einheitsfrontpolitik sich auf die Herstellung einer Aktionseinheit der Arbeiterklasse unabhängig von Parteizugehörigkeiten und –sympathien bezog, sollte die Volksfront auf der Grundlage der Einheitsfront entstehen und die nichtproletarischen Schichten des Volkes miteinbeziehen, insbesondere die werktätige Bauernschaft und das städtische Kleinbürgertum. Aufbauend auf der gesellschaftlichen Dimension der Volksfront als Klassenbündnis beinhaltete die Konzeption aber auch eine Zusammenarbeit mit den Organisationen und Parteien, in denen diese gesellschaftlichen Kräfte vertreten sind.

Im Widerspruch zu den an anderer Stelle abgegebenen Erklärungen, dass auch im antifaschistischen Abwehrkampf weiterhin der Kampf gegen den Reformismus entscheidende Bedeutung habe, sagt Dimitroff nun: „wir werden niemanden angreifen, weder Personen noch Organisationen, noch Parteien, die für die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den Klassenfeind sind. Gleichzeitig aber haben wir im Interesse des Proletariats und seiner Sache die Pflicht, die Personen, Organisationen und Parteien zu kritisieren, die die Aktionseinheit der Arbeiter stören“. Damit wurde die Haltung einer Partei zur Einheitsfront (und nicht mehr die zur Klassenherrschaft der Bourgeoisie) zum entscheidenden Kriterium gemacht, anhand dem diese Partei von den Kommunisten zu beurteilen sei. Die grundsätzliche Distanz zur Sozialdemokratie wurde damit deutlich verringert. Es liegt die Interpretation nahe, dass man demnach eine sozialdemokratische Partei, die zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit war, nicht mehr hätte kritisieren müssen.

Es wird dann eine Reihe von Beispielen aus verschiedenen Ländern angeführt, deren Tenor jeweils ist: Die Sozialdemokratie macht eine reaktionäre Politik, aber trotzdem muss man die Einheitsfront mit ihr suchen und den progressiven Teil ihrer Forderungen unterstützen, um die Arbeiter aus der sozialdemokratischen Umklammerung zu lösen.

Eine abschließende Einschätzung dieser Politik vorzunehmen, fällt schwierig. Im Kontext der faschistischen Offensive war sie verständlich und nachvollziehbar. Wahrscheinlich war es auch richtig, einen Vorstoß in diese Richtung zu wagen. Auf der anderen Seite stellt sich aber auch die Frage, wie die Erfolgsbedingungen einer solchen Politik aussahen. In Deutschland hatte die SPD-Führung Anfang der 30er nacheinander vier (!) Angebote der KPD zum gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus ausgeschlagen oder ignoriert, zwei vor und zwei während der Errichtung der faschistischen Diktatur. Schuld daran war keineswegs nur die vielgeschmähte „Sozialfaschismusthese“, sondern in allererster Linie die Haltung der sozialdemokratischen Führung, die Respekt vor der legalen Regierungsübernahme Hitlers forderte und den „Nationalsozialismus“ teilweise sogar zu einer Variante des Sozialismus erklärte, die man unterstützen müsse. So schrieb die sozialdemokratische „Gewerkschaftszeitung“

am 29.4.1933 „Wir brauchen wahrhaftig nicht ‚umzufallen‘, um zu bekennen, dass der Sieg des Nationalsozialismus, obwohl er gegen eine Partei errungen wurde, die uns als Träger der sozialistischen Idee galt, auch unser Sieg ist, insofern die sozialistische Aufgabe heute der ganzen Nation gestellt ist“. Der sozialdemokratische Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) erklärte nach der faschistischen Machtübergabe die Bereitschaft, im faschistischen Staat mitzuarbeiten und begrüßte am 19.4.1933 die Umbenennung des 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“ durch die Nazis (zitiert nach: Schleifstein 1980, 116f).

Nun konnte man möglicherweise davon ausgehen, dass auch bei diesen Kräften angesichts der Repressionen gegen sie seitdem ein Lernprozess stattgefunden hatte (gegen den in der SPD allerdings große Teile der Führung bis zum Ende völlig immun blieben). Von ihnen zu erwarten, dass sie ihren grundsätzlichen konterrevolutionären und reaktionären Charakter aufgaben, wäre jedenfalls trotzdem illusorisch gewesen. Beispiele für eine erfolgreich zustande gekommene Einheitsfront „von oben“ gab es in den nächsten Jahren überwiegend außerhalb Deutschlands. Hier wäre allerdings genau zu prüfen, ob die Komintern dabei wirklich ihre Ankündigung einhielt, den Charakter der Sozialdemokratie weiterhin zu entlarven, oder ob sie sich einer solchen Kritik nicht aus bündnistaktischen Erwägungen in Wirklichkeit weitgehend enthielt.

Zudem lässt sich auch rückblickend festhalten, dass das Abgehen von einer Grundsatzkritik an der Sozialdemokratie und die Hinwendung zu einer Praxis, die diese mehr wegen ihrer konkreten Politik angreift als wegen ihres prinzipiell konterrevolutionären und bürgerlichen Charakters, die Entwicklung problematischer bündnispolitischer Orientierungen begünstigt hat. Die folgenden Unterpunkte verdeutlichen das noch weiter.

c) Die Einschätzung der Sozialdemokratie

Wie gezeigt, hielten die Führer der KI auch weiterhin an der grundsätzlichen Einschätzung fest, dass die Sozialdemokratie eine der Revolution entgegenstehende und den Faschismus begünstigende politische Kraft sei. Dies verdient es, betont zu werden, weil in den diversen opportunistischen Fehlinterpretationen des 7. WK oftmals so getan wird, als habe dieser eine irgendwie positive Bewertung der Sozialdemokratie als antifaschistisch-demokratischer Kraft vorgenommen.

Darüber hinaus wurde die Einschätzung der Sozialdemokratie aber stärker ausdifferenziert: Diese spalte sich nun überall in zwei Hauptlager: „neben dem bestehenden Lager der reaktionären Elemente, die mit allen Mitteln versuchen, den Block der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie zu erhalten, und wütend die Einheitsfront mit den Kommunisten ablehnen, beginnt sich das Lager der revolutionären Elemente herauszubilden, die Zweifel an der Richtigkeit der Politik der Arbeitsgemeinschaft

mit der Bourgeoisie hegen, die für die Schaffung einer Einheitsfront mit den Kommunisten sind und in immer stärkerem Maße auf den Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes überzugehen anfangen“.

Dies war zunächst nur eine Bestandsaufnahme, eine Einschätzung zur inneren Entwicklung einer konkurrierenden politischen Kraft. Eine solche Einschätzung vorzunehmen, hat an sich nichts Problematisches. Dass daraus jedoch später eine Theorie gemacht wurde und man anfangs, überall die Sozialdemokratie in eine „linke“ und eine „rechte“ zu unterteilen, um mit der angeblichen „Linken“ dann zusammenarbeiten zu können (so beispielsweise die KP Frankreichs in den Nachkriegsjahrzehnten) war durchaus sehr problematisch. Dimitroffs Referat dürfte dem ungewollt Vorschub geleistet haben, zumal es fragwürdig ist, ob es überhaupt möglich ist, innerhalb der Sozialdemokratie jemals wirklich von einem revolutionären Lager zu sprechen – schließlich besteht das Wesen der Sozialdemokratie genau in der Feindschaft gegen jede ernsthafte revolutionäre Bestrebung. Dies schließt nicht aus, dass es unter den sozialdemokratischen Arbeitern ehrliche Sympathien für die revolutionäre Bewegung und ihre Aktionen gab. Diese wurden aber wohl überbetont, da ihre Widersprüchlichkeit und der ungebrochen reaktionäre Einfluss der sozialdemokratischen Organisationszusammenhänge an sich unterschätzt wurden.

d) Die Zielstellung einer geeinten Arbeiterpartei

Die bisher angeführten Punkte erscheinen noch verhältnismäßig wenig gravierend. Extrem problematisch wird Dimitroffs Rede aber spätestens mit dem Vorschlag einer geeinten Arbeiterpartei.

Die Einheitsfront, so Dimitroff, werfe „auch die Frage der politischen Einheit, der einheitlichen politischen Massenpartei der Arbeiterklasse auf“. Bei der bloßen „Frage“ belässt er es aber nicht: „Die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats und der Erfolg der proletarischen Revolution machen es gebieterisch notwendig (!), daß in jedem Lande eine einheitliche Partei des Proletariats bestehe“. Es sei darum die Aufgabe der Komintern, „Die Sache der Vereinigung der Kräfte der Arbeiterklasse zu einer einheitlichen revolutionären proletarischen Partei im Moment, da die internationale Arbeiterbewegung in die Periode der Überwindung der Spaltung tritt“ zu ihrer Sache zu machen.

Man bemerke, dass das Resultat der Vereinigung nicht irgendeine „linke“, pluralistische Partei sein soll, sondern eine revolutionäre proletarische. Für die organisatorisch-politische Vereinigung mit der Sozialdemokratie nennt Dimitroff darum auch Bedingungen, die hier kurz genannt seien:

1. Die „vollständige Unabhängigkeit von der Bourgeoisie“ und das Aufgeben des Blocks der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie

2. Die vorherige Herstellung der Aktionseinheit
3. Die Zielstellung des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats
4. Keine Unterstützung der Bourgeoisie im imperialistischen Krieg
5. Der Aufbau der gemeinsamen Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus

Es ergibt sich hier ein merkwürdig gemischtes Bild: Die Komintern forderte einerseits als Bedingung für die Bildung einer geeinten proletarischen Partei de facto die weitgehende Unterwerfung der sozialdemokratischen Parteien unter die Ideologie, Politik und Organisationsprinzipien der kommunistischen Parteien. Das ist andererseits aber auch einzuschränken, als Dimitroff nichts Genaueres über die weltanschauliche Grundlage einer solchen geeinten Partei sagt und auch nichts darüber, ob es sich dabei um eine Kaderorganisation nach dem bolschewistischen bzw. leninistischen Modell handeln soll oder nicht. Damit ist letztlich nicht völlig geklärt, ob der Vorschlag nun darauf hinauslaufen sollte, die sozialdemokratischen Organisationen in die kommunistischen zu integrieren, oder die kommunistischen Parteien in einer sozialdemokratisch-kommunistischen Hybridpartei ohne klare marxistisch-leninistische Grundlage aufzulösen, was letztlich einer Entwaffnung der Arbeiterklasse gleichgekommen wäre. Dass letzteres, also eine offen opportunistische, liquidatorische Zielstellung, von Dimitroff nicht kategorisch und explizit ausgeschlossen wird, ist ein großes Problem.

Dimitroff führt zudem ein Beispiel an, bei dem alle Alarmglocken schrillen sollten: In den USA sei die Schaffung „einer Massenpartei der Werktätigen, einer ‚Arbeiter- und Farmerpartei‘“ als Bollwerk gegen den Faschismus eine mögliche nächste Aufgabe. Diese Partei sei weder kommunistisch noch sozialistisch, aber antifaschistisch, gegen die Monopole gerichtet und nicht antikommunistisch. Damit wurden bereits gewonnene richtige Erkenntnisse der Kommunisten wieder über Bord geworfen. Thälmann hatte 1932 geschrieben: „Der Charakter einer Arbeiterpartei resultiert nicht allein aus ihrer sozialen Zusammensetzung, aus der Zahl der in ihr erfaßten Arbeiter (...) Der Charakter einer Arbeiterpartei wird bestimmt durch ihr Programm, ihre Politik, durch ihr klassenmäßiges Denken und konsequent-revolutionäres Handeln. (...) Folgernd aus allen diesen Tatsachen erklären wir eindeutig, daß es nur eine Arbeiterpartei gibt, nämlich die Kommunistische Partei.“ (Thälmann 1932).

Auf einmal kehrte man nun wieder zu einer Vorstellung zurück, wonach auch nichtsozialistische Parteien, sofern sie die Arbeiter organisierten und eine breite fortschrittliche Programmatik verfolgten, Arbeiterparteien sein konnten. Eine solche Partei wird von Dimitroff allein unter dem Aspekt des antifaschistischen Abwehr-

kampfes betrachtet. Dass sie darüber hinaus, durch das Fehlen einer kommunistischen Programmatik und Organisationspraxis, mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Integrationsmechanismus des kapitalistisch-imperialistischen politischen Systems der USA geworden wäre, wird nicht problematisiert und offenbar nicht einmal vorausgesehen.

Dimitroff fordert auch eine „Vereinigung“ aller „nichtfaschistischen“ (!) Jugendverbände bis hin zum Aufbau gemeinsamer antifaschistischer Organisationen. Ob diese „Vereinigung“ auch einen organisatorischen Zusammenschluss der Jugendverbände, also eine Auflösung der kommunistischen Verbände bedeuten kann, sagt er nicht bzw. lässt es damit offen. Die Praxis der nächsten Jahre zeigte jedoch, dass dies damit durchaus gemeint sein konnte: Die Gründung der FDJ durch deutsche Exilanten in Paris und Prag (1936-38), die als breit aufgestellter „antifaschistisch-demokratischer“ Jugendverband den KJVD ablöste, war das Ergebnis dieser Überlegungen. Probleme in der Entwicklung der kommunistischen Jugend (besonders ihre zu enge Orientierung an der Praxis der Partei) wurden damit also zum Anlass genommen, die leninistische Konzeption eines kommunistischen Jugendverbands grundsätzlich infrage zu stellen. Das Hauptproblem dabei ist nicht, dass es unmöglich wäre, kommunistische Kader ohne einen kommunistischen Jugendverband heranzuziehen. Denn zu diesem Zweck ist ein kommunistischer Jugendverband zwar sinnvoll und in der Regel anzustreben, aber nicht unbedingt unerlässlich. Das Hauptproblem ist dabei vielmehr, dass die Vorstellung eines „antifaschistisch-demokratischen“ Verbandes auf einer völlig unklaren ideologischen Grundlage basiert. Was bedeutet z.B. „demokratisch“? Ist damit die bürgerliche oder die proletarische Demokratie gemeint? Kann ein bürgerlicher „Demokrat“ nicht gleichzeitig auch glühender Antikommunist sein, kann er nicht sogar objektiv dem Faschismus zuarbeiten? Aus der Notwendigkeit der taktischen Zusammenarbeit mit bürgerlichen nichtfaschistischen Kräften wurde somit die Vorstellung einer breiten inhaltlichen Gemeinsamkeit zwischen Kommunisten und anderen „Nichtfaschisten“.

Doch zurück zur Frage der vereinten Arbeiterpartei: Nehmen wir nun einmal an, die KI hätte mit dieser Ausrichtung doch etwas anderes gemeint als das hier vermutete. Es habe sich dabei also lediglich um einen Versuch gehandelt, die Sozialdemokratie in die kommunistischen Parteien einzugliedern. Auch das wäre problematisch genug.

Dimitroff sieht die gestellten Bedingungen als prinzipielle Voraussetzungen – das kann man als Versicherung verstehen, dass eine Vereinigung auf sozialdemokratischer Grundlage abgelehnt wurde. Möglicherweise ging es der KI dabei auch eher um ein agitatorisches Mittel, mit dem man hoffte, die sozialdemokratischen Arbeiter für die kommunistische Politik gewinnen zu können. Dennoch bleibt der Gedanke problematisch. Es wird die illusorische Vorstellung erweckt, es gäbe keinen diametralen

Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik. Indem nicht die Gewinnung der sozialdemokratischen Massen für kommunistische Positionen durch ihre Ablösung von der sozialdemokratischen Führung gefordert wird (die bisherige Praxis), sondern nun auf einmal die Vereinigung mit den sozialdemokratischen Organisationen, hätte klar sein müssen, dass auch diese ihren Teil, d.h. ihre Sichtweisen, Praktiken und Erfahrungen einbringen wollen werden. Die an sich richtige Unterscheidung zwischen den sozialdemokratischen Massen einerseits und ihrer Führung andererseits wird dabei verabsolutiert – so, als würden die Massen ihrer Führung nicht auch deshalb folgen, weil sie den Revisionismus und Opportunismus wenigstens teilweise auch akzeptiert haben, ihn möglicherweise sogar offensiv vertreten.

Die Forderung, dass die Sozialdemokratie den Block mit der Bourgeoisie aufgeben soll, ist zudem letztlich identisch mit der Forderung, sich selbst als Sozialdemokratie aufzugeben, schließlich gehört der „Block mit der Bourgeoisie“ untrennbar zum Wesen des Sozialdemokratismus. Diese unmögliche Forderung trotzdem aufzustellen, vorzugeben, dass so etwas nun auf einmal doch möglich sei, musste Illusionen über den Charakter der Sozialdemokratie nähren.

Das nächste Problem: Einerseits fordert man eine „einheitliche politische Massenpartei der Arbeiterklasse“, andererseits aber die Notwendigkeit einer „Kampfpartei, einer revolutionären Partei“. Das steht in direktem Widerspruch zueinander, weil die Existenz des Opportunismus in der Arbeiterbewegung eine notwendige Erscheinung im imperialistischen Kapitalismus und im Kapitalismus überhaupt ist, solange eine Arbeiterbewegung überhaupt existiert. Eine einheitliche Partei der ganzen Arbeiterklasse, die gleichzeitig eine revolutionäre Kampfpartei ist, kann offenbar nur bedeuten, dass es keine reformistische Partei neben der kommunistischen mehr geben kann. Damit wird ignoriert, dass der Reformismus mit objektiver Notwendigkeit auftritt, weil revolutionäres Bewusstsein nicht spontan entsteht und weil die herrschende Klasse ein Interesse an seiner Existenz hat. Die Geschichte hat schließlich sogar gezeigt, dass selbst in den historischen Ausnahmesituationen, wo es neben der kommunistischen Partei vorübergehend keine starke sozialdemokratische Partei gab (z.B. Frankreich und vor allem Italien nach dem 2. Weltkrieg), diese Situation in der Regel damit einherging, dass der Sozialdemokratismus seinen Weg in die KP selbst fand und in dieser schließlich die Kontrolle gewann. Dies wäre sicherlich auch durch eine konsequente kommunistische Politik zu verhindern gewesen, nur hätte sich damit vermutlich wiederum der politische Raum für die Entstehung einer sozialdemokratischen Partei geöffnet.

Und schließlich: Die Rede ist eindeutig von einer Massenpartei. Eine marxistisch-leninistische Partei ist aber per se keine Massenpartei, sie ist eine Kaderorganisation. Sie akzeptiert neue Mitglieder nur nach sorgfältiger Überprüfung und nach einem

längeren Prozess der Heranführung. Sie basiert auf einem hohen Maß an Ernsthaftigkeit und Hingabe all ihrer Mitglieder für die gemeinsame Sache. Im besten Fall ist sie eine große Partei mit vielen Mitgliedern. Niemals ist sie jedoch von ihrem Organisationscharakter her eine Massenpartei. Möglicherweise handelt es sich nur um eine begriffliche Unklarheit, aber die Tatsache, dass Dimitroff fordert, die Partei für die sozialdemokratischen Arbeitermassen zu öffnen, legt nahe, dass hier eben durchaus eine Relativierung des Konzepts der Kaderpartei gemeint war. 1937 erklärt auch Pieck dazu: „Die KPD verfolgt nicht etwa das Ziel einer weiteren Spaltung der Sozialdemokratie, sondern erstrebt die Schaffung einer einheitlichen mächtigen revolutionären Massenpartei des Proletariats“ (Pieck 1937).

Im besten Fall könnte man einwenden, Dimitroff habe den Begriff „Massenpartei“ gedankenlos verwendet und nur auf die Verbreiterung der Basis der Partei durch die Vereinigung mit der Sozialdemokratie bezogen, aber nicht auf eine Veränderung ihres Charakters. Aber wie argumentiert wurde, löst auch dies das Problem nicht wirklich. So oder so bedeuten seine Ausführungen eine Aufweichung des leninistischen Charakters der revolutionären Organisation des Proletariats.

Fassen wir also zusammen: In der einen oder anderen Form strebte die KI nach der Vereinigung der kommunistischen Parteien mit den sozialdemokratischen. In diesem Kontext ist sogar davon die Rede, dass nun die „internationale Arbeiterbewegung in die Periode der Überwindung der Spaltung“ trete. Die wesentliche Errungenschaft der Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg, die Emanzipation der kommunistischen Parteien von den opportunistischen sozialdemokratischen Parteien, wird hier auf einmal zum Problem erklärt, das es zu „überwinden“ gelte. Im Denken der KIFührung richtete sich nun alles auf die Notwendigkeit einer möglichst breiten Organisation auf, was die vorherige leninistische Vorstellung einer disziplinierten revolutionären Kaderpartei mindestens teilweise aufweichte und ersetzte. Dies mag auch eine erste Antwort auf die Frage geben, warum die Selbstkritik der KPD zur Organisations- und Konspirationsfrage in Vergessenheit geraten ist oder zumindest keine entscheidenden Auswirkungen für die Praxis hatte. Eine breite Massenpartei der Arbeiterklasse steht im direkten Widerspruch zur Notwendigkeit revolutionärer Konspiration, weil die Konspiration hohe Anforderungen an jedes Mitglied der Partei stellt und eine vorsichtige und in jedem Einzelfall wohlüberlegte Politik der Mitgliederaufnahme voraussetzt.

Dieser Widerspruch wurde jedoch nicht ausreichend reflektiert, zumindest nicht in den zentralen Dokumenten der KI. Unter dem Druck der Ereignisse – dem weiteren Vormarsch des Faschismus und der zunehmenden Bedrohung der Sowjetunion – entschied man sich wohl gewissermaßen unausgesprochen für ein Ziel auf Kosten des anderen.

Die Losung der geeinten Arbeiterpartei steht letztlich im direkten Widerspruch zu Dimitroffs Aufforderungen, den Kampf gegen den Sozialdemokratismus auch unter den Bedingungen des antifaschistischen Kampfes fortzusetzen. Zuende gedacht, bedeutete diese Losung nichts anderes als die Proklamation, dass die politische und organisatorische Einheit mit dem Opportunismus möglich sei. Es handelt sich daher bei dieser Losung um einen wesentlichen Grund, weshalb der 7. WK in der Tat als Rechtsruck in der kommunistischen Weltbewegung bewertet werden muss.

e) Kommunistische Regierungsbeteiligungen

Rosa Luxemburg hatte festgehalten: „In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer oppositionellen Partei vorgezeichnet, als regierende darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten“. Gleichzeitig hatte sie jedoch bestimmte Ausnahmen angeführt, „namentlich wo es sich um die Freiheit des Landes oder um die demokratischen Errungenschaften, wie die Republik, handelt“ (Luxemburg 1899).

So gesehen war die Orientierung des 7. WK zu dieser Frage keine neue. Dimitroff spricht zwar über den Fall, „wo die Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront nicht nur möglich, sondern auch im Interesse des Proletariats notwendig sein wird“, die dann „vor allem eine Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion“ sein werde. Er nennt aber auch hier bestimmte Voraussetzungen, die zur Bildung einer solchen Regierung erfüllt sein sollten:

1. Eine weitgehende Desorganisierung und Lähmung des bürgerlichen Staatsapparates, sodass eine Regierung gegen Reaktion und Faschismus nicht mehr von der Bourgeoisie verhindert werden kann
2. Massenkämpfe der Werktätigen gegen Faschismus und Reaktion
3. Eine Differenzierung der Sozialdemokratie und anderen Parteien, sodass bestimmte Teile konsequente Maßnahmen gegen die Faschisten fordern und die Einheitsfront mit den Kommunisten wollen.

Er gibt auch konkrete Beispiele, bei denen eine bürgerliche Regierung unterstützt werden könnte oder bei denen kommunistische Kräfte in eine solche Regierung eintreten sollten. Im Fall der Labour-Regierung in England hält er eine solche Unterstützung für möglich, „obwohl beide frühere Labour-Regierungen die von der Labour Party der Arbeiterschaft gegebenen Versprechen nicht erfüllt haben“. In Bezug auf Frankreich kündigt er an, dass dort eine künftige Volksfrontregierung zu unterstützen sei. Auch die deutschen Erfahrungen der „Arbeiterregierungen“ von 1923 in Thüringen und Sachsen werden (kritisch) ausgewertet, da die damaligen rechtsabweichleri-

schen KPD-Minister ihre ihnen zugedachte Aufgabe, die Bewaffnung des revolutionären Proletariats, nicht erfüllt hatten.

Die Frage der Regierungsbeteiligungen ist wiederum einer Punkte von Dimitroffs Rede, die schwierig zu bewerten sind. Einerseits muss betont werden, dass Dimitroff klar gegen prinzipienlose Regierungseintritte von Kommunisten auftrat, dass er im Gegenteil für einen solchen Schritt wichtige Voraussetzungen benannte. Es ist auch schwierig, prinzipiell zu verneinen, dass in bestimmten (sehr seltenen) Ausnahmesituationen eine kommunistische Regierungsbeteiligung tatsächlich richtig war oder es zumindest sein könnte.

Andrerseits wäre aber genauer zu untersuchen, ob diese Bedingungen wirklich konsequent eingehalten wurden. Wurde beispielsweise die Regierung des „Front Populaire“ in Frankreich 1936/37 auf der Grundlage eines „desorganisierten“ und „gelähmten“ Staatsapparates gebildet und waren die anderen genannten Bedingungen erfüllt? Wie verhielt es sich mit der wenig bekannten Volksfrontregierung in Chile 1938-41? Wie ist es zu rechtfertigen, dass Massenaktionen der Arbeiterklasse gestoppt oder eingedämmt wurden, um die Perspektive der Volksfrontregierungen nicht zu gefährden?

Tatsache ist jedenfalls auch, dass alle kommunistischen Parteien, die sich an Volksfrontregierungen beteiligten, sich in den späteren Jahrzehnten massiv nach rechts entwickelten: Die französische und spanische KP waren (neben der italienischen) die Hauptvertreter des „Eurokommunismus“, also der offenen Sozialdemokratisierung der kommunistischen Parteien. Die chilenische KP verfolgte ebenfalls ein revisionistisches Programm des friedlichen parlamentarischen Übergangs zum Sozialismus, womit sie 1973 bekanntlich blutig scheiterte.

Die Vermutung liegt also nahe, dass die Ausrichtung auf die Volksfrontpolitik nachhaltig legalistische und parlamentarische Illusionen in diesen kommunistischen Parteien hinterlassen hat. Für die Entstehung dieser Illusionen dürfte von Bedeutung gewesen sein, dass die Losung der Volksfrontregierung bereits bei Dimitroff auf unklare Weise und mit viel Interpretationsspielraum mit dem Streben nach „Übergangsformen zum Sozialismus“ verbunden wurde.

f) Übergangsformen und -losungen

Dimitroff beruft sich auf Lenin, der zur Suche nach „Formen des Übergangs oder des Herankommens an die proletarische Revolution“ aufgefordert habe. Diese Forderung ist natürlich so richtig wie interpretationsoffen. Wer Revolution machen will, sollte sich Gedanken darüber machen, wie man am besten dahin kommt. Damit ist über etwaige Formen eines solchen „Herankommens“ oder darüber, was mit „Übergangsformen“ gemeint sein könnte, noch nichts gesagt.

Dimitroff konkretisiert das nun: „Möglicherweise wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen“. Hier findet eine Erweiterung der Zielstellung der Einheitsfrontregierungen statt. Ging es zunächst im Referat nur um eine Regierung gegen Faschismus und Reaktion, wird hier explizit die Möglichkeit eröffnet, dass sich diese in Richtung der proletarischen Revolution weiterentwickeln könnte.

Dimitroff weist dabei deutlich jede Vorstellung eines „demokratischen Zwischenstadiums“ zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats zurück; eine Vorstellung, die „die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges“ impliziere. Daran glaubte Dimitroff selbstverständlich nicht: „Die endgültige Rettung kann diese Regierung nicht bringen. Sie ist nicht imstande, die Klassenherrschaft der Ausbeuter zu stürzen und kann daher auch die Gefahr der faschistischen Konterrevolution nicht endgültig beseitigen. Folglich muß man sich zur sozialistischen Revolution vorbereiten. Die Rettung wird einzig und allein die Sowjetmacht bringen!“.

Die Einheitsfrontregierung, so Dimitroff, sollte sich gänzlich anders verhalten als die gescheiterten „Arbeiter- und Bauernregierungen“ in Deutschland, indem sie nämlich „bestimmte, der Situation entsprechende revolutionäre Grundforderungen verwirklicht, so z.B. Produktionskontrolle, Kontrolle über die Banken, Auflösung der Polizei, ihre Ersetzung durch eine bewaffnete Arbeitermiliz usw.“.

Dies wirft schon die Frage auf, wie sich die Führung der KI eine solche Regierungspraxis in der Realität vorgestellt hat. Ging sie davon aus, dass es realistisch sei, dass eine sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierung derartige Maßnahmen verwirklichen würde? Auf welchen Erfahrungen basierte diese Vorstellung? Nirgendwo hatte sich die Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren in entsprechender Weise verhalten, sodass eine solche Zukunftsvision hätte realistisch erscheinen können. Ganz im Gegenteil hatte sie jeden Schritt des revolutionären Proletariats mit äußerster Feindschaft und Repression beantwortet. Die SPD-Führung hatte darüber hinaus unmissverständlich unter Beweis gestellt, dass sie die Diktatur der Nazis einem Erstarken der Kommunisten vorzog. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen wäre es eher verständlich gewesen, die Möglichkeit einer Einheitsregierung überhaupt in Zweifel zu ziehen, als sich Illusionen über die Möglichkeit eines „Herankommens an die Revolution“ durch die Bewaffnung von Arbeitermilizen und Verstaatlichungen zu machen.

Entsprechende Vorstellungen wurden am ehesten in Spanien verwirklicht, dort jedoch im Kontext des Bürgerkrieges, der eine zentralisierte Kriegswirtschaft und bewaffnete Volksmilizen zur Lebensnotwendigkeit für die bürgerliche Republik machte. Überhaupt scheint eine Übergangsvorstellung, die mit der Regierungsübernahme einer

Einheitsfront verbunden ist, am ehesten unter Bedingungen des Bürgerkriegs, also eines kollabierenden bürgerlichen Staates vorstellbar. Leider wissen wir nicht, wie die spanische Erfahrung ausgegangen wäre, wenn nicht die faschistischen Interventen die Putschisten an die Macht gebombt hätten.

Bedauerlicherweise sind Dimitroffs Überlegungen zur Frage der „Übergangslosungen“, „Übergangsformen“ oder des „Herankommens an die proletarische Revolution“ ansonsten relativ oberflächlich, gehen wenig in die Tiefe und werfen nicht die damit verbundenen Probleme auf. Die Frage, die sich automatisch stellt, ist: Was sind „Formen des Übergangs“? Es ist unklar, ob damit eine revolutionäre Situation gemeint ist (Zerfall und Delegitimierung der Herrschaft bei Offenheit der Massen für revolutionäre Alternativen) oder etwas, das eine solche Situation herbeiführen könnte. Es ist unklar, ob die Einheitsfrontregierung nur eins von vielen Beispielen sein sollte, oder ob man bei „Übergangsformen“ generell an Regierungsbeteiligungen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft dachte. Es ist unklar, was mit „Übergangslosungen“ gemeint sein kann. Handelt es sich lediglich um Parolen, die in der revolutionären Situation besonders geeignet sind, die Massen zu sammeln und zum Aufstand zu bewegen? Oder geht es beispielsweise um Forderungen, die im Kapitalismus nicht umsetzbar sind, aber dennoch als Forderungen an den bürgerlichen Staat gestellt werden? Letztere sind offensichtlich problematisch, da sie die Entstehung von Illusionen begünstigen (zur Kritik an solchen „Übergangslosungen“ vgl. Spanidis/Textor 2016).

An diese offenen Fragen schließt sich eine Reihe von Problemen an. Beispielsweise die wichtige Frage, ob man vor dem Hintergrund unserer historischen Erfahrungen überhaupt davon ausgehen kann, dass revolutionäre Situationen sich durch eine bestimmte Politik der kommunistischen Partei herbeiführen lassen oder ob sie nicht vielmehr wesentlich durch objektive Entwicklungen bestimmt werden (z.B. imperialistische Kriege, tiefe Wirtschaftskrisen, politische Krisen des bürgerlichen Regimes usw.). Oder die Frage, ob bzw. unter welchen Bedingungen ein Regierungseintritt von Kommunisten eine revolutionäre Entwicklung nicht sogar eher verhindert als befördert.

All das ist nicht das Hauptthema von Dimitroffs Rede. Er wirft diese Fragen aber auf, ohne sie dann wirklich angemessen zu behandeln. Das hat in der kommunistischen Weltbewegung allen möglichen Interpretationen Tür und Tor geöffnet – nicht zuletzt auch den illusorischen Vorstellungen über die Möglichkeit einer „Antimonopolistischen Demokratie“, wie sie sich im deutschen Sprachraum herausgebildet haben und die das heute geltende DKP-Parteiprogramm stark prägen (Spanidis 2016).

Eng verbunden mit der Vorstellung der „Übergangsformen“ war auch die Losung der „demokratischen Republik“, die in Deutschland wenig später von der KPD erhoben wurde (Pieck 1937). Der verständliche Gedanke dahinter: Die Volksmassen waren für

den Sozialismus noch nicht zu gewinnen, wohl aber unter Umständen für den Sturz des Faschismus. Dieser würde dann die Kampfbedingungen für die Kommunisten entscheidend verbessern. So gesehen war es sicherlich richtig, die Rückgewinnung bürgerlich-demokratischer Freiheiten zu einem zentralen Kampfziel zu erheben.

Allerdings ging die Vorstellung der „demokratischen Republik“ noch weiter: Diese Republik dürfe „unter keinen Umständen etwa eine Wiederholung der Weimarer Republik sein“ und werde „eine gründliche Ausrottung des Faschismus vornehmen“. Unter der Voraussetzung von „stärksten Massenkämpfen“ könnte eine Volksfrontregierung in dieser Republik auch einschneidende Maßnahmen wie Enteignung von Großgrundbesitz und Nationalisierung von Schlüsselindustrien und Banken durchführen.

Die Parole wurde im Gründungsaufwurf der KPD vom 11. Juni 1945 erneut aufgenommen. Darin heißt es: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ (KPD 1945).

Nun ist natürlich richtig, dass 1945 in Deutschland nicht unmittelbar die subjektiven Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution bestanden und es daher falsch gewesen wäre, den Deutschen das „Sowjetsystem“, also die Diktatur des Proletariats, „aufzuzwingen“. Hier vermischt die KPD aber zwei sehr verschiedene Punkte: Dem Volk gegen seinen Willen den Sozialismus aufzwingen ist eine Sache und in der Tat falsch. Den Sozialismus im Programm einer KP als unmittelbar nächstes Ziel einzufordern, ist etwas ganz anderes und die einzig richtige strategische Orientierung für eine kommunistische Partei unter entwickelten kapitalistischen Bedingungen.

Der Aufruf fährt fort mit einer kurzen Charakterisierung der angestrebten Republik, die auf der „Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes“, der Enteignung des Großgrundbesitzes, sozialen Errungenschaften der Arbeiter, ansonsten aber auf kapitalistischen Eigentumsverhältnissen beruhen sollte: „Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“ werden gefordert. Dieses Aktionsprogramm solle dann als „Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrumspartei und anderer)“ dienen. Die Bündnispolitik des 7. WK wird hier in die Zeit nach der Befreiung vom Faschismus verlängert: Auch unter bürgerlich-demokratischen Bedingungen

wird ein stabiles Bündnis (nichts anderes bedeutet das Wort „Block“) mit den bürgerlichen Parteien für möglich gehalten (alle Zitate aus: KPD 1945).

Es ist wichtig, zwischen zweierlei zu unterscheiden: Es ist eine Sache, ein weniger repressives und reaktionäres bürgerliches Regime wie z.B. einer bürgerlichen Demokratie dem Faschismus vorzuziehen. Es ist eine andere Sache, die Vorstellung einer solchen bürgerlichen Demokratie zu einer (womöglich gar notwendigen) Zwischenetappe auf dem Weg zum Sozialismus zu erklären. Bei Piecks Ausführungen geht die Tendenz hin zu Letzterem: Die Idee einer Demokratie, in der der Faschismus „gründlich“ ausgerottet sein wird, in der auch tiefe Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse möglich sind, legt nahe, dass hier bereits vorbereitende Schritte zum Sozialismus gemeint sein sollen. Spätere Vorstellungen wie die der AMD (in der DKP und KP Österreichs sowie der Partei der Arbeit Österreichs) oder „fortgeschrittenen Demokratie“ (in der Portugiesischen KP) sind diesen Denkansätzen sehr ähnlich.

Auch hier muss die Frage aufgeworfen werden, wie realistisch solche Vorstellungen sind. Wie weit ist eine „gründliche Ausrottung des Faschismus“ unter kapitalistischen Bedingungen möglich? Sicherlich, es wäre denkbar gewesen, in der BRD Nazifunktionäre auszutauschen, statt sie wieder in Amt und Würden zu lassen. Aber das Entscheidendere, die Unterstützung des Faschismus durch die Bourgeoisie, die tiefe Verwurzelung der faschistischen Ideologie und Politik in den verschiedenen Varianten bürgerlichen Denkens und den Praktiken kapitalistischer Herrschaft, das wäre bestehen geblieben. Auch wenn Differenzierungen notwendig sind, so lässt sich doch im Allgemeinen festhalten, dass der Kapitalismus, vor allem in seinem imperialistischen Stadium, seine reaktionären und parasitären Merkmale nicht verlieren kann, sondern im Gegenteil eher verschärft.

Es muss also infrage gestellt werden, ob solche Übergangsvorstellungen jemals überhaupt realistisch gewesen sind. Im Grunde betrifft sie dieselbe Kritik, die gegen die „Antimonopolistische Demokratie“ oder die ihr eng verwandte Vorstellung einer „Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt“ erhoben werden muss (Spanidis 2016).

g) Die Polemik gegen „ultralinke Doktrinäre“

Ein weiterer Aspekt von Dimitroffs Rede, den es festzuhalten lohnt, ist seine Rhetorik und die Schwerpunktverschiebung der „Feindbilder“ in der KI. Die Rede ist durchzogen von harter Polemik gegen „Ultralinke“, „Doktrinäre“ gegen ein „selbstgefälliges Sektierertum“ und ähnliche Formulierungen. Auch wenn es ebenfalls an einigen Stellen Abgrenzungen gegen rechte Abweichungen gibt, zeigt doch der Gesamtkontext der Rede, dass hier der Hauptschlag gegen „links“ geführt werden soll. „In der heutigen Lage hemmt vor allem das Sektierertum, das selbstgefällige Sektierertum, wie wir

es im Resolutionsentwurf qualifizieren, unseren Kampf für die Verwirklichung der Einheitsfront. Das Sektierertum, das sich in seiner doktrinären Beschränktheit, in seiner Losgelöstheit vom wirklichen Leben der Massen gefällt“, sagt Dimitroff.

Problematisch ist daran natürlich nicht, sich gegen „ultralinke“, d.h. linksopportunistische Verzerrungen kommunistischer Politik auszusprechen, die sich beispielsweise darauf beschränken, taktische Erwägungen im Namen abstrakter Fernziele zu verwerfen. Zurecht hatte ja bereits Lenin solchen Dogmatismus kritisiert.

Man muss sich aber im Lichte des Gesamtbildes die Frage stellen, auf wen Dimitroffs Polemik hier wirklich abzielt. Als „linke“ Doktrinäre“ bezeichnet er beispielsweise diejenigen Genossen, die sich zu wenig mit den „Übergangsformen“ beschäftigten. Nun haben wir aber festgestellt, dass Dimitroffs Rede selbst weit davon entfernt ist, ein überzeugendes Konzept solcher „Übergangsformen“ zu präsentieren.

Dimitroff weiter: „Gibt es denn jetzt, Genossen, noch wenig solche Doktrinäre in unseren Reihen, die in der Einheitsfrontpolitik immer und überall nur Gefahren wittern? Für solche Genossen bildet die ganze Einheitsfront eine einzige Gefahr. Aber diese sektiererische ‚Prinzipienfestigkeit‘ ist nichts anderes als politische Hilflosigkeit vor den Schwierigkeiten der unmittelbaren Leitung des Kampfes der Massen.“

Wie gezeigt wurde, ist große Skepsis gegenüber vielen der Überlegungen, die unter dem Titel „Einheitsfront“ liefen, angebracht und notwendig. Dimitroff hält es aber offenbar nicht für nötig, sich mit den Argumenten dieser Kritiker (über die wir daher leider auch nichts erfahren), auseinanderzusetzen. Wir hören auch wenig darüber, ob er selbst überhaupt der Meinung war, die neue Orientierung sei mit Risiken verbunden oder ob er sie für gänzlich unproblematisch hielt. Stattdessen beschränkt er sich auf flache Polemik (Unterstellung „politischer Hilflosigkeit“ usw.) und Verdammungsurteile. Dazu trägt auch die martialische Sprache bei: man müsse „das selbstzufriedene Sektierertum ausmerzen“.

Leider benennt Dimitroff auch wenig konkret, worin dieses „Sektierertum“ bestanden haben soll – und das, obwohl sein ganzes langes Referat den Charakter einer Polemik gegen die „Ultralinken“ hat. Er nennt lediglich die zwei Beispiele, dass diese 1923 nicht ernsthaft die Bildung einer Arbeiterregierung angestrebt hätten und dann später „im Grunde alle Sozialdemokraten als Konterrevolutionäre“ betrachtet hätten. Letzteres wäre zweifellos eine linksradikale Überspitzung, bei ersterem liegt die Charakterisierung als „ultralinks“ jedoch keineswegs auf der Hand. Ansonsten erfahren wir jedoch nichts darüber, was denn nun als „ultralinks“ zu verstehen sei.

Dadurch musste ein Klima entstehen, in dem alles Mögliche, was den 7. WK von „links“ kritisierte und darunter auch viele berechnete Kritikpunkte, als ketzerisch gebrandmarkt werden konnte. Berechnete und möglicherweise auch unberechnete

Zweifel werden durch diesen Diskussionsstil für illegitim erklärt. Stalin hatte einst gefordert, „dass man auch eine Kritik, die nur 5-10 Prozent Wahrheit enthält, begrüßen, sie aufmerksam anhören und ihren gesunden Kern berücksichtigen muss“, statt sie zu unterdrücken (Stalin 1928, S. 24). Mit dieser begrüßenswerten marxistischen Haltung hat Dimitroffs Polemik nicht mehr viel zu tun.

Natürlich ist dabei zu bedenken, dass die Komintern in der damaligen Situation unter enormem Druck stand, ihre antifaschistische Politik auf eine effektivere Grundlage zu stellen. Es ging ja buchstäblich um Leben und Tod.

Das ändert jedoch nichts an der Analyse, dass eine derartige Diskussionsweise bzw. konkret die undifferenzierte Polemik gegen „links“ der kommunistischen Bewegung auf lange Sicht sehr geschadet hat. Eine Infragestellung der Beschlüsse des 7. WK gilt heute in weiten Teilen der kommunistischen Weltbewegung als „sektiererisches“ Sakrileg. Ähnliche Tendenzen finden sich auch in heutigen Diskussionen in der DKP und SDAJ, wenn beispielsweise ohne weiteres Argument die Standpunkte der Gegenseite zu Fragen der Strategie oder Organisationsform als „unwissenschaftlich“, „undialektisch“, „linksradikal“ und Ähnliches denunziert werden.

Es versteht sich von selbst, dass solcher Dogmatismus objektiv immer als Wegbereiter des rechten Opportunismus fungiert.

h) Die Auflösung der Kommunistischen Internationale 1943

Offensichtlich handelt es sich dabei um ein Ereignis, das in keinem direkten Zusammenhang mit dem 7. WK steht, jedenfalls nicht aus seinen Beschlüssen hervorgeht. Trotzdem macht es Sinn, in diesem Kontext kurz darüber zu sprechen – auch deshalb, weil das Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) sich in seiner Entscheidung explizit auf den 7. WK beruft.

Der Argumentationsgang verläuft folgendermaßen: Der 7. WK habe bereits Beweglichkeit und Selbstständigkeit von den Sektionen der KI gefordert und die Notwendigkeit festgestellt, in der Beschlussfassung „von den konkreten Verhältnissen und Besonderheiten jedes einzelnen Landes auszugehen und, in der Regel, ein unmittelbares Eingreifen in interne organisatorische Angelegenheiten der kommunistischen Parteien zu vermeiden“ (Komintern 1943). In diesem Sinne habe man bereits im November 1940 den Beschluss der KP der USA zum Austritt aus der KI gebilligt.

Aus diesem Grunde werde nun die KI aufgelöst, ihre Sektionen von allen Verpflichtungen ihr gegenüber entbunden und stattdessen alle Kräfte auf die Unterstützung des Krieges gegen den Faschismus konzentriert.

Die problematische Tendenz des 7. WK, den Kampf gegen den Faschismus zu verabsolutieren, ihm alles andere, ja selbst die Existenz kommunistischer Organisationen

überhaupt unterzuordnen, setzt sich mit dieser verheerenden Entscheidung fort. Die Entscheidung selbst beraubte die kommunistischen Parteien ihres wichtigsten Instrumentes, um zu einer gemeinsamen Strategieentwicklung zu finden. Sie findet ihren Ausdruck darin, dass nicht nur vor und während des Krieges, sondern auch danach kommunistische Parteien es versäumten, die revolutionäre Situation zur Machteroberung auszunutzen.

Die Begründung, nationale Besonderheiten der verschiedenen Länder zum Hindernis für eine gemeinsame Strategie der kommunistischen Parteien zu erklären, war dieselbe, die später vom Eurokommunismus und anderen opportunistischen Tendenzen (beispielsweise dem Maoismus) verwendet wurde, um ihre Entsolidarisierung mit den sozialistischen Staaten und ihre Abwendung von revolutionären marxistisch-leninistischen Standpunkten zu legitimieren. Bis heute wiegt dieses Erbe schwer. Viele kommunistische Parteien verbitten sich bis heute eine kritische Diskussion über ihre Politik und Programmatik mit dem Hinweis auf die „Nichteinmischung“ in die Angelegenheiten jeder KP und auf „nationale Besonderheiten“. Dies erweist sich als gewaltiges Hindernis für die notwendige revolutionäre Neuausrichtung und Stärkung der kommunistischen Weltbewegung.

4. Die Spätfolgen des VII. Weltkongresses der Komintern

Anhand verschiedener Beispiele wurde bereits im vorherigen Kapitel darauf hingewiesen, wie sich die Orientierungen des 7. WK nach dem Krieg in immer problematischerer Weise fortsetzten.

Bereits zur Sprache gekommen ist der Gründungsaufwurf der KPD von 1945 für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland und einen Block aller „demokratischen Parteien“. Indem dabei großzügig mit dem Begriff „Demokratie“ umgegangen wurde, indem sogar die KPD gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien, die den Faschismus immerhin mitverschuldet hatten, unter den Oberbegriff der „demokratischen Parteien“ gefasst wird, ging der Wesensunterschied und Gegensatz zwischen sozialistischer Demokratie und bürgerlicher „Demokratie“ verloren. Dies fügte sich ein in eine Interpretation des Zweiten Weltkriegs, wonach die Kräfte der „Demokratie“ gemeinsam die der Reaktion besiegt hätten: „mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts“ (KPD 1945). Dass der Krieg zwischen den USA und England auf der einen Seite, Japan und Deutschland auf der anderen ein zwischenimperialistischer Krieg zwischen Mächten war, deren Gemeinsamkeiten grundlegender waren als ihre Unterschiede, wurde nicht benannt. Stattdessen erscheinen die imperialistischen Siegermächte als selbstlose Heilsbringer. Dabei hatte Großbritannien schon 1944 begonnen, mithilfe faschistischer Kräfte in Griechenland die Befreiungsbewegung zu bekriegen. Wenige Jahre später folgte der Griechische Bürgerkrieg, die verbrecherischen Kolo-

nialkriege Englands und Frankreichs sowie mit dem Koreakrieg ein neuer Unterwerfungs- und Vernichtungskrieg des US-Imperialismus, der Millionen Leben kostete.

Trotzdem wurde die bürgerliche Demokratie nun nicht mehr primär als eine besser verschleierte Form kapitalistischer Herrschaft gesehen, sondern als ein fortschrittlicher Rahmen, in dem der Kampf um den Sozialismus besser geführt werden konnte. Der Gegensatz zu den systemstützenden Parteien trat in den Hintergrund und sollte jedenfalls ein strategisches Bündnis mit diesen nicht behindern.

Auch die Orientierung des 7. WK auf eine geeinte „Arbeiterpartei“ kam in problematischer Weise zu ihrer Verwirklichung. Es kann gewissermaßen als historischer Glücksfall gelten, dass die Vereinigung zur SED nur in der SBZ unter sowjetischer Aufsicht zustande kam und daher die reaktionären, proimperialistischen Tendenzen der Sozialdemokratie unter Kontrolle blieben. Im Westen wäre eine solche Vereinigung vermutlich der Liquidation der kommunistischen Partei gleichgekommen. Eine nach dem Faschismus stark geschwächte und inhaltlich keineswegs völlig konsequente KPD hätte sich mit vielen Tausenden Sozialdemokraten vereint, die zwar durch die Erfahrungen der vorangegangenen Jahre offener für antikapitalistische Positionen geworden waren, aber auch in ihrer großen Mehrheit sicherlich nicht einmal ansatzweise ein marxistisches Verständnis entwickelt hatten, wie es für Mitglieder einer revolutionären Partei erforderlich ist.

Aber auch in Ostdeutschland gab es bedeutenden Widerspruch gegen die Vereinigung: Überall weigerten sich Genossen, der Einheitspartei beizutreten, weil diese als opportunistisch beurteilt wurde. Nur für Berlin kennen wir den Umfang dieser Verweigerung und dort umfasste sie 10% der Mitglieder. Georg Fülberth vermutete 1990, dass die KPD 1946 „weit gründlicher untergegangen“ sei als die SPD, denn in der SED seien „im Laufe der Jahrzehnte sozialdemokratische Verhaltensweisen mehr eingeübt worden als kommunistische“. Doch obwohl die Bedenken der „Einheits skeptiker“ in der KPD vermutlich berechtigt, oder in jedem Fall zumindest bedenkenswert waren, fiel Walter Ulbricht dazu nichts Besseres ein, als in schlechtester Tradition an Pieck zu berichten, die Mehrheit der Berliner Genossen sei „sektierisch“ eingestellt (alles zitiert nach: Schwarz 2016).

Die KPD in Westdeutschland entwickelte sich auch nach ihrem Verbot 1956 weiterhin sehr problematisch. 1968 legte sie einen Programmentwurf vor, den der KPD-Vorsitzende Max Reimann in einem Interview erläuterte. Reimann: „Wir treten für einen friedlichen und demokratischen Weg der sozialistischen Umwälzung in der Bundesrepublik ein. (...) Wir sind uns klar darüber, daß ein friedlicher Entwicklungsweg der sozialistischen Umwälzung die Erringung eines solchen Übergewichts der Kräfte auf seiten des arbeitenden Volkes verlangt, das es der Reaktion unmöglich macht, Gewalt gegen das Volk anzuwenden.(...) Wir wollen einen friedlichen und

demokratischen Weg der sozialistischen Umgestaltung gerade dadurch ermöglichen, daß wir schon im Kampfe um demokratische und antimonopolistische Veränderungen das Zusammengehen von Kommunisten und Sozialisten in und außerhalb der SPD ein breites Bündnis der demokratischen Kräfte aus allen werktätigen Volksschichten anstreben.“. Generell wurde nur noch die CDU/CSU als Partei des Kapitals und damit als Gegner ausgemacht, während man die SPD ambivalent und als potenziellen Bündnispartner beurteilte. Reimann beteuerte „Unsere Partei entwickelt ihre Politik und kämpft auf dem Boden des Grundgesetzes“, da man der Meinung sei „daß das Grundgesetz von den verfassungsrechtlichen Grundlagen her dem arbeitenden Volk und allen Demokraten durchaus Raum bietet für die Realisierung sowohl ihrer demokratischen Vorstellungen wie ihrer gesellschaftspolitischen Ziele“. Es zeigte sich ein bürgerliches Staatsverständnis, wonach der Staat und seine Institutionen wie Parlament und Verfassung lediglich von den Machenschaften privater Interessengruppen gekapert, aber eigentlich auch im Sinne der Arbeiterklasse und der Transformation zum Sozialismus nutzbar seien. Der Buchstabe des Gesetzes wurde ganz im Sinne der bürgerlichen Rechtsillusionen unabhängig von den realen Machtverhältnissen für bare Münze genommen. Dementsprechend stellte man sich auch den Sozialismus als eine reformierte Variante der bürgerlichen Demokratie vor: „Wir erklären ausdrücklich, daß wir eine sozialistische und fortschrittliche Parlamentsmehrheit erstreben, eine sozialistische Ordnung, die sich auf ein Mehrparteiensystem gründet und in der eine parlamentarische Minderheit die verfassungsmäßigen Rechte wahrnehmen kann“ (zitiert nach Steigerwald 1968). Der qualitativ neue Charakter der proletarischen Demokratie, die sich gerade nicht durch das Geschacher zwischen den Klassenparteien, sondern durch die Machtausübung ausgehend von den Produktionseinheiten und Lebensmittelpunkten der Arbeiterklasse auszeichnet, wurde negiert.

Es ist auch nicht davon auszugehen, dass die programmatische Rechtsentwicklung der KPD einfach ein taktisches Manöver war, um das KPD-Verbot aufzuheben, obwohl auch das fragwürdig wäre. In Wirklichkeit war diese Entwicklung lediglich ein Teilaspekt der Ausbreitung des Opportunismus in der gesamten kommunistischen Weltbewegung. Die kommunistischen Parteien Westeuropas, von denen die meisten während des Krieges enorm erstarkt waren, rückten in ihrer Programmatik und Praxis kontinuierlich nach rechts, hin zur praktischen, dann auch theoretischen Versöhnung mit dem Kapitalismus. Die Entstehung des „Eurokommunismus“ als einer offen opportunistischen bzw. sozialdemokratischen, antikommunistischen und proimperialistischen Strömung unter dem Deckmantel des Kommunismus, war trauriger Höhe- und Endpunkt dieser Entwicklung. Der „Eurokommunismus“ ist freilich nicht das zentrale Thema des Artikels, dennoch muss hier einiges dazu gesagt werden. Es herrscht oftmals der Mythos vor, die „eurokommunistische“ Sozialdemokratisierung der großen KPen Europas (vor allem der französischen, spanischen und italienischen KP) habe

sich als plötzlicher Bruch und Verrat vollzogen. Das Jahr 1968, wo die genannten Parteien sich offen von der Sowjetunion distanzierte, als diese gemeinsam mit den Staaten des Warschauer Paktes die Konterrevolution in der Tschechoslowakei niederschlug, gilt oft als der Zeitpunkt dieses Bruches. Doch wer wirklich nach einem punktuellen Ereignis sucht, an dem aus „orthodoxen“ kommunistischen Parteien reformistische Gebilde geworden seien, muss zwangsläufig scheitern.

Die Wahrheit ist, dass es sich um eine graduelle Entwicklung handelt, die keineswegs erst 1968 beginnt, sondern eine Jahrzehntelange Vorgeschichte hat. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs waren 1945 die französische und italienische KP (PCF bzw. PCI) den Regierungen der nationalen Einheit beigetreten, so wie andere KPen in West- und Osteuropa. In beiden Ländern waren die Ergebnisse sehr negativ.

Das Generalkommando der italienischen Partisanen hatte sich bereits im Dezember 1944 im „Römischen Protokoll“ dem Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte in Italien unterworfen. Als Teil der Regierung machte die PCI dann ein Zugeständnis nach dem anderen, und das ohne wesentliche Gegenleistungen der bürgerlichen Parteien. Im Juni 1945 gab Togliatti als Justizminister der Forderung nach, eine Amnestie für Verbrechen der Faschisten zu erlassen. 20-30.000 Verfahren gegen Faschisten wurden eingestellt, über 11.000 bereits erlassene Urteile, teils gegen schwerste Kriegsverbrecher, wurden aufgehoben oder durch Begnadigungen annulliert. Währenddessen saßen zahlreiche Antifaschisten weiterhin im Gefängnis. Die Lateranverträge mit dem Vatikan, die unter Mussolini geschlossen worden waren und das enge Bündnis zwischen Staat und katholischer Kirche, die Anerkennung des Vatikans als eigenen Staat und hohe Entschädigungszahlungen an die Kirche beinhalteten, wurden mit den Stimmen der PCI in der Verfassungsgebenden Versammlung bestätigt.

Am schwerwiegendsten aber war die Entscheidung der PCI, die Entwaffnung und Auflösung der mehrere Hunderttausend Kämpfer starken Partisanenverbände sowie der Liquidierung der lokalen Befreiungskomitees zuzustimmen. Damit entmachtete die PCI die revolutionäre, zum Sozialismus drängende Volksbewegung. Die Partisanen lehnten diesen Schritt zu großen Teilen ab und verweigerten in zahlreichen Fällen die Übergabe der Waffen, sodass nach einer Schätzung nur etwa 60% der Waffen und meist die minderwertigen Bestände abgegeben wurden. Im Juli 1948 kam es zu einem faschistischen Mordanschlag auf Togliatti, den dieser schwerverletzt überlebte. Daraufhin brach ein spontaner bewaffneter Volksaufstand los, bei dem Zehntausende Partisanen ihre Waffen aus den Verstecken holten. Die PCI-Führung schaffte es gerade noch, den Aufstand und damit den Übergang zum revolutionären Bürgerkrieg zu verhindern.

Die Zugeständnisse an die Bourgeoisie auf taktischem Gebiet wurden begleitet durch einen auch zunehmenden theoretischen Opportunismus der PCI. Anfang 1945 erklärte

sie, man würde „heute nicht für eine Diktatur des Proletariats kämpfen, sondern für eine progressive Demokratie, die sich von jener nicht so sehr in ihrer demokratischen Substanz unterscheidet als vielmehr in ihrem sozialen Gehalt“. Gemeint war also eine bürgerliche Republik, die politisch ebenso demokratisch wäre wie die Diktatur des Proletariats, aber nicht „radikal das Prinzip der kapitalistischen Ausbeutung“ beseitige, sondern im Gegenteil das Privateigentum garantiere. Hier wurde die Macht- und Demokratiefrage von der Frage der Eigentumsverhältnisse abgelöst und ein marxistisches Staatsverständnis somit aufgegeben. Auch im Verhältnis zur Sozialdemokratie machte sich der zunehmende Opportunismus bemerkbar: Togliatti schlug im April 1945 der sozialdemokratischen PSI eine Fusion mit der PCI zu einer gemeinsamen Arbeiterpartei vor, die die Sozialdemokraten jedoch ablehnten (Feldbauer 2012). Auch ökonomisch entwickelte sich die Lage der Arbeiterklasse geradezu katastrophal, da in der Zeit der Einheitsregierung die Lebenshaltungskosten um den Faktor 23 stiegen, die Löhne jedoch nur um das 1,5fache. (Skolarikos 2015, 45).

Die PCI entschloss sich gegen Kriegsende nicht dazu, nicht zur revolutionären Offensive, obwohl die USA sich in einer militärischen Schwächephase befanden und generell die Bedingungen für einen Erfolg so günstig waren wie nie zuvor und nie wieder danach. Grund war, dass man im Gefolge der Beschlüsse des 7. WK (und in deren rechtsopportunistischer Verfälschung) das Bündnis mit den bürgerlichen Parteien, insbesondere mit Sozial- und Christdemokraten, als strategisch zentral einstufte und bereit war, für die Fortsetzung dieser Zusammenarbeit extrem weitreichende Zugeständnisse zu machen (Feldbauer 2012).

Generalsekretär Palmiro Togliatti begründete schließlich und konsequenterweise auf dem 8. Parteitag der PCI die Möglichkeit eines friedlichen Wegs zum Sozialismus. Es gebe nun „wichtige Schlussfolgerungen für die Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung: Die Bejahung der Möglichkeit der Vermeidung des Krieges wegen der veränderten Konstellation der Welt, die Anerkennung der Möglichkeit eines Übergangs zum Sozialismus, der den bewaffneten Aufstand ausschließt und innerhalb des Rahmens der demokratischen Gesetzlichkeit abläuft und dabei auch die demokratischen Institutionen nutzt.“ (zit. nach Skolarikos 2015, 75). Auf der Grundlage ihrer immer offener reformistischen Strategie entwickelte sich die PCI bis in die 80er zu einer klassisch sozialdemokratischen Partei. In den 70ern arbeitete man bereits eng mit der christdemokratischen Regierung zusammen und trug deren Politik der Haushaltskonsolidierung und Lohnsenkungen mit. Der PCI kam dabei eine wichtige Rolle zu, da sie immer noch hohes Ansehen in der Arbeiterklasse genoss. Ihr Vorsitzender Napolitano konnte 1976 den Arbeitern erklären, warum ihre unmäßigen Lohnforderungen in der Vergangenheit nun eine Wende zur Austeritätspolitik notwendig machten (Skolarikos 2015, 90). Auf dem Parteitag 1989 war die Mitgliederbasis dann bereits weitestgehend sozialdemokratisiert: Laut einer Umfrage unter den Delegierten

glaubten nur noch ein Viertel an die Möglichkeit einer klassenlosen Gesellschaft, nur noch 10% hielten die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln für notwendig, nur noch 3% das Absterben des Staates (Skolarikos 2015, 94).

Nicht weniger tragisch ist die Geschichte der französischen KP. Wie die italienische war sie im Krieg massiv erstarkt, vereinte nach dem Krieg ein Viertel der Wählerstimmen auf sich und war im Industrieproletariat sehr stark verankert. Auch sie beteiligte sich an einer Regierung der nationalen Einheit mit bürgerlichen Parteien. Auch hier waren die Folgen für die Arbeiterklasse negativ, da die PCF höchste Priorität auf den ökonomischen Wiederaufbau legte und die Gewerkschaften zur Mäßigung ihrer Forderungen bewegte (Skolarikos 2015, 106). Auch die PCF verfolgte schon ab 1945 keine klare revolutionäre Linie mehr. Ihr Generalsekretär Maurice Thorez, in der kommunistischen Weltbewegung eine fast ebenso wichtige Figur wie Palmiro Togliatti, erklärte 1946 in einem Interview: „Der Fortschritt der Demokratie auf der ganzen Welt, mit den seltenen Ausnahmen die es gibt und die die Regel bestätigen, lassen die Hoffnung, dass es auch andere Wege zum Sozialismus gibt als den, den die russischen Kommunisten wählten. (...) Die französische Partei der Arbeiter, die wir durch die Vereinigung der Kommunisten und Sozialisten zu schaffen wünschen, wird den Weg zu dieser neuen Demokratie des Volkes anleiten“ (Skolarikos 2015, 107). Auf dem 14. Parteitag der PCF 1956 führte er diese Idee weiter aus. Die Lage in Frankreich eröffne dem Proletariat neue Möglichkeiten: „Sie birgt die Möglichkeit der Vereinigung (...) der Mehrheit des französischen Volkes, und dank dieses Bündnisses wird das Parlament selbst von einem Organ der Diktatur der Bourgeoisie zu einem echten Organ des Volkswillens. Sogar jetzt schon sind die Kommunisten und Sozialisten nicht mehr weit davon entfernt, die Mehrheit in der Nationalversammlung zu erreichen.“ (ebd, 115). Hier findet sich also, lange vor dem angeblichen „Bruch“ von 1968, in der PCF bereits die Vorstellung einer Transformation des bürgerlichen Staatsapparates auf „demokratischem“, d.h. legalem, institutionellem Weg. Um diesen evolutionären Weg zum Sozialismus zu ermöglichen, wird das feste Bündnis mit der Sozialdemokratie für entscheidend erklärt.

Auch bei Thorez taucht die Idee eines breiten Blocks politischer und gesellschaftlicher Kräfte auf, der selbst Teile der Bourgeoisie miteinschließt. So forderte er auf dem ZK-Plenum der PCF vom 14.10.1960: „Das Bündnis das wir wollen geht viel weiter als das, was man normalerweise die Linke nennt. Es muss alle gesellschaftlichen Schichten umfassen, die von den Trusts unterdrückt werden: Die Arbeiterklasse, die werktätige Bauernschaft, die Intellektuellen, die kleinen Händler und Handwerker und auch die kleinen Kapitalisten, die von der Konkurrenz der Großunternehmen zerdrückt werden“ (Skolarikos 2015, 110).

Dahinter steht die illusionäre Vorstellung, dass die monopolkapitalistische Herrschaft in Wirklichkeit sehr schwach sei, da sie keine reale Klassenbasis hat und bis auf eine winzige Minderheit (die Monopole, der äußere Einfluss des US-Imperialismus, die Faschisten) eigentlich alle ein Interesse am Sozialismus haben. Das Kapital wurde nicht mehr im marxistischen Sinne als übergreifende gesellschaftliche Beziehung verstanden, der Imperialismus wurde als ein dem italienischen bzw. sogar dem französischen Kapitalismus äußerliches Phänomen verstanden. Ergebnis war eine idealistische Vorstellung von der Machtübernahme der fortschrittlichen Kräfte auf der Grundlage einer Bewusstwerdung breiter Schichten in antifaschistisch-demokratischer Richtung.

Auch die PCF führte sich selbst durch ihre Politik in den Abgrund der Sozialdemokratie. Schon 1965 stützte sie ohne Vorbedingungen die Präsidentschaftskandidatur Mitterands. Georges Marchais, Generalsekretär der PCF 1972-1994, erläuterte das Programm „Sozialismus in Frankreichs Farben“ von 1976 folgendermaßen: „Es sei mir erlaubt festzuhalten, dass vor allem die Einheitspolitik eine prinzipielle Politik für unsere Partei ist, weil die Einheit der Werktätigen, die Einheit des französischen Volkes eine Erfolgsbedingung im Kampf für die demokratische und sozialistische Transformation der französischen Gesellschaft ist. Die Übereinkunft zwischen Kommunisten und Sozialisten muss das Fundament, der Pol dafür sein. Genau dafür, wollen wir eine stabile und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen der sozialistischen und unserer Partei erreichen, nicht nur in der heutigen Kampfphase, sondern auch in der Zukunft, wenn es um den Aufbau des Sozialismus gehen wird.“ (ebd. 152). Man glaubte also nun, den Sozialismus gemeinsam mit dem Klassenfeind erreichen und aufbauen zu können.

Diese kurzen Ausführungen zum „Eurokommunismus“ waren notwendig, weil sie zeigen, dass dieser nicht das Ergebnis eines heimtückischen Verrats an kommunistischen Ideen durch eine kleine Clique war, sondern sich als schleichende Entfernung von marxistischen Analysen und kommunistischen Politikgrundsätzen vollzog.

Die opportunistische Politik der KPen der Nachkriegszeit verstand sich selbst als konsequente Fortsetzung der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, also letztlich als Weiterentwicklung der Thesen des 7. WK. Dies konnte sie zwar nur, indem bestimmte Elemente der Komintern-Politik der 30er selektiv ausgeblendet wurde, etwa die Kritik an der mangelnden Konspiration und das Festhalten an der negativen Einschätzung der Sozialdemokratie. Gleichzeitig beriefen sich die Kommunisten nach 1945 aber in Teilen durchaus zu Recht auf den 7. WK – was aber natürlich ihre Politik kein bisschen richtiger macht. Die vielen richtigen Ansätze der Aktionseinheitspolitik der Komintern von vor 1935, die danach strebte, die Arbeitermassen dem Einfluss aller bürgerlichen Kräfte und dabei insbesondere auch der Sozialdemokratie zu

entziehen und auf der Grundlage des Klassenkampfes gegen den Faschismus zu organisieren, wurden aufgegeben. Ebenso viele der reichhaltigen Erfahrungen, die bei der Organisierung der Arbeiterklasse für ihre Interessen gemacht wurden, nicht zuletzt von der KPD.

All das fand im Kontext einer problematischen Entwicklung auch der KPdSU statt und diese Prozesse vollzogen sich in enger Wechselwirkung miteinander.

Maoistische und hoxhaistische (an Enver Hoxha, dem Führer der Partei der Arbeit Albaniens 1944-1985 orientierte) Lesarten haben die opportunistische Wende in der KPdSU auf den 20. Parteitag 1956 datiert. Diese Sichtweise hat auch unter Marxisten-Leninisten große Verbreitung gefunden. Sie ist aber problematisch, da sie dem Prozesscharakter der Entwicklung des Opportunismus nicht gerecht wird und alles vor diesem Datum willkürlich ausblendet (abgesehen von den falschen maoistischen Analysen, die in der Folgezeit die opportunistischen Tendenzen verabsolutierten und den sozialistischen Charakter der sowjetischen Gesellschaft infragestellten). Ernsthaft theoretische Probleme wies die Linie der KPdSU bereits auf ihrem 19. Parteitag (1952) auf, an dem Stalin noch mitwirkte. Die Dominanz des US-Imperialismus wurde verabsolutiert und dementsprechend die Politik aller anderen kapitalistischen Länder, selbst führender imperialistischer Staaten wie England, Frankreich und der Niederlande, als „von den amerikanischen Imperialisten diktiert“ (KPdSU(B) 1952, S. 2687) interpretiert. Damit einher ging eine Analyse, die Kriege nicht mehr konsequent als Phänomen des Imperialismus als System interpretierte, sondern als Folge der aggressiven US-Außenpolitik. Die logische Folge war die Politik der friedlichen Koexistenz mit dem Imperialismus, die entgegen eines weitverbreiteten Irrtums nicht erst auf dem 20., sondern schon auf dem 19. Parteitag beschlossen wurde (ebd., S. 2693). Insgesamt ist der 19. Parteitag aber immerhin noch ambivalent zu beurteilen, da er auf der anderen Seite auch die Notwendigkeit einer starken sozialistischen Staatsmacht und des fortgesetzten ideologischen Klassenkampfes gegen die bürgerliche Ideologie betonte.

Der 20. Parteitag im Jahr 1956 kam dann jedoch nicht aus heiterem Himmel, sondern konnte auf den fehlerhaften Einschätzungen des vorherigen Parteitags aufbauen. Er war trotzdem in vieler Hinsicht eine Wende zu einer äußerst problematischen, opportunistischen Politik. Das beginnt mit Chruschtschows berühmter Geheimrede „Über den Personenkult und seine Folgen“, in der er einen negativen Personenkult gegen Stalin konstruierte, der zudem auf einer Vielzahl von Lügen und Verzerrungen aufbaute, wie mittlerweile nachgewiesen wurde (Furr 2014). Chruschtschows Abrechnung mit Stalin hatte aber nicht nur den Zweck, seine eigene Verantwortung für begangene Verbrechen unter den Teppich zu kehren, sondern bildete auch den Auftakt für eine Wende in der Politik. Mit dem 20. Parteitag wurden die friedliche Koexistenz

mit dem Imperialismus und die Nichteinmischung in andere Länder zum „leninistischen“ Prinzip erhoben und die „Etablierung fester freundschaftlicher Beziehungen zwischen (...) der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika“ zum Ziel der Außenpolitik erklärt (Khrushchov 1956, S. 34) – es ist offensichtlich, dass die „Freundschaft“ mit einem Staat, der wenige Jahre zuvor Griechenland bombardiert und einen genozidalen Vernichtungskrieg in Korea geführt hatte, etwas anderes ist als das Streben nach Verhinderung eines Atomkriegs.

Doch der 20. Parteitag ging noch weiter: Aus der gestärkten Position des Sozialismus leitete man ab, dass es möglich sei, auf parlamentarischem und friedlichem Weg den Sozialismus einzuführen und das bürgerliche Parlament „zu einem Organ der echten Demokratie, der Demokratie der Werktätigen“ zu machen (ebd, S. 45f). Zu den beiden genannten Parteitagen der KPdSU wäre noch einiges mehr zu schreiben, was aber eine Aufgabe für einen anderen Text ist. Hier soll nur festgehalten werden, dass sich die aufgezeigte Kontinuität problematischer Einschätzungen und opportunistischer Schlussfolgerungen auch in der sowjetischen KP findet.

Es ist daher historisch nicht sauber, wie Stoodt einfach darauf zu verweisen, dass die Volksfrontpolitik 1939 zurückgenommen worden sei. Damit wird ignoriert, dass in Wirklichkeit diese Politik in abgewandelter und noch problematischerer Form ab 1941 wieder aufgenommen wurde – ob dieser Vorgang offiziell von der KI so gekennzeichnet wurde, ist dabei nicht das Entscheidende. Für die Zeit des Krieges mag diese Politik noch relativ leicht zu rechtfertigen sein, weil die kommunistische Weltbewegung damals richtigerweise all ihre Energien auf den militärischen und politischen Abwehrkampf gegen die faschistischen Invasoren konzentrierte. Allerspätstens für die Zeit ab 1945 – eher schon davor – stellt dieses Erbe jedoch ein echtes Problem für die kommunistische Weltbewegung dar.

Dabei steht außer Frage, dass auch in der Nachkriegszeit die Sowjetunion objektiv in eine defensive Position gedrängt war, trotz (und teilweise gerade wegen) der erheblichen Geländegewinne im Kriegsverlauf. Aus dieser Situation heraus orientierte die Moskauer Führung die europäischen Schwesterparteien darauf, nicht die instabile Verfassung des Nachkriegskapitalismus zur revolutionären Machteroberung auszunutzen, sondern stattdessen zur Stabilisierung der neu entstandenen Ordnung in Europa beizutragen. Dies war kein Resultat irgendeiner Einschätzung, dass die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Revolution nirgendwo bestanden. Zumindest in Griechenland bestanden sie 1944 zweifellos, wahrscheinlich auch in Italien im Frühjahr 1945 und möglicherweise auch in Frankreich, wurden aber nicht im Sinne der sozialistischen Umwälzung genutzt, weil die kommunistische Weltbewegung zu diesem Zeitpunkt kein Konzept dafür hatte, wie der antifaschistische Kampf als ein Aspekt des Kampfes um die Macht geführt werden konnte.

Der 7. WK der KI war für alle diese negativen Entwicklungen ein Schlüsselereignis. Nicht nur die Zeitgenossen beanspruchten, auf dem Boden seiner Beschlüsse zu stehen. In vieler Hinsicht taten sie es auch.

5. Fazit

Der 7. WK benannte einiges richtig und kritisierte manches an der Praxis der Kommunisten in den vorigen Jahren zu Recht. Wo genau sich tatsächlich auch problematische Aspekte der Politik der KPD vor 1935 finden, müsste an anderer Stelle genauer untersucht werden. Trotzdem stellt er, wie hier dargelegt wurde, im Großen und Ganzen eine politische Wende nach rechts dar. Seine Beschlüsse stellen zwar überwiegend noch keine Hinwendung zum offenen Opportunismus oder Revisionismus dar, wobei beispielsweise die Überlegungen zur „geinteten Arbeiterpartei“ bereits in diese Richtung tendieren. Es wurden aber, verständlicherweise vor dem damaligen historischen Hintergrund, eine Reihe problematischer Einschätzungen getroffen, die sich im kommunistischen Strategiebestand verfestigt haben, zur Theorie geworden sind und damit bis heute ein bleibendes Einfallstor des Opportunismus darstellen.

Diese Punkte sind: Eine teilweise falsche Klassenanalyse des Faschismus; die Neubestimmung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie als einer verbündeten Kraft, in der es auch „revolutionäre“ Tendenzen gibt; die Zielstellung einer vereinten Arbeiterpartei, d.h. die Aufgabe der Eigenständigkeit der kommunistischen Parteien; die Befürwortung kommunistischer Regierungsbeteiligungen im Kontext eines allgemeinen und unkonkreten Theoretisierens über „Übergangsformen“, die schließlich so weit gingen, die bürgerliche Demokratie selbst unter bestimmten Kräfteverhältnissen bereits als mögliche Übergangsform zum Sozialismus zu begreifen; schließlich auch die unsachliche, destruktive und dogmatische Polemik gegen „ultralinke Sektierer“ und „Doktrinäre“.

Daraus entwickelte sich eine politische Linie, in der Regierungsbeteiligungen von Kommunisten nicht mehr als seltener und gut zu begründender Ausnahmefall, sondern zunehmend als legitime und übliche Taktik im Klassenkampf gesehen wurden; wonach die Sozialdemokratie und andere vermeintlich „fortschrittliche“ bürgerliche Kräfte als strategischer Bündnispartner gesehen wurde, teilweise selbst noch im sozialistischen Aufbau; wonach der Fokus auf „breiteste Bündnisse“ des ganzen Volkes gelegt wurde, was die Zentralität der Arbeiterklasse herunterspielte und selbst Teile der Bourgeoisie einbeziehen sollte; wonach der Sozialismus nicht mehr als unmittelbares Kampfziel gesehen wurde, sondern erst nach tiefgreifenden Reformen im Rahmen einer Übergangsetappe für möglich gehalten wurde; wonach dementsprechend die KPen sich nicht mehr auf die direkte Konfrontation mit den Staatsapparaten vorbereiteten und sich entsprechend organisierten, sondern vielmehr selbst als Sammelbecken für alle möglichen progressiven Menschen fungierten. Diese kontinuierliche

Entwicklung hin zum rechten Opportunismus war selbstverständlich keine Zwangsläufigkeit. Sie hätte natürlich auch korrigiert werden können. Da aber auch in der KPdSU der rechte Opportunismus kontinuierlich erstarkte und auch die chinesische KP einen Schlingerkurs zwischen „ultralinkem“ und rechtem Opportunismus verfolgte (mit ihrer falschen „Sozialimperialismus“-These, der Annäherung an den US-Imperialismus, dem nationalistischen Geschichtsbild, dem Bündnis mit der „nationalen Bourgeoisie“, den ultralinken Tendenzen der Kulturrevolution) und ab 1978 dann auf eine offen rechtsoportunistische und prokapitalistische Linie einschwenkte, waren die Kräfteverhältnisse für eine solche Korrektur aber denkbar ungünstig.

In Diskussionen unter Kommunisten wird oft davor gewarnt, dass nicht hinter die Erkenntnisse des 7. WK „zurückzufallen“ sei. Von einem Rückfall kann aber selbstverständlich nur die Rede sein, wenn die Voraussetzung stimmt, dass der 7. WK der Maßstab für die Richtigkeit kommunistischer Strategie und Taktik überhaupt ist. Eine solche Haltung ist allerdings schlicht dogmatisch und dem Wesen des Marxismus-Leninismus, der von der Notwendigkeit ständiger Weiterentwicklung und Überprüfung ausgeht, entgegen gesetzt.

Am Ende bleibt nur, die von Stoodt aufgeworfene Frage zu wiederholen: Wo hatte die Volksfront je Erfolg? Dabei geht es nicht darum, zu verneinen, dass sie jemals richtig gewesen sein mag. Vermutlich hätte es z.B. spätestens nach dem Putsch der Generäle in Spanien 1936 ohnehin keine ernsthafte Alternative zu irgendeiner Form der Kooperation mit der Republik gegeben. So konnte der militärische Widerstand gegen den Faschismus immerhin für gut zwei Jahre aufrechterhalten werden, seinen Sieg verhindern konnte er jedoch bekanntlich nicht. Die im besten Fall mageren, im schlechteren (und häufigeren) Fall verheerenden Ergebnisse der Volksfrontpolitik sollten ausreichenden Anlass bieten, die Gültigkeit dieser Orientierung auf ganz bestimmte Fälle einzuschränken. Und auch dann eine solche Politik an größte weltanschauliche und politische Klarheit der Kommunistischen Partei zu knüpfen – eine Voraussetzung, die historisch in der KI nicht einschränkungsfrei gegeben war, wie hier gezeigt wurde.

Auf gar keinen Fall kann es überzeugen, wenn für die heutige Situation, die sich von der der Weimarer Republik ab 1930 doch beträchtlich unterscheidet, dieselben taktischen Orientierungen gefordert werden. Eine Orientierung auf sogenannte „breite Bündnisse“ mit allen möglichen bürgerlichen Kräften kann eben nicht dem Aufbau einer wahrhaft breiten Widerstandsfront gegen Faschismus, Krieg und Kapitalismus, sondern leistet objektiv einen Beitrag zur Trübung des Bewusstseins, zur Dämpfung spontaner radikaler Impulse in den Massen, zur Verwischung der Trennlinie zwischen revolutionären und systemerhaltenden Kräften, zur Unglaubwürdigkeit der Kommunisten, letztlich zu ihrer Integration in den bürgerlichen Staat und seine Herrschaftsinstrumente, zu denen auch die Gewerkschaftsapparate gehören. Zu den entscheidenden

Unterschieden der heutigen Situation im Vergleich zu der von 1930ff gehört einerseits, dass die Reaktion heute nicht als offen faschistische Massenbewegung vormarschiert, sondern als Zusammenspiel von reaktionär-autoritärem Staatsumbau und rassistisch-nationalistischem Populismus. Andererseits ist die objektive Funktion der Sozialdemokratie eine andere, weil diese nicht mehr in der Lage ist, den Großteil der Arbeiterklasse organisatorisch direkt an sich zu binden. Das Argument, nur durch die Kooperation mit der Sozialdemokratie die proletarische Einheitsfront aufbauen zu können, verliert damit (noch weiter) erheblich an Überzeugungskraft.

Dass in vielen kommunistischen Parteien, auch in der DKP, in den letzten Jahren Schritte stattgefunden haben, eine historisch-materialistische Haltung zur Person Stalins zu entwickeln, dass die Bedeutung des positiven Beitrags, der unter der Führung Stalins zum sozialistischen Aufbau und zur Stärkung der kommunistischen Bewegung geleistet wurde inzwischen richtiger eingeschätzt wird, ist zu begrüßen. Der antikommunistische Dogmatismus des „Antistalinismus“ hängt der Bewegung schon zu lange als Klotz am Bein. Dies darf aber nicht in einen umgekehrten Dogmatismus umschlagen, der blind dafür wird, welche problematischen Entwicklungen es in jener Zeit, auch unter Mitverantwortung Stalins, gegeben hat. Besonders die Auflösung der Kommunistischen Internationale 1943 wirft bis heute ihren Schatten und hat der Bewegung nachhaltigen Schaden zugefügt. Doch auch die Wende von 1935 auf dem 7. WK gehört zu großen Teilen zum problematischen Erbe dieser Zeit. Das Ergebnis dieser Gesamtentwicklung ist die heutige ideologische und politische Krise der kommunistischen Weltbewegung. Daher ist eine kritische historische Auseinandersetzung damit eine unbedingte Voraussetzung dafür, diese Krise zu überwinden.

Literatur:

- Brenner, Hans-Peter 2017: Beschränkte Sichtweise, jW vom 20.2.2017
- Dimitroff, Georgi 1935: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale. im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, online: http://www.mlwerke.de/gd/gd_001.htm
- DKP 1978: Protokoll des Mannheimer Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei, Mannheim.
- Feldbauer, Gerhard 2012: 1945 fiel in Italien die Revolution aus, offen-siv 6/2012.
- Furr, Grover 2014: Chruschtschows Lügen, Das Neue Berlin.
- Khrushchov, Nikita 1956: Report of the Central Committee of the Communist Party of the Soviet Union to the 20th Party Congress, Foreign Languages Publishing House, Moscow.
- KPD 1931: Schmiedet die rote Einheitsfront!, Aufruf des ZK der KPD, online: <http://www.mlwerke.de/th/1931/th311121.htm> .

- KPD 1945: Aufruf des ZK der KPD an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 11. Juni 1945.
- KPdSU(B) 1952: XIX. Parteitag der KPdSU(B), in: Neue Welt, Heft 22, 7. Jahrgang, Verlag „Tägliche Rundschau“.
- Luxemburg, Rosa 1899: Eine taktische Frage, Leipziger Volkszeitung, Nr. 153, 6. Juli 1899.
- Palme Dutt, Rajani 1934: Fascism and social revolution, Wildside Press.
- Pieck, Wilhelm 1935: Referat auf der Brüsseler Konferenz der KPD 1935.
- Pieck, Wilhelm 1937: Fragen der Volksfront in Deutschland – Klarheit tut not!, Die Kommunistische Internationale, Strasbourg 1937, Nr. 8.
- Präsidium des EKKI 1943: Beschluss über die Auflösung der Komintern.
- Sander, Ulrich 2016: Zum Berliner und Dortmunder Referat von Jürgen Lloyd vom 21. und 25. Mai 2016, <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/06/zum-berliner-und-dortmunder-referat-von-juergen-lloyd-vom-21-und-25-mai-2016/>.
- Schleifstein, Josef 1980: Die „Sozialfaschismus“-These: Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund, Verlag Marxistische Blätter.
- Schwarz, Leo 2016: Die Einheitspartei, junge Welt vom 21.4.2016.
- Skolarikos, Kostas 2015: „Eurokommunismus“. Theorie und Strategie für das Kapital, Athen, griech.
- Spanidis, Thanasis/ Textor, Jona 2016: Strategie und Praxis. Zur unmittelbar praktischen Bedeutung der kommunistischen Strategiediskussion, <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/12/strategie-und-praxis/> .
- Spanidis, Thanasis 2016: Klassenkampf und „antimonopolistische Übergänge“. Ein kritischer Beitrag zur Diskussion um das Programm der DKP, <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/05/klassenkampf-und-antimonopolistische-uebergaenge/> .
- Stalin, Josef 1928: Über die Arbeiten des Vereinigten Aprilplenums des ZK und der ZKK, Referat in der Versammlung des Aktivs der Moskauer Organisation der KPdSU(b), Stalin Werke 11, S. 24.
- Steigerwald, Robert 1968: Interview mit Max Reimann, Marxistische Blätter, 6. Jahrgang, Heft 2/1968, S. 1-11.
- Stoodt, Hans Christoph 2016: Was ist ein breites Bündnis? Online: <https://wurfbude.wordpress.com/2017/01/11/was-ist-ein-breites-buendnis/>
- Thälmann, Ernst 1932: Wie schaffen wir die rote Einheitsfront?, online: <http://web.archive.org/web/20070715202206/www.marxistische-bibliothek.de/fragenvonspd.html> .
- Zetkin, Clara 1923: Der Kampf gegen den Faschismus, online: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1923/06/faschism.htm> .
- Zilkenat, Reiner 2015: „Die Wende von Moskau“, junge Welt, 20.8.2015

Quelle: wieweiter.net, wir danken Tanasis Spanidis für die freundliche Genehmigung für den Nachdruck.

D. Koutsoumbas: Wir ziehen Schlussfolgerungen aus unserer Geschichte, wir werden stärker

Beitrag des Generalsekretärs des ZK der KKE, für die russische Zeitung „Sowetskaja Rossija“

Es erfüllt mich mit besonderer Freude, mich über die Seiten der geschichtsträchtigen Zeitung „Sowetskaja Rossija“ an die Werktätigen Russlands wenden zu dürfen, des Landes, das „das Eis brach“, wie Lenin sagte, und die Weichen des revolutionären Sturzes des Kapitalismus und des Aufbaus der neuen, der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft stellte.

Die Sicht und das Denken der Kommunisten Griechenlands, der KKE, wurden nicht von der Konterrevolution und den Umstürzen beeinträchtigt. Am 28. Dezember 1991, einige Tage nachdem die rote Fahne vom Kreml eingeholt wurde, schrieb die Tageszeitung des ZK der KKE „Rizospastis“ auf ihrer historischen Titelseite: „Genossen, die Fahne hoch! - Die Hoffnung liegt im Kampf der Völker!“

Das Jahr 2017, an dem unsere Partei den 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution mit vielfältigen Aktivitäten gefeiert hat, war reich an Erfahrungen. Unsere Partei selbst entstand aus den revolutionären Flammen des Roten Oktobers.

In unserem Land fanden Hunderte herausragende politische und kulturelle Veranstaltungen zu Ehren der Sozialistischen Revolution statt.

Mit unserer ideologischen und politischen Aktivität in den Gewerkschaften und den anderen Massenorganisationen versuchten wir, neben dem Kampf für die Verteidigung der Rechte der Arbeiterklasse und der anderen armen Schichten gegenüber der volksfeindlichen Politik, die Notwendigkeit der Arbeitermacht aufzuzeigen, die das einzige wirkliche Gegengewicht zur kapitalistischen Barbarei ist.

Die Kommunisten Griechenlands setzten sich ein für die Organisation des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Regierung der „neuen“ Sozialdemokratie von SYRIZA, die in den letzten drei Jahren zusammen mit einer rechten Partei, der ANEL, regiert, gestützt vom Kapital, von der EU, der NATO und den USA.

Unter den schwierigen Bedingungen großer Arbeitslosigkeit, verursacht durch die kapitalistische Krise, begleitet durch die Verschärfung der Einschüchterungspraxis der Arbeitgeber in den Betrieben, durch die Repression seitens der Regierung und des

Staates und durch die Untergrabung des Streikrechts gaben die Kommunisten ihr Bestes für die Organisierung großer Arbeiterkämpfe, Kundgebungen, landesweiter Streiks.

Dieser Kampf konnte neben einigen Teilerrungenschaften der Werktätigen in bestimmten Branchen, wie im Bau, den Werften und anderswo, die Positionen der Kommunisten und der klassenkampforientierten Kräfte insgesamt, die in den Reihen der Kämpferischen Arbeiterfront (PAME) kämpfen, stärken. Die klassenkampforientierten Kräfte gewannen neue Positionen. Heute sind sie die zweitgrößte und bestorganisierte Kraft in der Gewerkschaftsbewegung.

Die Kommunisten arbeiten auch aktiv unter den armen Bauern, die im Jahr 2017 die Hauptverkehrsadern des Landes an 100 Stellen vierzig Tage lang als Protest gegen die vernichtende Politik von Regierung und EU blockiert haben.

Das gleiche geschieht auch mit den Kämpfen der kleinen und mittleren Schichten der Städte, der selbständigen Gewerbetreibenden, aber auch mit den Kämpfen der Frauen und der Jugend aus der Arbeiterklasse und den Volkschichten.

Es ist auch kein Zufall, dass die Kommunistische Jugend Griechenlands (KNE) in den letzten vier Jahren landesweit als zweitstärkste Kraft bei den Studierendenwahlen mit über 20 % hervorgeht.

Die Kommunistinnen und Kommunisten haben sich entweder als Abgeordnete des griechischen oder des EU-Parlaments (bei den die KKE 15 bzw. 2 Sitze hat), oder unter den tausenden Demonstranten für die Verteidigung der Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, konsequent gegen die imperialistischen Kriege eingesetzt, gegen die Beteiligung Griechenlands an ihnen, gegen die Verwandlung unseres Landes in ein Sprungbrett für die Förderung der Pläne der USA, der NATO und der EU im Nahen Osten, in Afrika, in der Ukraine, in der Schwarzmeerregion und anderswo. Sie setzten sich für die Entkopplung Griechenlands von den imperialistischen Vereinigungen der NATO und der EU sowie jeder anderen imperialistischen Allianz. Dies kann nur eine Arbeiterregierung in Griechenland gewährleisten. Genauso, wie es nur eine Arbeiterregierung garantieren kann, dass den arbeiter- und volksfeindlichen Maßnahmen ein Ende gesetzt werden kann, indem sie die Produktionsmittel vergesellschaftet und zur wissenschaftlichen Planung der Wirtschaft und zur Arbeiterkontrolle übergeht.

Unser 20. Parteitag Ende März 2017 befasste sich mit der Frage, wie unsere Partei noch wirkungsvoller werden kann. Und da legten wir die Messlatte noch höher. Wir stellten uns die dringende Aufgabe der Stärkung der KKE, so dass unsere Partei noch fähiger wird, als Partei der gesellschaftlichen Umwälzung ihrer historischen Vorreiterrolle gerecht zu werden, den Kampf der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes für

die Wiederformierung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, für das Vorschreiten des gesellschaftlichen Bündnisses in antimonopolistische-antikapitalistische Richtung, gegen den imperialistischen Krieg, für die Arbeitermacht anzuführen.

Wir wissen allzu gut, dass die Oktoberrevolution weder ein „Unfall der Geschichte“, noch ein „Staatsstreich der Bolschewiki“ war, wie die bürgerlichen Schreiberlinge behaupten. Sie war auch nicht „unreif und verfrüht“, wie es die Opportunisten und Abenteurer aller Couleur hinstellen.

Die Oktoberrevolution war ein überragendes weltgeschichtliches Ereignis, das den Beginn der Epoche einleitete, in der die Arbeiterklasse der Protagonist der Entwicklungen wurde und das Rad der Geschichte nach vorne drehen konnte, indem sie die Macht errang, die neuen sozialistischen-kommunistischen Produktionsverhältnisse organisierte und die gesamte Gesellschaft umgestaltete.

Diese Einschätzung gilt auch heute, in einer Zeit, in der der Kapitalismus, der sich in seinem imperialistischen Stadium befindet, weltweit herrscht, da die sozialistischen Verhältnisse, welcher Form auch immer, die in manchen Ländern noch überleben, lediglich Überbleibsel des ersten Versuchs sozialistischen Aufbaus sind, der 1917 begann und in verschiedenen Ländern über das gesamte 20. Jahrhundert hinweg andauerte.

Der Sozialismus bleibt nach wie vor aktuell und ist notwendiger, denn je. Wie auch der Charakter der Revolution unserer Epoche, hängt das nicht vom jeweiligen Kräfteverhältnis ab, sondern ergibt sich aus den Sackgassen des Kapitalismus, aus der Tatsache, dass die materiellen Voraussetzungen für den Übergang in die neue Gesellschaft ausgereift sind.

Heute verschärfen sich die innerimperialistischen Konkurrenzkämpfe weiter, die großen Gegensätze über die Aufteilung der Märkte, die Kontrolle der Ressourcen, der Transportwege für Energie und Waren, die geopolitische Kontrolle. Neue Bündnisse und Blöcke bilden sich heraus und erhöhen damit die Gefahren kriegerischer Konflikte.

Unter diesen Konfliktbedingungen muss die internationale kommunistische Bewegung, jede kommunistische Partei ihren eigenen Kampfkurs gestalten. Es geht um einen Kurs des Sturzes der imperialistischen Barbarei, die den Völkern Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und Kriege oder auch „Frieden“ mit der Pistole auf der Brust bringt. Und das muss durch die Aufarbeitung der historischen Erfahrung erfolgen, indem wir falsche Ausarbeitungen vergangener Jahrzehnte verwerfen, die revolutionäre Kräfte in der Gesellschaft zur Kapitulation, Hilflosigkeit und Wirkungslosigkeit führten.

Wie die Erfahrung des Roten Oktobers, sowie der gesamte Kurs der revolutionären Arbeiterbewegung weltweit bewiesen, gibt es keinen Spielraum für eine Zusammenarbeit oder ein Bündnis mit der Bourgeoisie als Ganzes oder mit Teilen davon im Namen der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, der „Vermenschlichung des Kapitalismus“, im Namen irgendeines Übergangsstadiums zum Sozialismus, oder mit dem Argument der Vermeidung irgendwelcher „extremer kriegerischer Kräfte“.

Die Bourgeoisie und ihre Herrschaft untergraben und unterdrücken Rechte und Erwerbungen der Arbeiterklasse und des Volkes, sie bereiten auch durch ihre „Friedensabkommen“ neue Kriege vor. Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den armen Bauern und den selbständigen Gewerbetreibenden und Handwerkern stellt die Perspektive für die Festigung des antikapitalistischen-antimonopolistischen Kampfes und für den Sozialismus dar.

Der Kurs der Sozialdemokratie seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts bis heute scheiterte vollkommen; sie verursachte große Schäden, führte die revolutionäre kommunistische Bewegung zur Niederlage, verleibte Kräfte aus der Arbeiterklasse im kapitalistischen Ausbeutungssystem ein, führte kämpferische und fortschrittliche Kräfte zu Kapitulation. Deswegen lautet unsere Antwort als Kommunisten auf die Frage „Reform oder Revolution?“ „Revolution“! Kein Organ der bürgerlichen Macht kann vermenschlicht werden. Das ergibt sich, genauso wie die unersetzliche Rolle der Kommunistischen Partei, aus unserer Theorie, dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus.

Der sozialistische Aufbau, als erste unreife Phase der kommunistischen Gesellschaft, veranschaulichte, welche Gesetzmäßigkeiten die revolutionäre Vorhut erkennen muss und nicht verletzen darf, so dass sie die Keime der Konterrevolution bewusst und methodisch ausgemerzt werden. Um es konkreter zu formulieren, übte die Theorie und Praxis des „Sozialismus des Marktes“ eine vernichtende Wirkung auf den sozialistischen Aufbau und die sozialistische Perspektive aus. In der ehemaligen UdSSR geschah das allmählich durch das opportunistische Abdriften seit 1956 und den gewaltsamen Ausbruch 1991 mit der endgültigen Auflösung der UdSSR und der KPdSU.

Die historische Erfahrung zeigt uns inzwischen, dass die Probleme, die im Verlauf des sozialistischen Aufbaus auftraten, fälschlicherweise als Schwächen des Wesens der Zentralplanung interpretiert wurden. Nach einer Lösung wurde rückwärtsgewandt gesucht, nämlich in Richtung des Ausbaus des Marktes, statt vorwärts, also zur Erweiterung und Stärkung der sozialistischen-kommunistischen Produktionsverhältnisse hin.

Heute werden wir stärker, indem wir die richtigen Schlussfolgerungen aus unserer Geschichte ziehen. Wir rüsten uns ideologisch und politisch besser für die Klassenkämpfe der Gegenwart und der Zukunft aus. Unser Rüstzeug ist der Internationalismus, unser gemeinsamer Kampf, unsere Klassensolidarität, die notwendig ist, um dem nationalen Isolationismus und dem imperialistischen Kosmopolitismus entgegen zu treten.

Die KKE, die 2018 den 100. Jahrestag ihrer Gründung feiern wird, übernahm von der KPRF den Staffelstab für die Durchführung des Internationalen Treffens der Kommunistischen und Arbeiterparteien. Mit dem 20. Internationalen Treffen in Athen, sowie mit anderen Formen der Arbeit, werden wir versuchen, einen Beitrag zu leisten, damit die internationale kommunistische Bewegung, die heute gespalten ist und vor großen Schwierigkeiten steht, auf den Weg ihres revolutionären Wiederaufbaus Schritte macht. Denn darin liegt ihre Perspektive.

Wir wünschen den Leserinnen und Lesern der Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ Gesundheit und Kraft angesichts der neuen Kämpfe im kommenden Jahr 2018! Unsere Zukunft ist nicht der Kapitalismus, sondern die neue Welt der sozialistischen Revolutionen, des sozialistisch-kommunistischen Aufbaus!

Ein gutes neues Jahr!

28. Dezember 2017

Katharina Köhler/Hans Christoph Stoodt: „... zu sagen, was ist!“ (Rosa Luxemburg). Zur aktuellen Haltung der Redaktion der „jungen Welt“ und der Rosa-Luxemburg-Konferenz 2018

Zweifellos ist die Tageszeitung junge Welt heute das wichtigste Selbstverständigungsorgan der marxistischen Linken im Land, all derer, die an sich diesen Anspruch teilen. Das schließt naturgemäß die Auseinandersetzung darüber ein, was jeweils zur Einlösung des Anspruchs gehört, marxistisch zu denken und zu handeln.

Eine Zeitung ist dazu besonders geeignet, weil in ihren Artikeln, in Leserbriefen oder auch den "junge Welt - Leserinitiativen" und an anderen Stellen Anreiz und Möglichkeit gegeben werden, sich aus marxistischer Sicht mit allen wesentlichen Fragen der Gesellschaft zu beschäftigen und darüber zu diskutieren, welche praktischen Konsequenzen sich aus diesen Diskussionen ergeben. Als eine solche Plattform marxistischer Debatte ist die "junge Welt" heute konkurrenzlos. Zudem hat sie durch die Geschichte als Zeitung der ehemaligen DDR, die deren Annexion in die BRD überleben

konnte, sowie durch die darauf folgende innere Auseinandersetzung mit dem proimperialistischen Flügel der ehemaligen "radikalen Linken", aus der dann die "antideutsche" "jungle world" hervorging, einen zum damaligen Zeitpunkt enorm wichtigen Klärungsprozess öffentlich durchgehalten. Zudem ist es von hoher Bedeutung, daß sie die wohl einzige Tageszeitung der BRD ist, in deren Texten auch führende Mitglieder der kommunistischen Partei problemlos zu Wort kommen und ihre Positionen veröffentlichen können. Das alles ist derzeit unersetzlich.

Zu diesen Verdiensten des Alltags ist ferner die alljährliche Ausrichtung der Rosa-Luxemburg-Konferenz zu rechnen, die bundesweite und internationale Bedeutung gewonnen hat.

Diese Verdienste bewahren sich allerdings nicht von selbst. Gemeinsam mit ihnen haben Genossenschaft und Redaktion der jW zugleich auch die hohe Verantwortung, nicht nur für sich selbst, sondern für die gesamte marxistische Linke im Land, ihnen dauerhaft gerecht zu werden. Das sehen wir schon seit einiger Zeit nicht mehr als fraglos gewährleistet an, und die aktuelle Entwicklung verschärft diesen Eindruck.

Am 9.12. 2017 bezeichnete Dietmar Koschmieder in seinem Artikel "Linke in Not" die Lage als "katastrophal" und rechnete zu den dazu führenden Faktoren auch die Situation in der DKP: "Die Kommunistische Partei des Landes, die in einer solchen Situation dringender denn je benötigt würde, ist kaum noch handlungsfähig, weil sie gerade von Linkssektierern und Rechtsopportunisten aus den eigenen Reihen in die Mangel genommen wird." Damit machte er sich die Haltung des Parteivorstands der DKP zu eigen. Das mag er tun, wenn er dieser Ansicht ist.

In ähnlicher Weise zog Arnold Schölzel kürzlich im „Rotfuchs“ gegen „Linkssektierer“ zu Feld, die in der BRD und weltweit angeblich jetzt sofort eine Revolution wollen – der pure Voluntarismus! Sollten damit wir gemeint sein, wären wir sehr erstaunt. Arnold Schölzel kennt uns gar nicht, und wir wollen etwas völlig anderes.

Natürlich ist nicht jeder Leserin und jedem Leser klar, wen Koschmieder und Schölzel mit den von ihnen mit dem Ketzerrhut "Linkssektierer" abgekanzelten Genossinnen und Genossen eigentlich meinen. So bleibt zunächst einmal nebulös, gegen wen sich dieses Verdikt richtet.

In der Tat hat sich mit dem "Kommunistischen Klärungsprozess wie weiter im hundertsten Jahr der Oktoberrevolution?" eine politisch begründete Abspaltung von kommunistischer Partei und Jugendverband vollzogen. Das sieht die Führung der DKP naturgemäß nicht gern, und Koschmieder ebensowenig.

Wir können das nachvollziehen. Nicht nachvollziehen können wir, argumentationslos als Linkssektierer beschimpft zu werden, ohne daß die Leserinnen und Leser erfahren,

wie z.B. Koschmieder zu dieser Einschätzung kommt, ja sogar, gegen wen sie sich eigentlich richtet. Ist „Linkssektierer“ für Koschmieder einfach ein Schimpfwort? Oder hat es eine definierte Bedeutung? Was rechtfertigt es, diesen Begriff gegen uns in Anschlag zu bringen? So gewaltig ist unser Bekanntheitsgrad derzeit ja leider noch nicht, daß im ganzen Land alle sofort wissen können, wer, was und warum eigentlich gemeint ist.

Die Haltung der "jungen Welt" zu "wie weiter" und zu wichtigen Fragen einer revolutionären Strategie in der BRD ist durch dieses Vorgehen Koschmieders über den Artikel vom 9.12. hinaus charakterisiert. Sie ist typisch.

Die "Linke in Not", besonders die Kommunistinnen und Kommunisten im Land brauchen dringend eine offene Strategiediskussion, die von Parteiführung der DKP und Redaktion der jW zugleich gefordert und behindert wird. Bereits im Juni 2017 war sichtbar, daß der Parteivorstand der DKP es bei der jahrzehntelangen strategische Grundposition der DKP belassen will, über die zwar seither diskutiert wird, deren Diskussionsende aber bereits festgestellt ist: es soll bei der Strategie demokratischer Übergänge zur sozialistischen Revolution, der "antimonopolistischen Demokratie / Strategie" bleiben. Das wurde im seit Monaten vorliegenden Leit Antrag der DKP so festgezurr. Wir haben dazu auf dieser Seite im vorliegenden Artikel kritisch Stellung genommen (<http://wieweiter.net/weiter-so/>), weitere Artikel befassen sich mit Voraussetzungen, Geschichte und Konsequenzen der aus unserer Sicht falschen "antimonopolistischen" Strategie (siehe unten).

In dieser Lage wäre es mehr als sinnvoll, wenn die Redaktion der jW unsere Positionen nicht nur selber zur Kenntnis nehmen, sondern auch ihrer Leserschaft zur Diskussion darstellen würde. Dies umso mehr, als man ja auch uns vorwirft, die gesamte DKP handlungsunfähig gemacht und "in die Mangel genommen" zu haben. Mag das auch ein wenig polemische Übertreibung sein - wir selbst machen uns da gar keine Illusionen. Aber wenn man schon so argumentiert, dann könnte man ja seitens der jW wenigstens deutlich machen, gegen wen sich ihre Kritik richtet und warum, und man könnte ferner als Zeitung mit der oben geschilderten hohen Bedeutung und Verantwortung dafür sorgen, daß unsere Ansichten diskutiert oder wenigstens inhaltlich gut begründet zurückgewiesen werden.

Nichts davon ist bisher geschehen. Mindestens drei Leserbriefe aus dem Kreis der Genossinnen und Genossen von "wie weiter" zum Artikel Dietmar Koschmieders wurden offenbar im Papierkorb der Redaktion versenkt, ohne daß man uns wenigstens kurz mitgeteilt hätte, dass und weshalb man sie ignoriert. Dafür aber fuchtelt man öffentlich mit dem Begriff des "Linkssektierertums" in unsere Richtung.

Dazu stellt sich natürlich schon die Frage, was Koschmieder damit inhaltlich eigentlich genau meint. Und wo in unseren wenigen öffentlichen Statements - es gibt den Klärungsprozess "wie weiter" ja erst seit wenigen Monaten - hat Koschmieder etwas "Linkssektiererisches" gefunden?

Ist unsere dezidierte Ablehnung der antimonopolistischen Demokratie/Strategie dafür schon hinreichend? Und wenn ja - worüber sollte dann in der revolutionären Linken in ihrer auch von der DKP geforderten Strategiedebatte eigentlich überhaupt noch diskutiert werden?

Eine Diskussion zu fordern und sie zugleich zu verunmöglichen - das ist nicht einfach nur ein widersprüchliches und irrationales Verhalten. Es soll offenbar den Eindruck einer Diskussion ermöglichen und zugleich sicherstellen, dass ihr Ergebnis feststeht: weiter wie bisher.

Wer sich die in der Tat katastrophale Lage der Linken in der imperialistischen BRD anschaut, darunter auch den Weg der DKP, der muß sich doch fragen: reicht das? Ist das wirklich alles, wozu wir in der Lage sind?

Waren 50 Jahre DKP im Zeichen der antimonopolistischen Strategie ein hinreichendes Argument dafür, die strategische Diskussion heute so einzugrenzen, daß die zentrale Festlegung dieser langen Zeit nicht angetastet werden darf?

Sich so zu verhalten kann wohl kaum als diskussionsfreudig bezeichnet werden.

Schlimmer: es ist letzten Endes wissenschaftsfeindlich, wird dem Anspruch des Marxismus-Leninismus nicht gerecht und behindert eine dringend notwendige Auseinandersetzung.

Und das hat auch praktische Konsequenzen.

Die Vorstellung "breiter antimonopolistischer Bündnisse", seit Jahrzehnten im Zentrum der kommunistischen Strategie des Landes, führt wieder und wieder in eine Situation der Unbeweglichkeit, der Verteidigung reformistischer Illusionen, die sich außerhalb und innerhalb der Partei selbst in ihrer Rückwirkung zu einer Haltung verdichten können, wie sie ein Parteivorstandsmitglied vor wenigen Monaten und seitens der Parteiführungsgenossen unwidersprochen so auf den Punkt brachte: das höchste Gut der DKP ist ihre legale Existenz, gleichsam ihr pures Vorhandensein. Eine solche Selbstgenügsamkeit kann kaum als Hinweis auf eine revolutionäre Perspektive dienen, geschweige denn zu revolutionärer Praxis führen.

Die Frage "breiter Bündnisse" und ihrer heutigen falschen Praxis war im vergangenen Jahr und vor Beginn der sogenannten Strategiediskussion in der DKP auch Gegen-

stand der Diskussion in der jW. Inzwischen wird der linke Flügel dieser Diskussion für sektiererisch und diskussionsunwürdig eingeschätzt.

Damals ging es um die falsche Haltung von VVN und DKP in der Frage der bundesweiten Kampagne "Aufstehen gegen Rassismus". Es musste damals massiv kritisiert werden, daß die Beteiligung von SPD und GRÜNEN - wohlgemerkt: als Organisationen! - im Rahmen dieser Kampagne als so wichtig angesehen wurde, daß man für ihre Kooperation und im Rahmen einer ersehnten künftigen rot-rot-grünen Regierung den politischen Preis zu zahlen bereit war, zu Fragen der Kriegs- und Sozialabbaupolitik von GroKo und Rot-Grün zu schweigen.

Ulrich Sander (VVN) kommt das "Verdienst" zu, diese Haltung, die wesentliche Triebfedern nicht nur des AfD-Rassismus in der Gesellschaft unthematziert lassen wollen, in mehreren Angriffen gegen Kritiker für die wahre und reine Lehre der antimonopolistischen Demokratie / Strategie zu erklären, die schon immer Position deutscher Kommunisten seit 1945 gewesen sei und letztlich auf die Haltung des VII. Weltkongresses der Komintern von 1935 zurückgehe.

Auch in diesem Punkt widersprach niemand aus der Parteiführung. Man muß also davon ausgehen, daß diese Haltung auch aus der Sicht von Patrik Köbele, Hans-Peter Brenner, Nina Hager usw. für richtig gehalten wird - eine Ansicht, die sich eindeutig weder aus der Geschichte der Komintern-Dokumente selbst rechtfertigen, noch aus den Notwendigkeiten praktischer antifaschistischer Arbeit ableiten lässt. Dazu haben Hans Christoph Stoodt (Was ist ein breites Bündnis? <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2017/02/was-ist-ein-breites-buendnis/>) und weiterführend Thanassis Spanidis (Der VII. Weltkongress der Komintern und seine Folgen, <http://wieweiter.net/der-vii-weltkongress-der-komintern-und-seine-folgen/>) ihre Positionen dargelegt. Jona Textor hat seither durch eine Untersuchung zur Geschichte der Programmatik der DKP deutlich gemacht, welche Konsequenzen dies auf der strategischen Ebene hatte und hat (<http://wieweiter.net/der-mythos-eines-vom-reformismus-unbefleckten-ursprungs-der-antimonopolistischen-strategie/>), und zuvor schon, bei anderer Gelegenheit, daß es sich dabei nicht um weltferne Theoriedebatten handelt, sondern um Themen, an denen sich alltagspraktische Fragen kommunistischer Politik hier und heute entscheiden (<http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2017/05/worum-geht-es-bei-den-diskussionen-in-dkp-und-sdaj/>).

Man muß diese Positionen nicht teilen, aber diskutieren muß man sie schon. Und man sollte das auch im Licht der Fragestellung tun, was denn das für Marxisten zentrale Kriterium der gesellschaftlichen Praxis und ihrer historischen Entwicklung nach nun fünfzig Jahren konsequent durchgehaltener antimonopolistischer Strategie zu deren Beibehaltung eigentlich sagt.

Diesen Diskussionshintergrund muss man kennen, wenn man sich anschaut, wie jW-Redaktion und Organisatoren der bevorstehenden Rosa-Luxemburg-Konferenz derzeit agieren: sie bewegen sich exakt auf der Linie eines opportunistischen Verständnis "breiter Bündnisse". Das wird nicht nur in der Diskussionsverweigerung gegen die einerseits für als bedeutungslos gehaltenen "Sektierer" deutlich, die andererseits angeblich die Handlungsfähigkeit der Partei in Frage stellen.

Sondern: zugleich wird durch die Besetzung des Podiums der bevorstehenden Rosa-Luxemburg-Konferenz mit unter anderem einer GRÜNEN Bundestagsabgeordneten dem Publikum dargelegt, wie breit "breite Bündnisse" sein sollten: antimonopolistische Strategie - das heißt in der Praxis, sich mit hochrangigen Vertreterinnen der kriegstreibenden und Sozialabbau befürwortenden GRÜNEN darüber zu unterhalten, wie man gegen Rassismus, Krieg und Sozialabbau vorgehen will, also exakt so, wie vor zwei Jahren im Fall der Gründung von "Aufstehen gegen Rechts".

Jetzt werden bestimmt einige sagen, dass man ja nur mit den GRÜNEN reden will. Das mag bei Mitgliedern von der Basis ein Argument sein, aber bei der eingeladenen Person⁸ zieht dieses leider überhaupt nicht. Canan Bayram ist nicht nur irgendwie ein Mitglied der GRÜNEN von deren Basis. Ganz und gar nicht: erst seit 2009 tritt sie für die GRÜNEN bei Wahlen an, davor war sie Mitglied der SPD in Berlin. Dort ist sie zu den GRÜNEN gewechselt, weil ihr die SPD nicht mehr „links“ genug war. Da bleibt die Frage warum man zu den GRÜNEN geht? Vielleicht, weil man den Sitz im Parlament doch schon behalten möchte?

So konnte Canan Bayram weiter im Abgeordnetenhaus des Landes Berlin bleiben. Seit der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2016 regiert dort eine rot-rot-grüne Koalition unter SPD-Führung, Canan Bayram war also wieder mit ihren alten Genossen vereint.

2017 wechselte sie dann in den Bundestag. Sie ist die einzige GRÜNEN-Kandidatin, die ein Direktmandat in ihrem Bezirk, Berlin-Friedrichshain, erringen konnte. Diesen Bezirk übernahm sie von Hans Christian Ströbele, der 2017 nicht mehr zur Bundestagswahl antrat.

Nun würden einige sagen, dass sie, wenn sie in der Tradition von Hans Christian Ströbele steht, doch durchaus würdig sei, auf einem Podium der Rosa-Luxemburg-Konferenz zu sitzen, schließlich ist Ströbele das Flaggschiff der Linken bei den GRÜNEN.

Aber Ströbele, daran muß hier erinnert werden, stimmte zwar gegen den Jugoslawienkrieg von 1999, dafür aber für den „friedenssichernden“ Bundeswehreininsatz von 2001 in Afghanistan. Unter dem beziehungsreichen Titel „Nie wieder Grün!“ erklärte ein Leitartikel in A&K 426 (Mai 1999) die Bedeutung der Doppelrolle Ströbeles

damals: einerseits stimmte er persönlich gegen den Jugoslawienkrieg, andererseits half er Parteifreund und Bundesaußenminister Joseph Maria Fischer dabei, partei- und fraktionsintern zu überleben, womit auch die rot-grüne Koalition weitermachen konnte. Moralproblem gelöst, Krieg ermöglicht – soviel zu Ströbele als „Linkem“.

Und auch wenn man Canan Bayram über Geflüchtete und Armut reden hört, zählt sie vor allem moralische Gründe auf. Dies mag normal sein, vor allem für GRÜNEN-PolitikerInnen, aber eben deswegen haben sie nichts auf einer Konferenz zu suchen, die den Anspruch hat, marxistische Analysen zu diskutieren.

Welche Funktion soll sie, die unter Hinweis auf ihre Ströbele-Nachfolge als Linke auftritt, auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz haben? Wie stehen deren Organisatoren zu der Tatsache, daß Bayram als Juristin in Bundesministerien mitgearbeitet hat? Qualifiziert sie das als Gegnerin des deutschen Imperialismus? Wenn nicht – was tut sie dann als Rednerin auf einer Konferenz, die den Namen der Antimilitaristin, Anti-imperialistin und KPD-Gründerin Rosa Luxemburgs trägt?

Unter der Überschrift: „Soziale Frage und Flüchtlingselend: Abschied der Linken von der internationalen Solidarität?“ soll das Podium der RLK stattfinden, an dem Canan Bayram teilnimmt. Doch was bedeutet internationale Solidarität für sie?

Dass man auf fadenscheinige Beweise setzt und auf ihrer Basis einen Krieg anfängt wie 1999 oder in Afghanistan? Wie weit muss man gekommen sein, dass man VertreterInnen der GRÜNEN einlädt und sie so zum Teil der Linken erklärt? Vor allem, wenn diese Person auch schon einmal Mitglied der SPD war. Beides sind die Parteien, die den ersten Krieg der Bundeswehr durchgesetzt haben und danach mit den Hartz-Gesetzen tausende von Menschen in prekäre Lebensumstände gestürzt haben.

Die hier kritisch gewürdigten Positionen von jW-Redaktion und der bevorstehenden Rosa-Luxemburg-Konferenz ordnen sich in eine seit längerem zu beobachtende Entwicklung ein. Sie läßt sich am besten als langsames Abgleiten weg von marxistischen Positionen schildern. Man muß sich fragen, ob sie etwa auf dem Hintergrund zu verstehen ist, daß in der Redaktion Positionen immer wirksamer werden, die, in analoger Weise zum Parteivorstand der DKP, zentristisch motiviert sind. Analog: denn natürlich geht es ihnen um bedeutend breitere Teile des linken Spektrums als um die auseinanderstrebenden Flügel der DKP. Vergleichbar aber insofern, als es in beiden Fällen dem zentristischen Verfahren darum geht, Einheit vor Klarheit zu wahren.

So war es trotz der erkennbaren Position in der Blockupy-Führung, sich ab November 2014 als künftige kritische Fußtruppe einer erhofften rot-rot-grünen Regierung zu dienen, nicht möglich, diesen Ansatz zu kritisieren. Im Gegenteil: der vom Blockupy-Spektrum kräftig mitangeblasene Hype um die seinerzeitige Hoffnung aller Linken, SYRIZA, schloß man sich fast kritiklos an, und der heute fast schon wieder vergesse-

ne Varoufakis war neben Tsipras Revolutionär der Stunde, wenn man jW las – die Position der griechischen Kommunisten zu diesem Thema übergang man weitgehend schweigend. Wahrscheinlich hält man sie auch für „Linkssektierer“.

Da zum Blockupy-Spektrum nicht nur kritische GewerkschafterInnen, Teile der LINKEN, sondern auch das mindestens post-antideutsche „UmsGanze“ – Bündnis gehört, ist man in allen Fragen, was die so umrissene Einheit „linker Kräfte“, ja „der Linken“ angeht, äußerst elastisch, um es vorsichtig auszudrücken, und das, obwohl es bis zur Bundestagswahl eindeutig klar war, daß es diesen Kräften praktisch ausschließlich um die Beeinflussung der bürgerliche Parlamentswahlen ging.

So entfiel jede kritische Würdigung der strategischen Ausrichtung während der G20-Proteste.

So übernimmt man wortgleich wie "DIE WELT", aus Rücksicht auf die weiteste Verbreitung findende komplett PKK-unkritische und US-kompatible Rojava-Solidarität in der Frage einer Einschätzung der türkischen Regierungspolitik Positionen, nach denen die Türkei angeblich in der Lage sei, den deutschen Imperialismus zu erpressen („Erdogans langer Arm reicht ins Kanzleramt“).

So wird – durchaus zu Recht – die nationale Querfront um Jeben / Freidenker / Arbeiterfotografie usw. angeprangert, aber seit langer Zeit kein Wort gegen die „antinationale“ und letztlich antideutsche Querfront geäußert, die nicht zuletzt in der Palästinafrage objektiv völlig Trump- und BRD-Staatsräson-kompatibel ist.

So mußte man über die Situation der unter zionistischer Unterdrückung leidenden palästinensischen Familie von Ahd Tamimi lesen: „Kinder, die sich gegen die Besatzungstruppen wehren, machen Quote, weil das die erwachsenen Zuschauer besonders rührt.... Ahd ist inzwischen ein Profi“, und die im Internet dokumentierten Übergriffe gegen die 16-jährige werden von einem Gerrit Hoekman als „Filmchen“ disqualifiziert (jW, 5.1.2018). Solche Sätze und Worte, die man eher in „jungle world“ erwarten würde, sind an Zynismus schwer zu überbieten und legen nahe, der palästinensische Widerstand instrumentalisieren Kinder, anstatt daß der jW-Journalist gegen die israelischen Besatzer Partei ergreift.

So läßt man in den Spalten der jW Positionen zu den „Stalinschen Säuberungen“ zu, die künftig problemlos von der "Bundeszentrale für politische Bildung" als Beleg zitiert werden können – wohl wissend, daß „Stalinismus“ in der Bundesrepublik nichts mit einer kommunistischen oder auch nur linken Diskussion, alles aber mit dezidiert und umfassender konterrevolutionärer Massenbeeinflussung zu tun hat.

Und vor nicht allzu langer Zeit konnte in einem Artikel zum seinerzeitigen „SED-SPD-Papier“ dessen Positionen, einschließlich der Machenschaften seiner Durchset-

zung in der SED, abgefeiert werden, als ob man heute nicht sehr genau wissen könnte, daß dieses Papier als Meilenstein des gorbatschowistischen Selbstzerstörungsprozesses kommunistischer Politik angesehen werden muß.

Das alles sind nur wenige Beispiele für eine grundsätzliche Haltung der jW-Redaktion, die vor einigen Jahren noch schwer vorstellbar gewesen wäre.

Sie kann und muß als Ausdruck opportunistischer Bündnispolitik verstanden werden, deren Ergebnis darin bestehen wird, weite Teile des Spektrums derjenigen, die heute bereit sind, unter schwierigen Bedingungen linken Widerstand zu leisten oder in Theorie und Praxis revolutionäre Politik neu zu formulieren und entsprechende Strukturen aufzubauen, immer wieder in eine „Linke“ integriert werden, zu denen positionell und objektiv auch Rechte gehören dürfen oder doch geduldet werden, wie zB. der Spezi Jutta Ditfurths, der Neocon-Ideologe, US-Think-Tank-Angehörige und Prozionist Benjamin Weinthal (<https://wurbude.wordpress.com/2016/05/02/jutta-ditfurth-und-die-neocon-querfront/>).

Es ist politisch falsch, einerseits berechtigterweise unter Verweis auf Lars Mährholz und andere fragwürdige Bündnispartner gegen Jebesen aufzutreten, andererseits aber stillschweigend zu dulden, daß nicht nur Ditfurth mit Weinthal, sondern auch VertreterInnen der "Antinationalen" mit der Staatsräson des deutschen Imperialismus unter einen Hut passen.

99 Jahre nach der Novemberrevolution und der unter Mühen, nach langwieriger Abgrenzung von Opportunismus und Revisionismus erfolgten Gründung der KPD kann das nicht die Aufgabe einer marxistischen Tageszeitung sein.

Wir rufen darum die Redaktion der jW auf, sich der Diskussion zu stellen, statt sie zu verweigern, den Kurs der opportunistischen Anpassung zu korrigieren und sich nicht, neben TAZ, jungle world und Neues Deutschland als weiteres Organ einer postmodernen freestyle-Linken selbst überflüssig zu machen.

Quelle: wieweiter.net, wir danken Katharina Köhler und Hans Christoph Stoodt für die freundliche Genehmigung für den Nachdruck.

Hermann Jacobs: *Einheit als Ziel, Klarheit als Weg*

*An: Parteivorstand der DKP, Gen. Patrik Köbele,
Parteivorstand der KPD, Gen. Torsten Schöwitz,
Red. „offen-siv“, Gen. Frank Flegel*

Werte Genossen,

mit dem nachstehenden Beitrag reagiere ich auf eine Information der Zeitschrift „offen-siv“; sie betrifft eine Veranstaltung zu Ehren der Oktoberrevolution. In dem Beitrag erscheinen ausschließlich meine Gedanken zu dieser Information. Sie berühren aber auch mein Interesse an dem Thema, das in dieser Information angeschnitten wird: Vertiefte Theorie des Beitrages, den die sozialistischen Länder zur Theorie wie Praxis einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft geleistet haben. Dieser Beitrag darf nicht verloren gehen, es sollte eine Initiative kommunistischer Parteien geben, sich dieses Beitrages verstärkt bewußt zu werden. Er könnte die Voraussetzung für eine engere auch organisatorische Zusammenarbeit dieser Parteien sein.

In diesem Sinne

Im Bericht von Frank Flegel über die Veranstaltung „Revolution hat Zukunft“ von DKP, RotFuchs und SDAJ am 21. 10. 2017 im Kino „Babylon“ in Berlin lese ich auch diese Passage:

„Während der Podiumsdiskussion sagte Torsten Schöwitz, Vorsitzender der KPD (die KPD war Unterstützer der Veranstaltung, J.) ..., dass es an der Zeit sei, eine einheitliche kommunistische Partei auf Basis des Marxismus-Leninismus zu formieren und bot Verhandlungen dazu an. Im Schlusswort des Konferenzteils sagte Patrik Köbele (er ist der Vorsitzende der DKP, J.) vor dem ganzen Saal zu diesem Vorschlag, dass es auf Leitungsebene keine Gespräche über eine wie auch immer geartete Einheit zwischen DKP und KPD geben werde“. (in: „offen-siv“, Ausgabe November-Dezember 2017, S. 75/76).

Dazu meine Meinung: Ob man mit einer einheitlichen Partei beginnen soll, mag wohl ein Schritt zu schnell sein, hier wäre es vielleicht richtiger, von einem Ziel zu sprechen – und schließlich gab es diese Einheit des revolutionären Teils der deutschen Arbeiterbewegung schon einmal in der Vergangenheit. Aber geht es um eine Gegenwart, könnte in ihr durchaus die Grundlage für eine solche Zukunft gelegt werden. Hier scheint mir Torsten Schöwitz, die KPD, ansprechbarer zu sein als Patrik Köbele, die DKP. Immerhin schließt sein Satz Gespräche unterhalb der Leitungsebene und nicht über eine „wie immer geartete Einheit beider Parteien“ nicht aus.

Man muß nach der Ursache dieser Differenz fragen. Sie liegt eindeutig nicht im ... Marxismus/Leninismus (zu dem sich ja beide Parteien bekennen). Worin also dann? DKP und KPD haben eine jeweils andere gesellschaftliche Herkunft, Assoziation. Die DKP hat eine kapitalistische, sie war noch nie eine Partei, die an eine sozialistische Praxis gebunden, bei der KPD aber ist gerade diese der Ausgangspunkt ihrer Gründung; sie ist im letzten Jahr noch des Bestehens der DDR gegründet worden, und zwar, wenn ich mich recht erinnere, im Widerspruch zu einer anderen Gründung noch zum Schluß der DDR: der PDS.

Inzwischen sind – das gilt für alle drei genannten Parteien – 27 Jahre vergangen. Sie alle haben einen inneren politischen Findungsprozess durchgemacht, Es ist zu einem Unterschied zwischen DKP und KPD auf der einen Seite, und zur PDS (später DIE LINKE) auf der anderen Seite gekommen. Die PDS (DIE LINKE) hat Platz in der bürgerlichen Gesellschaft der BRD genommen wie gewonnen – keinen geringen, was aber mit einer kritischen Position gegenüber der DDR/dem Sozialismus seiner bisherigen Realität nach verbunden ist. DKP und KPD schlugen diesen Weg nicht ein. Zwischen diesen Parteien und der Partei DIE LINKE klafft inzwischen ein gesellschaftlicher Unterschied. Die Partei DIE LINKE orientiert auf Veränderung kapitalistischer Gesellschaften oder im Rahmen kapitalistischer Gesellschaften. DKP und KPD dagegen schließen gesellschaftlichen Bruch mit kapitalistischen Systemen nicht aus – wie zuvor kommunistische Parteien insgesamt nicht, und hier im Gegensatz zu sozialdemokratischen Parteien.

So ist es logisch, dass DKP und KPD jener Ideologie bzw. Politik, die sich als marxistisch-leninistisch orientiert bezeichnet, die Treue halten, während bei der Partei DIE LINKE dieser Begriff bzw. dieser Bezug nicht mehr vorkommt.

Warum nun aber schließt die DKP trotz dieser gemeinsamen allgemeinen Orientierung Gespräche über eine gemeinsame Partei aus, warum legt sie mehr Wert auf eine eigene Partei und unabhängig von der KPD? Patrik Köbele sagte es nicht, aber es könnte sein, dass es einen solchen Grund gibt, dass er sogar geschichtlich begründet ist und daher gewichtig ist, d.h. ein Grund ist, der wiederum eine Initiative, eine Entwicklung sowohl der DKP als auch der KPD erst erforderlich machte – um ihn aus der Welt zu schaffen.

Weil ich von einem geschichtlich berechtigten Grund spreche, ist es mir erlaubt, ganz unabhängig von der Auffassung der DKP darüber Überlegungen anzustellen; ich muß also nicht wissen, was den Vorsitzenden der DKP, die Partei selbst, zu dieser Haltung veranlasst hat.

Man muß nur danach fragen – so meine Meinung -, wie das Verhältnis kommunistischer Parteien, die noch im Kapitalismus existierten, zu den kommunistischen Partei-

en war, die schon unter sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnissen lebten. Sie mögen ein gleiches Verhältnis, eine gleiche geschichtliche Position gegenüber dem Kapitalismus eingenommen haben – und das erscheint im Bekenntnis zum Marxismus dieser Parteien, aber was nun kommunistische Parteien mit kapitalistischer Assoziation betrifft, so haben sie ihr Vertrauen zum Sozialismus verloren/aufgegeben – zunächst nicht oder kaum, im Laufe der Geschichte des Sozialismus aber immer stärker, schließlich, mit dem Ende der Sowjetunion/sozialistischer Länder in Europa konfrontiert, auch absolut.

Man muß sich eben auch kommunistische Parteien vorstellen, die zunächst euphorisch auf den Beginn des realen Sozialismus reagierten und auf Basis dieses Idealismus eine doch ziemlich gläubige Position gegenüber dem Sozialismus einnahmen, dann aber, ohne selbst Einfluß auf das innere Geschehen im Sozialismus nehmen zu können, zunehmend auf eine neue Geschichte der Kämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung, nun siegreichen, stießen. Nicht auf Basis eigener Unterschiede, sondern auf Basis von Unterschieden des realen Sozialismus selbst, waren sie zu einer Position gegenüber diesen Kämpfen, zu einer Erklärung (oder auch „Erklärung“) dieser Kämpfe gezwungen. Oder auch so: waren sie zu einer Haltung zu einer Praxis gezwungen, die nicht (schon) ihre Praxis war. Sie konnten entweder Erklärungen aus dem Sozialismus übernehmen – passiv oder aktiv, die eine oder die andere, oder auch ablehnend reagieren. Eine erste Erklärung war oder ist jedenfalls: Distanz. Schließlich mußte wie muß es diesen Parteien auch um Selbstbehauptung gegenüber dem realen Sozialismus gehen, auch diese Notwendigkeit erheischt Anerkennung.

Das bedeutete nicht – die DKP steht hier nicht allein, sondern gilt für viele kommunistische Parteien mit auf den Kapitalismus eingengerter Existenz -, dass sie sich in reformistische, sozialdemokratisierte Parteien verwandelten, sondern bedeutet vielmehr, dass sie sich in ihrem revolutionären Bekenntnis auf den geschichtlich überzeugenden, geschichtlich verbürgten Marxismus zurückzogen – aber: mit Einschluss des Leninismus, d.h. des Erhalts des Revolutionsgedankens im Besonderen. (1) Dieser geschichtliche Rückzug kommunistischer Parteien im Kapitalismus, der Form nach ein Rückzug aus dem Sozialismus, ist kein Verrat dieser Parteien am Sozialismus, sondern ist Ausdruck dessen, dass ja auch die Parteien resp. Wissenschaft des realen Sozialismus noch nicht zum Verständnis ihrer selbst gelangt waren, geschweige denn darüber hinaus. Man kann von kommunistischen Parteien außerhalb des Sozialismus nicht erwarten, dass sie über den Sozialismus besser Bescheid wissen als kommunistische Parteien innerhalb dieses Sozialismus. Es reicht nicht, wenn wir das sozialistische Stadium des Kommunismus als eine Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus definieren – und als solche auch verteidigen, wenn wir nicht zugleich hinzufügen, dass sie auch eine Periode sein wird, die von Kämpfen um das Verständnis des Hinüberwechsels von Verhältnissen (noch) des Kapitalismus zu

Verhältnissen schon des Kommunismus erfüllt ist. So sehr es eine Auseinandersetzung ist, die kommunistische Parteien mit real sozialistischer Assoziation erreicht, so wenig kommen kommunistische Parteien mit kapitalistischer Assoziation umhin, in ihrer allgemeinen, über den Kapitalismus hinausgreifenden Theorie Stellung in Bezug auf diese ihnen bevorstehenden Kämpfe zu beziehen – um ihren Umfang wie ihre Problematik für den kommunistischen Anspruch möglichst klein zu halten. Ein ideelles Bekenntnis zum Kommunismus oder rein kapitalismusbezogenes Bekenntnis zum Kommunismus reicht nicht mehr, es muß – für alles, was von kommunistischem Anspruch ist, um ein möglichst bewusstes Bekenntnis/Verhältnis zu den zu erwartenden Kämpfen im Kommunismus selbst erweitert werden.

Wie ist aber die Lage?

Bekenntnis zu Marx und Engels, und zu Lenin – Ja, aber Bekenntnis zur Fortsetzung des Marxismus/Leninismus ... Jein bis Nein. „Stalin“ (hier deshalb in Parenthese, weil nicht als Person gemeint, sondern als Objekt, als eben der „reale Sozialismus“, seine erste geschichtliche Erscheinung der Praxis nach) gehört nicht mehr dazu. Er/sie (ich meine die Praxis) gehört nicht mehr zum „Marxismus/Leninismus“... bei diesen kommunistischen Parteien, in meiner Kenntnis ihrer großen Mehrzahl nach.

Und dies ist der Unterschied – in Deutschland – zur KPD. Sie hat eine sozialistische Assoziation (nicht sie allein, es gibt auch weitere Bekenntnisse), bei ihr gehört „Stalin“ zum Sozialismus, bei ihr war der Sozialismus von einer solchen Praxis, die Gegenstand des Marxismus/Leninismus bleibt, ihr Marxismus/Leninismus ist um den realen Sozialismus erweitert, sie betrachtet das Ende/Beenden der Sowjetunion bzw. des Sozialismus in Europa nicht als Bestätigung einer kritischen Position gegenüber dem Sozialismus, sondern umgekehrt als kommunistische Parteien auch heute noch konstituierender gesellschaftlicher Anspruch.

Die KPD hat es dadurch leichter als die DKP, geschichtlich als Partei zu bestehen, die DKP weniger bis nicht. Sie wird die kapitalismuskritische kommunistische Partei bleiben, aber um ihre andere mögliche Hälfte unbestimmt bzw. umbestimmt bleiben. Die KPD hat bereits eine gesellschaftliche Basis, die DKP muß/müßte erst nach einer solchen suchen. (Weshalb es auch in der DKP die Tendenz gibt, nach einem neuen – oder einem anderen als realsozialistischen - Sozialismusbild zu suchen, hierbei anknüpfend an den wesentlichen inneren Gegensatz in dieser Frage im Sozialismus selbst). Sie könnte der KPD sagen: „Aber Eure Gesellschaft ist doch gescheitert“. Und was die KPD antworten?

Ja, das ist die Frage, das ist eine Antwort wert; darum kommt die KPD nicht herum. Alles Bekennen zum realen Sozialismus kommt nicht um die Antwort herum, warum er denn wieder aus der Geschichte verschwunden ist. Das Bekenntnis der KPD zum

Sozialismus allein reicht nicht aus, es muß ... um die Beantwortung der Frage, warum er denn nicht mehr existiert (man muß schließlich nicht gleich vom Scheitern sprechen, weil zuviel Politik in der Sowjetunion beim „Scheitern des Sozialismus“ mit im Spiele war), erweitert werden. (Apropos: Einfach vom Revisionismus zu sprechen, der für das Ende des Sozialismus verantwortlich, scheint mir zu einfach; ist denn der Revisionismus stärker als der Marxismus – auch im Sozialismus? Was macht/machte denn den Marxismus - im Sozialismus – so schwach?)

Wäre die DKP zu einer neuen Theorie vom Sozialismus (oder Theorie vom neuen Sozialismus) gezwungen, so die KPD zur Beantwortung der Frage, warum der ... richtige Sozialismus nicht mehr existiert. Ihrer Verantwortung, Antwort auf die jeweils beiden Fragen zu geben, sind beide Parteien noch nicht gerecht geworden. Weder hat die DKP ein anderes Sozialismus-Konzept vorgelegt (worin der reale Sozialismus, und wenn, dann auch den der DDR, kritisch verarbeitet worden), noch hat die KPD schon überzeugend dargelegt, warum sie es nicht mehr mit den Realitäten des Sozialismus zu tun hat – jedenfalls nicht mit dem „sowjetischen Modell“ (auch „stalinisches Modell“ genannt).

Es kommt also alles auf die Bereitschaft - zu einer theoretischen Initiative an. Zu mehr – meiner Meinung nach – zunächst nicht. Hierbei könnte die jeweils eine Partei durchaus auch die Initiative in Bezug auf den Gegenstand der anderen Partei ergreifen; die KPD sich also auch einmal näher mit dem Gegenstand „Neuer (oder anderer) Sozialismus“, und die DKP einmal näher mit dem Gegenstand Erklärung des „Scheiterns“ des Realsozialismus befassen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, also bevor es zu entwickelten, zu überzeugenden Antworten in Bezug auf beide Gegenstände kommt, liefe Vereinigung nur auf die Unterordnung der jeweils einen Partei unter die jeweils andere Partei hinaus – der DKP unter die KPD oder der KPD unter die DKP, in einer formell „einheitlichen“ Partei. Und das hätte keinen Sinn bzw. verschlechterte sogar den Sinn der jetzt beiden formell verschiedenen Parteien.

In der Verschiedenheit zweier Parteien, von KPD und DKP, sehe ich die Möglichkeit, statt über Personen über Parteien, über eine höhere Organisationsform als über eine personenbezogene „Organisation“ zur Klarheit in den beiden Fragen zu gelangen, in denen der Kommunismus, sowohl der kapitalismusassoziierte als auch der sozialismusassoziierte, uneins ist. Was ist „richtiger Sozialismus“, was Grund der Niederlage des angeblich „falschen“? Dass es in diesen beiden Fragen zu einer Konkurrenz-Situation der DKP und KPD gekommen ist, ist unübersehbar. Konkurrenz zwischen kommunistischen Parteien muß uns etwas Erlaubtes sein, solange es in der Theorie nicht stimmt. Dass es zu einem Gegensatz kommt, ist ein Extremfall. Er sollte an sich im Verhältnis von DKP und KPD ausgeschlossen sein, weil es ja ein Moment der -

ideellen – Einheit bereits gibt: Bezogen auf den Kapitalismus. Was fehlt, ist Einheit bezogen auf den Sozialismus selbst, die eigene Gesellschaft.

Als ersten Schritt zu einer wirklichen richtigen Einheit beider Parteien, ja Schritt zur Wieder- oder Weiter-Begründung des wissenschaftlichen Kommunismus/Marxismus, schlage ich vor, in jeweiligen Parteien Arbeitsgruppen zu bilden, die sich mit den beiden Gegenständen des Dissenses systematisch befassen, ernsthaft befassen, bis zur wirklichen Klärung befassen. Jedenfalls bis zu einer solchen Klärung, die theoretisch die Grundlage auch einer formellen Einigung kommunistischer Parteien sein kann. Zunächst sollten sie einfach Fakten wie aber auch Meinungen erfassen, zusammenfassen und zur Diskussion stellen. Dann/danach sehen wir weiter. Wir brauchen zunächst eine Erfassung von Meinungen bis hin zum Gegensatz, Einheit kann nur das letzte Ergebnis sein. Und wenn es selbst nicht zu dieser Einheit – in der theoretischen Position, um mehr geht es sowieso historisch nicht – kommt, wäre das schon ein Gewinn gegenüber dem bisherigen Zustand, dem bloßer Bekenntnisse, dem des weitgehenden Un- resp. Nichtwissens, dem auch von Unkenntnis bzw. auch einer Nicht-zur-Kenntnisnahme des historischen Problems des Sozialismus als solchen. Es gibt auch Fragen, die bereits im Sozialismus im Raume standen, ohne schon einer respektablen Lösung zugeführt worden zu sein – oder gar: zugeführt werden zu können; das sind also Fragen, die ein allgemein erst reflektierender Kommunismus noch gar nicht zur Kenntnis genommen hat. (2) Im Übrigen: Wir stehen überhaupt nicht am Anfang. Was im Eigentlichen fehlt, ist die Systematisierung. Des Wissens, des schon Erkantten.

Was aber, wenn es überhaupt nicht zur Einheit, einheitlichen Auffassung kommt? Nun, das wäre immer Uneinheit dem Subjekt, nie dem Objekt nach. Solange das Objekt noch die Partei ist, entscheiden Mehrheiten von Subjekten über den Charakter der Partei, und diese Form der Entscheidung entbehrt des Diktats - wie es aber notwendig wäre, wenn es beim Objekt schon um die Gesellschaft ginge. Diese „Gefahr“ droht uns also nicht.

Wollen wir aber auch eines nicht übersehen. Es gibt nicht nur noch kommunistische Parteien im Kapitalismus, es gibt auch eine kommunistische Partei – in China. Es läuft also keineswegs alles „auf uns“ hinaus. Auch China wird eine Antwort auf unsere Fragen sein. Auch China müssen wir mit auf unseren Gabentisch legen.

Anmerkungen:

1. Siehe dazu auch mein Beitrag in den „Marxistischen Blättern“, Heft 5/2017
2. Ich spreche hier die Lohnfrage an, wie ist sie denn bei gesellschaftlichem Eigentum der Arbeitenden zu lösen?

Geschichte des Sozialismus

W.A. Sacharow¹¹: Die Fälschung des 'Lenin-Testaments'

Einleitung (Redaktion 'Revolutionary Democracy'):

Wir veröffentlichen im Folgenden eine Analyse von Dokumenten, die angeblich von W. I. Lenin, bevor er starb, geschrieben oder diktiert wurden und die Kritik an J. W. Stalin üben. Der folgende Artikel wurde zuerst in der Zeitung 'Molnja' veröffentlicht, dem Organ der Bewegung 'Trudonaja Rossija', Übersetzung ins Englische durch Michael Lucas, veröffentlicht in der Artikelsammlung 'Die Lüge des Lenin-Testaments', Toronto 1997. Dem Artikel sind Auszüge aus 'Briefe an den Parteitag' vorangestellt, die angeblich von Lenin diktiert wurden. W. A. Sacharow stellt die Autorenschaft dieser und anderer diesbezüglicher Dokumente in Frage.

Briefe an den Parteitag

1. Brief

"Nachdem Genosse Stalin Generalsekretär wurde, verfügt er über eine unbegrenzte Machtfülle, und ich bin mir nicht sicher, ob er immer in der Lage sein wird, diese mit der gebotenen Zurückhaltung auszuüben. Genosse Trotzki dagegen - und das zeigt sein Kampf gegen das ZK in der Frage des Volkskommissariats für das Nachrichtenwesen - hat bereits unter Beweis gestellt, dass er nicht nur über außergewöhnliche Fähigkeiten verfügt. Er ist vielleicht im ZK der fähigste Mann zur Zeit, aber er hat auch ein Übermaß an Selbstbewusstsein an den Tag gelegt sowie eine übertriebene Beschäftigung mit der rein administrativen Seite der Arbeit."

25. Dezember 1922, geschrieben von M. W. (in: W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 36, Moskau 1971, SS. 594f).

2. Brief

"Stalin ist zu grob, und dieser Fehler, obwohl in unserer Mitte noch tolerierbar sowie im Umgang mit uns Kommunisten, disqualifiziert ihn als Generalsekretär. Deshalb würde ich vorschlagen, dass sich die Genossen einen Weg überlegen sollten, Stalin aus dieser Position zu entfernen und einen anderen Mann an seiner Stelle zu ernennen, der sich vom Genossen Stalin nur in einer Hinsicht vorteilhaft unterscheidet,

¹¹ 1997 von W. A. Sacharow, Kandidat der Geschichtswissenschaft, Übersetzung ins Deutsche: Gerhard Schnehen, November 2017, Quelle: <http://revolutionarydemocracy.org/rdv7n1/LenTest.htm>

nämlich dadurch, dass er toleranter, loyaler, höflicher und rücksichtsvoller den Genossen gegenüber ist und auch weniger launenhaft usw. Dieser Umstand mag wenig ins Gewicht fallen, aber ich meine, dass vom Standpunkt einer Vorkehrung gegen eine Spaltung und vom Standpunkt dazu, was ich über die Beziehung zwischen Stalin und Trotzki geschrieben habe, dies kein Detail ist, oder aber es ist ein Detail, das jedoch aber unter Umständen von entscheidender Wichtigkeit werden könnte."

4. Januar 1923, geschrieben von L. F. (Ebd.)

Die politische und wissenschaftliche Aktualität eines prinzipiellen Kampfes gegen jede Art von angeblich von W. I. Lenin verfassten Schriften ist für die gegenwärtige kommunistische Bewegung eine große Herausforderung. Dieser Kampf ist nicht nur rein defensiver Natur. Das Ziel besteht nicht darin, vor den Augen der Arbeiter ein Bild von Lenins Größe entstehen zu lassen, aber es besteht darin, den Sieg der kommunistischen Revolution zu bewahren und weiter voranzutreiben.

Diese Briefe des so genannten Testaments gehören nicht zu Lenin.

Unter den Legenden, welche eng mit dem Leben Lenins und seiner Arbeit verbunden sind, ist die hinterhältigste und raffinierteste und gleichzeitig schädlichste, was ihre politischen und ideologischen Folgen angeht, die Legende vom so genannten 'Politischen Testament' W. I. Lenins, zu der auch eine Reihe von Dokumenten gehören, die unter die Rubrik 'Letzte Artikel und Briefe' fallen. Das wissenschaftliche Problem besteht darin festzustellen, dass jedes einzelne dieser Dokumente tatsächlich von Lenin autorisiert wurde. Deshalb geht es darum, diese Dokumente einer Nachprüfung zu unterziehen.

Diese Dokumente wurden auf einer Schreibmaschine geschrieben. W. I. Lenin hat keines dieser Dokumente oder keinen dieser Briefe unterschrieben, und ihre Echtheit als solche kann deshalb auch nicht bestätigt werden. Die Unterschriften unter den maschinengeschriebenen Texten lauten M. W. oder L. F. . Diese Kürzel können jedoch nicht eine von Lenin selbst unterschriebene oder abgezeichnete Kopie ersetzen.

Es ist nun aber eine Tatsache, dass Lenins Autorenschaft für diese Dokumente leider von Anfang an nie öffentlich in Frage gestellt wurde. Es wurde als eine Tatsache hingestellt, dass W. I. Lenin der Autor dieser Dokumente sei. Dies wurde sogar von J. W. Stalin selbst akzeptiert. Dieser Umstand war natürlich eine große Hilfe für die Revisionisten, die sich nach Lenins Tod immer noch in der Führung der KPdSU befanden. Die Geschichte beweist jedoch, dass diese 'Dokumente' Teil einer Intrige waren.

Eine wissenschaftliche Analyse erfordert, dass diese Dokumente im geschichtlichen Zusammenhang gesehen und überprüft werden. Historische Analysen sollten nicht

den Zweck verfolgen zu zeigen oder zu beweisen, dass dieses oder jenes Dokument nicht zu W. I. Lenin gehörte. Die Beweislast muss in die andere Richtung gehen: Die Analyse muss beweisen, dass diese Dokumente tatsächlich zu den Werken gehören, die unter die Autorenschaft W. I. Lenins fallen.

Der Autor hat diese Dokumente untersucht, aber auch alle möglichen und verfügbaren Materialien in Archiven, und dies hat ihn zu der folgenden Schlussfolgerung veranlasst: Wenn man konkret und mit der Logik an die Untersuchung des so genannten 'Testaments' herangeht, dann kann man diese Dokumente in zwei Gruppen einteilen:

1. Dokumente, die unter Anwendung verschiedener Methoden eindeutig Lenin als Autor nachweisen;
2. Dokumente, die bei Anwendung wissenschaftlicher Methoden nicht seine Autorenschaft nachweisen können.

In diesem Zusammenhang müssen wir energisch darauf hinweisen, dass keine von Lenins Originaltexten, die unbestreitbar seine eigenen sind, auch nur irgendeinen Gedanken oder Ausdruck enthalten, der gegen Stalin gerichtet ist. Aber die Gruppe von Dokumenten, die zu dem umstrittenen 'Testament' von W. I. Lenin gehören (von denen wir behaupten, dass sie nicht von Lenin verfasst wurden), ist voller Anti-Stalinismus, und ist deshalb auch politisch in diesem Sinne motiviert gewesen.

Das 'Testament'

Die erste Gruppe von Dokumenten.

Tatsächlich basiert Lenins eigener Anteil am 'Testament' auf den folgenden Schriften:

1. auf seinen täglichen Eintragungen in seinem Termin-Kalender;
2. auf dem Artikel 'Wie wir Rabkrin umorganisieren müssen';
3. auf 'Besser weniger, aber dafür besser' sowie auf
4. 'Über unsere Revolution'.

Diese Schriften wurden in dem Zeitraum zwischen Anfang Januar und Anfang März 1923 veröffentlicht. Hinzu kommt noch der 'Brief an den Parteitag', der zwischen dem 26. und 29. Dezember 1922 diktiert wurde und der sich mit der Reorganisation des Zentralkomitees, der Arbeiter- und Bauerninspektion sowie mit Gosplan (dem obersten Volkswirtschaftsrat - Übers.) befasst.

Schließlich ist da noch seine Schrift über 'Die Genossenschaften', datiert vom 4.-6. Januar 1923.

Nicht alle Dokumente tragen Lenins Unterschrift. Aber der Wortlaut, die Arbeit daran (oder einzelne Arbeitsphasen) sind in verschiedenen Dokumenten von Lenins Sekretariat während seiner Bearbeitung festgehalten worden. Die Daten finden sich auch in den Dokumenten des Politbüros. All dies bestätigt ihre Echtheit. Mit anderen Worten: Es bedeutet, dass zu einem Zeitpunkt, als Lenin an diesen Dokumenten arbeitete, er sie beendet hatte und er noch in der Lage war, ihre Fertigstellung zu überwachen, es eine leicht überprüfbare Fußspur gibt. Das heißt also, dass diese Dokumente an verschiedenen Orten gleichzeitig auftauchen und dass sie von W. I. Lenin, nachdem sie von seinem Sekretariat fertig gestellt worden waren, bestätigt wurden. Lenin erhielt sie also, um sie noch mal durchzusehen, oder er benutzte sie für das Einfügen von Verweisen - zu einer Zeit, als die Diskussionen im Zentralkomitee der Partei noch andauerten. Diese internen Dokumente widersprechen auch nicht einander und beinhalten auch keine sich widersprechenden Meinungen der einen Person gegen eine andere innerhalb der Führung. Es gibt in diesen Dokumenten ausformulierte Gedanken, jedoch keine grundlegenden Abweichungen von den Zielen anderer Dokumente. Schließlich stehen sie in keinem Gegensatz zu anderen Empfehlungen seitens W. I. Lenin. Man kann also sagen, dass es innerhalb dieser Dokumente und zwischen ihnen eine Übereinstimmung gibt.

Angriffe gegen Stalin

Die zweite Gruppe von Dokumenten.

Hier lassen sich Teile in 'Lenins Testament' ausmachen, die nicht von ihm stammen, und die ganz anderer Natur sind. Das Problematische an ihnen kann man so zusammenfassen:

1. Wir sehen dort stets einen typischen Eintrag: 'diktiert von W. I. Lenin'. Das geschieht in der Zeit zwischen dem 24. und dem 25. Dezember 1922, aber auch am 4. Januar 1923. Und in diesen Dokumenten finden sich dann auch die Angriffe gegen J. W. Stalin. Stalin war damals faktisch Lenins rechte Hand und einer der Führer der Partei.
2. In dieser zweiten Gruppe taucht ein angeblicher Artikel von Lenin auf, der mit 'Zur Frage der Nationalitäten oder 'die Autonomie' überschrieben ist.
3. Dazu gehört ein politischer Brief an Trotzki, Mdivani und Macharadse, der zwischen dem 5. und 6. März 'diktiert' wurde und der eine Solidaritätserklärung mit ihnen enthält, also ein Brief, der auf der Linie jenes Artikels liegt.
4. Dazu gehört ein 'Schreiben' an J. W. Stalin, in dem mit dem 'Bruch der persönlichen Beziehungen' gedroht wird.

All diese Dokumenten zeigen, dass Lenin sie selbst nicht verfasst hat, und es gibt auch keine Zeugen, die bestätigen können, dass er jenen Brief an Stalin selbst geschrieben hat! Aber dennoch darf sich der Leser natürlich fragen, woher wir diese Information über die Dokumente denn haben. Unsere Vermutung wird bestätigt durch Folgendes:

1. Durch das 'Tagebuch' von Lenins Sekretärinnen;
2. durch die Personen, die die Dokumente an das gesamte Zentralkomitee der KPdSU übergaben.

Untersuchen wir diese beiden Punkte etwas genauer:

Das 'Tagebuch' des Sekretariats ist hier sehr aufschlussreich. Es ist bis heute als Dokument nie in Frage gestellt worden. Das liegt daran, dass es nie auf wissenschaftliche Weise, im Detail und im historischen Kontext untersucht worden ist. Tatsächlich wurde es nicht für nötig befunden, dies zu tun, weil es ja bekannt war und akzeptiert wurde, aber das 'Tagebuch' nach dem 18. Dezember 1922 kann nicht als Dokument über die tägliche Arbeit von Lenins Sekretariat angesehen werden! Das liegt daran, dass es die Arbeit anderer Autoren ist und in der Absicht angelegt wurde, Änderungen vorzunehmen - Änderungen theoretischer und politischer Natur - durch Autoren, die sich damals gut getarnt haben. Wenn man realistisch sein will, muss man sagen, dass es sich um fabrizierte, gefälschte Dokumente handelt.

Sehen Sie selbst: Mit dem Beginn von Lenins Krankheit zwischen dem 18. und dem 22. Dezember zog sich Lenin aus seiner Arbeit zurück. Leider hörte sein Sekretariat in dieser Zeit auch praktisch auf zu existieren, und von dann ab wurden keine täglichen Eintragungen mehr vorgenommen, und Pläne wurden aufgeschoben. Aber von dem Moment an, wo dieses 'Tagebuch' wieder geführt wird, erhalten wir eine völlig neue 'Version' von dem, was Lenin angeblich diktiert haben soll. Es gibt dort ganze Seiten, die leer sind, und es gibt nur noch unregelmäßig Eintragungen. Zwischen Seiten, auf denen ein paar Eintragungen zu sehen sind, befinden sich leere Seiten in diesem Zeitabschnitt. Das versetzte die Initiatoren des 'Testaments' in die Lage, diese leeren Seiten auszufüllen.

Chronologische Wunder

Dies wird bestätigt durch die folgende Analyse der Chronologie bzw. der Zeitabfolge.

Sie wird zeigen, dass die Sekretärin L. A. Fotjewa angehalten wurde, am 28. Dezember 1922 und an folgenden Tagen eine Eintragung zu machen: am 4. Januar, am 9., am 19. sowie am 24. Die Sekretärin M. W. Woloditschewa versprach, die Eintragungen für den 26. Dezember 1922 sowie für den 17. März vorzunehmen.

Aber dies ist noch längst nicht alles. Da kommt noch das eine oder andere 'dazwischen' - sowohl im Kalender als auch im Sekretariat selbst, was von Frau Fotjewa und von Frau Woloditschewa vermerkt wird. Es folgt nun eine merkwürdige Aneinanderreihung von Daten: Am 30. Januar finden wir einen weiteren Eintrag versehen mit dem Datum 26. Januar; dann wieder am 30. Januar noch einen weiteren Eintrag. Es gibt Einträge am 31. Januar für den 24. Januar; dann einen letzten, dritten Eintrag am 30. Januar 1922.

Die Eintragungen im Februar gehen ähnlich wild durcheinander wie die vom Januar: Am Morgen des 7. Februar schreiben die Sekretärinnen das Datum vom 10. Februar; danach, am Abend des 7. Februar, taucht das Datum 9. Februar auf. Am Morgen des 9. Februar eine zweite Eintragung. Das Herumhüpfen im Tagebuch wird dann schließlich am 9. Februar beendet.

Dies zeigt sehr deutlich, dass all diese Daten manipuliert sind, und das wir hier etwas vor uns haben, was nicht dem entspricht, als was die Feinde es uns glauben lassen wollen. Eine wissenschaftliche Analyse zeigt auch, dass nach dem 18. Dezember laut Eintragungen die Frau Stalins, Nadeschda S. Allilujewa (die auch bei Lenin als Sekretärin arbeitete - Übers.), keine Eintragungen in dem 'Tagebuch' vornahm, obwohl sie weiterhin dort arbeitete und mit anderen Arbeiten beschäftigt war.

Es tauchen dann Hinzufügungen im 'Tagebuch' auf, und zwar auf den Seiten für den 23., 24. Dezember und den 17. und 30. Januar. Dies beweist, dass man im Nachhinein weitere Eintragungen vorgenommen hat. All diese 'untypischen' Einschreibungen im 'Tagebuch' werden meist wegerklärt mit der Behauptung, dass die Arbeiten nicht abgeschlossen wurden. Aber irgendetwas scheint vorgefallen zu sein, das verhindert hat, dass das 'Tagebuch' nicht mehr ganz bis zu seinem logischen Ende manipuliert werden konnte.

Neben dem 'Tagebuch' der Sekretärinnen existieren auch noch tägliche Eintragungen von Seiten der Ärzte, die sich um W. I. Lenins Gesundheit gekümmert haben. Und wir finden hier eine ganze Reihe von Unstimmigkeiten zwischen dem 'Tagebuch' der Sekretärinnen und den Aufzeichnungen dieser Ärzte, was Einzelheiten, Daten und andere Bemerkungen angeht.

Um nur ein Beispiel anzuführen: Die Sekretärinnen erwähnen in ihrem 'Tagebuch' nicht, dass W. I. Lenin an bestimmten Tagen arbeitete, während die Ärzte notierten, dass er an solchen Tagen sehr wohl arbeitete, nämlich am 25., 29., 31. Januar, zwischen dem 1. und 4. Januar, am 10. Januar, am 13. Januar, zwischen dem 16. und dem 27. Januar und dann zwischen dem 18. und dem 20. Februar, zwischen dem 25. und dem 27. Februar und auch am 2. und 3. März. Wenn man das zusammenrechnet,

kommt man auf 20 Tage, an denen es Unterschiede gibt zwischen den Notizen der Ärzte und den völlig fehlenden Eintragungen der Sekretärinnen an diesen Tagen.

Es gibt auch ein umgekehrtes Beispiel: Tage, an denen er nicht mit seinen Sekretärinnen arbeitete, obwohl uns diese erzählen wollen, dass er es tat und dass sie von ihm Diktate erhielten! Sie behaupten also, dass er mit ihnen zwischen dem 24. und dem 26. Dezember gearbeitet habe (am 25. Dezember schrieb Lenin angeblich den ersten Stalin-kritischen Brief, in dem Trotzki gelobt wird, siehe oben - Übers.), dann im Februar am 3., 9., 10., 12. und 14. Das sind schon wieder acht Tage, die mit den Notizen der Ärzte nicht übereinstimmen. Man überlege sich mal: Ein 'Tagebuch', das tägliche Aufzeichnungen von Ereignissen enthält, wobei die Eintragungen an 28 Tagen von insgesamt 72 nicht mit denen eines anderen Tagebuchs übereinstimmen oder ihm sogar direkt widersprechen!

Es ist sehr interessant, was an jenen 'fragwürdigen Daten' passierte, als die Arbeit angeblich von den Sekretärinnen ausgeführt wurde. Denn ausgerechnet in dieser Zeit wurde die Kritik an J. W. Stalin verfasst, aber auch der Artikel zur nationalen Frage, der die Qualität einer Bombe hat, die man für Stalin auslegte.

Daraus folgt, dass es diese Informationen sind, die man nachträglich ins 'Tagebuch' eingefügt hat, die dann die Grundlage abgeben für die These, dass Lenin tatsächlich die Briefe gegen Stalin, den Artikel 'Zur Frage der Nationalitäten oder die 'Autonomie' sowie die Briefe vom 5. und 6. März 1923 verfasst hat.

Trotzkis Arbeit

Die Lage kann auch nicht durch die verschiedenen Memoiren gerettet werden, die Trotzki oder Lenins Sekretärinnen, darunter Fotjewa, Woloditschewa und Glyasser, geschrieben haben. Sie alle versuchen den Eindruck zu erwecken, dass jene Dokumente tatsächlich echt und von W. I. Lenin selbst geschrieben worden sind. Sie alle versuchen zu beweisen, dass es eine 'historische und faktische Grundlage' für diese Dokumente gibt.

Wenn man jedoch diese 'Dokumente' selbst miteinander vergleicht, dann zeigen sich so viele deutliche Unterschiede zwischen den Aufzeichnungen der Ärzte, aber auch untereinander, dass man diese Angaben nicht für glaubwürdig halten kann, und dass W. I. Lenins Autorenschaft für all diese Texte dadurch auch nicht hergestellt werden kann. Uns bleibt nur, ihren Worten zu glauben, und die einfache Logik überzeugt uns davon auch nicht. Aber damit geben sich nur solche zufrieden, die sich täuschen lassen wollen.

Der historische Kontext der Veröffentlichungen und ihre Verwendung für die politischen Auseinandersetzungen stehen der Einschätzung entgegen, dass es sich hier um

ein letztes Testament handelt, das von W. I. Lenin aufgesetzt wurde und dann über die Führung des Zentralkomitees, dem Politbüro und Lenins engsten Genossen der Partei zugeleitet wurde.

Erstens:

Zunächst einmal widerspricht ein solcher Geheimappell W. I. Lenins Geisteshaltung, aber auch seiner politischen Arbeitsweise.

Zweitens:

Diese Schriften-Dokumente wurden nicht unter normalen Umständen diktiert, denn Lenin besaß Möglichkeiten genug, um ganz offen an die Partei zu appellieren, um seine Vorschläge, die er für zweckmäßig und notwendig hielt, zu übermitteln. Es gab kein 'Gefängnis-Regime', das angeblich von J. W. Stalin eingerichtet wurde, während Lenin noch lebte. Die Tatsache, dass es innerhalb des Zentralkomitees der KPdSU und im Politbüro verschiedene politische Gruppierungen gab, aber auch einen Kampf untereinander, garantierte jedem, der versucht haben würde, Lenins Dokumente zu verheimlichen, eine sichere Niederlage.

Drittens:

Es wäre unlogisch gewesen, irgendwelche Entscheidungen zu irgendwelchen Fragen aufzuschieben, von denen die Existenz der Partei damals abhing, aber auch die Zukunft der Revolution und sie auf einen späteren Zeitpunkt, auf den nächsten Parteitag zu verschieben. Es war ja völlig unsicher, wann nach einem in naher Zukunft eintretenden Tod Lenins solch ein aufgeschobener Parteitag stattfinden würde, und man konnte ja auch gar nicht wissen, wann der todkranke Lenin sterben würde.

All diese Beispiele zeigen, dass die Dokumente nicht echt waren. Aber gehen wir der Frage nach, wer die Urheber des 'Testaments' waren. Wer konnte von ihnen profitieren? Die Autoren dieser Legende, des Leninschen 'Testaments', sind Trotzki, Fotjewa, Sinowjew und Bucharin. Sie waren es, die diese Texte in die politische Arena 'einfügten', lange vor W. I. Lenins Tod. Sie warteten so lange, bis Lenin nicht mehr in der Lage war zu schreiben, zu diktieren oder Materialien zu lesen. Sie selbst schrieben diese Dokumente, um ein politisches Instrument für ihren Kampf gegen J. W. Stalin zu haben. Trotzki, mit Unterstützung einer der Sekretärinnen, von Fotjewa, fabrizierte den sog. Artikel 'Zur Frage der Nationalitäten oder 'Autonomie'. Während sie dies taten, behaupteten sie in aller Öffentlichkeit, dass sie keinerlei Direktiven dafür hatten, dass jedoch W. I. Lenin sie dazu aufgefordert habe, aber sie konnten dann nicht mehr sagen, wann genau dies geschehen sei.

Aber dieses Manöver seitens dieser Elemente war nicht von Erfolg gekrönt, weil der Staat der UdSSR auf dem 12. Parteitag der Partei verkündet wurde. Auf diesem Par-

teitag versuchten sie, indem sie sich auf 'Lenins Text' bezogen, die UdSSR zu zerstückeln, die nun gerade erst vom Parteitag bestätigt worden war.

Sie konnten sich noch so sehr anstrengen, waren aber nicht mehr in der Lage, die neu gegründete UdSSR wieder aufzulösen. Der Kampf gegen sie wurde von J. W. Stalin angeführt. Es war ausgerechnet während dieser Debatte über die Gründung der UdSSR, dass der 'Aufsatz', der angeblich von W. I. Lenin geschrieben worden sei, von Trotzki verbreitet und dann an W. I. Lenins Sekretariat weiter gereicht wurde, um dort im 'Tagebuch' registriert zu werden!

Nach dem Parteitag tritt Trotzkis harter Kampf gegen J. W. Stalin in eine neue Phase. Ende Mai 1923 (einen Monat nach dem 12. Parteitag, der im April 1923 stattfand - Übers.) übergibt Krupskaja (W. I. Lenins Frau - Redaktion RD) Sinowjew den Text eines 'diktierten Materials', datiert vom 24./25. Dezember 1922, in dem sich die 'Personenbeschreibungen von ZK-Mitgliedern' befinden. Sie überreicht ihn nicht dem ZK-Sekretariat, wozu sie verpflichtet gewesen wäre, sie übergibt ihn nicht in die Hände des Politbüros, sondern nur einem einzelnen Mitglied, der selbst den Ehrgeiz hat, das Land zu führen.

Sinowjew war auch sehr über die wachsende Autorität und das Prestige J. W. Stalins verbittert. Sinowjew informiert also jetzt die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und das Präsidium der Zentralen Kontrollkommission. Obwohl W. I. Lenin darin offensichtlich den Wunsch äußerte, dass das Material dem Parteitag übergeben werden soll, erwähnt sie dies noch nicht einmal und lässt die Zeit bis dahin verstreichen. Sie sagt, dass 'dieses Dokument nur dem Zentralkomitee übergeben werden soll'.

Die Legende, die in diesem Brief enthalten ist, taucht später immer wieder neu auf und hat schwerwiegende Folgen. Dieser Brief wird zur Zeit des innerparteilichen Kampfes geboren. Zwei Monate später informieren Sinowjew und Bucharin J. W. Stalin, den Generalsekretär der KPdSU, der auf dem Parteitag (1922 - Übers.) gewählt worden war, und teilen ihm mit, dass dieser 'Brief' existiere, also der 'diktierte Brief' vom 4. Januar 1923. Dies geschieht genau zu der Zeit, als Sinowjew und Bucharin durch ihre Manöver versuchen, Stalins Arbeit der Partei zu unterstellen, an deren Spitze sie selbst zusammen mit Trotzki in der Mehrheit sind.

Sie versuchen, W. I. Lenins Autorität dafür auszunutzen. Diese so genannten 'diktierten Briefe' werden nun zum Hebel dafür, Stalin zu entmachten, weil sie selbst nicht über genügend eigene Autorität verfügen, um Stalin abzusetzen. Die inneren Feinde spannen die Muskeln an, um Stalin herauszufordern, indem sie sich ausschließlich auf die angeblich 'diktierten Briefe' W. I. Lenins berufen.

Der Fälschungsmechanismus

Die Geschichte dieser Dokumente und die ihrer Veröffentlichung liefern keine konkreten Beispiele für eine Autorenschaft W. I. Lenins. Dagegen spricht auch der Stil in dem sie verfasst wurden, aber auch andere Besonderheiten. Der Inhalt sowie die 'Charakteristiken' vernebelten sich im Lauf der Zeit, so als ob dies gewollt gewesen wäre - in einem solchen Ausmaß, dass Streitereien darüber, was denn nun eigentlich der genaue Inhalt davon ist, bis auf den heutigen Tag weitergehen.

Die erste Reaktion kam von Tomski (sowjetischer Gewerkschafter und Freund Bucharins, der mit zum 'Block der Rechten und Trotzlisten' gehörte - Übers.). Er sagte: 'Wenn man ein beliebiges Publikum nimmt, wird niemand daraus verstehen, was es eigentlich bedeutet.'

In dem Text selbst gibt es keinerlei Anhaltspunkte und Fakten dazu, dass der Text von W. I. Lenin verfasst und diktiert wurde. Aber es gibt etwas Licht im trüben Wasser des Textes selbst. Angesichts der Unwahrhaftigkeit sowie der kaum verständlichen Gedanken, die der Autor des Textes versucht rüberzubringen, besteht kein Zweifel daran, was er sagen will:

Setzt J. W. Stalin als Generalsekretär des Zentralkomitees ab!

Das Gleiche kann über die Briefe vom 5. und 6. März gesagt werden. Auch dort keine Unterschrift von W. I. Lenin, auch keine Registrierung dieses Briefes in den Akten des Sekretariats. Dafür gibt es Gründe. Wir müssen verstehen, warum diese 'Briefe' von Trotzki, Mdivani und anderen im Kampf gegen J. W. Stalin in der Frage des Aufbaus eines Bundesstaates der Nationen nicht verwendet wurden.

Der Kampf war hart, und die Feinde versuchten auch hier die Autorität W. I. Lenins und die Dokumente voll für sich zu nutzen. Aber erst sehr viel später werden sie in voller Länge 'an die Welt' weitergereicht. Trotzki verwendet die Dokumente erst im Herbst 1923. Diese Briefe werden erst veröffentlicht, als der Versuch, Stalin als Generalsekretär loszuwerden, fehlgeschlagen war. Trotzki versucht uns jetzt weiszumachen, dass es zwischen ihm und Lenin ein volles Einverständnis und eine enge Zusammenarbeit gab - gegen Stalin. Der Missbrauch, sowohl politisch als auch psychologisch, kommt jetzt richtig in Schwung. Aber Stalin hält diesen Attacken stand.

Feinde der UdSSR gegen Lenin und Stalin

Der Brief, in dem Lenin angeblich die persönliche Verbindung zu Stalin abbrechen will, muss noch genauer untersucht werden. Wir müssen an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die ganze Geschichte der diktierten Briefe und ihre angebliche Übermittlung an J. W. Stalin sehr dunkel und widerspruchsvoll ist. Der Leser oder die Leserin sollte selbst eigene Untersuchungen anstellen. Dafür verweisen wir auf den folgenden

Text: M. I. Uljanowa und M. W. Woloditschewa in: W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 45, Seite 486 ('Iswestja', ZK der KPdSU, 1989, Nr. 12, S. 198f).

Woloditschewa gab an, dass sie selbst den diktierten Brief geschrieben habe. Aber das Merkwürdige ist, dass es für dieses Dokument zwei verschiedene Kopien gibt mit zwei verschiedenen Versionen: Die eine ist von J. W. Stalin unterschrieben und verfasst (oder war das jemand anders?), die andere (angeblich von Woloditschewa), die von Anfang bis Ende so viele Abänderungen aufweist, dass sie nicht wieder zu erkennen ist. Und wie kommt es, dass diese zweite Version auch unterschrieben ist? Warum gibt es gleich zwei Antworten von J. W. Stalin? Warum sollte J. W. Stalin zwei verschiedene Versionen an W. I. Lenin abschicken wegen W. I. Lenins angeblicher Kritik an ihm? Und warum gelangte keine von beiden je in Lenins Hände? Die Zeitspanne zwischen J. W. Stalins Antwort (7. März) und der physischen Unfähigkeit W. I. Lenins, wieder normal zu funktionieren (10. März), hätte genügend Zeit gelassen, eine Antwort von dem einen Büro an das andere zu schicken.

Auch der Artikel zur Nationalitätenfrage ist gleich in mehreren Punkten unglaubwürdig. Die politische Lage damals entwickelte sich nicht nur völlig unerwartet für W. I. Lenin, und es ist auch völlig unangebracht, W. I. Lenin eine Russophobie zu unterstellen. Aber auch die Art, wie der Artikel formuliert ist, macht es unmöglich, Lenin darin wieder zu erkennen.

Um Beispiele anzuführen: Dort heißt es an einer Stelle: 'Ich habe schon in meinen Schriften über die nationale Frage geschrieben.' Und dann noch einmal: Der Autor schlägt vor zu warten (gemeint mit der Gründung der UdSSR zu warten, die am 30. Dezember 1922 vollzogen wurde - Übers.), und zwar so lange, 'bis der Regierungsapparat uns gehören wird'. Lenin hat im Dezember 1922 solche Fragen aber überhaupt nicht aufgeworfen.

Wenn wir dieser 'Logik' folgen, dann hätte die UdSSR damals überhaupt nicht entstehen dürfen, aber auch die transkaukasische Union hätte es nicht geben dürfen. Aber W. I. Lenin hat damals darum gekämpft, dass diese Republik gegründet wurde - gegen Mdiwani und seine Anhänger (georgische Nationalisten innerhalb der georgischen kommunistischen Partei - Übers.). Aber davon mal abgesehen: Dann hätte die Russische Föderative Sowjetrepublik auch nicht gegründet werden dürfen, weil ja 'der Regierungsapparat immer noch nicht uns gehörte' (!).

Der Autor des Dokuments verbindet die Verwirklichung des Rechts der Republik-Nationen auf Austritt aus der UdSSR, so wie dies in der Verfassung garantiert wurde, mit der Frage des Wesens des Regierungs- und Staatsapparates!

Der 'Regierungsapparat' war jedoch nicht die gesetzgebende Körperschaft, die dieses Recht gewährte. Das waren die Volksdeputierten, die im Obersten Sowjet der UdSSR

saßen, denn der Regierungsapparat war nur sein Diener und das ausführende Organ seiner Beschlüsse. Lenin wusste sehr wohl, wer, wo und wie diese Frage behandelt werden würde: und zwar nur im Rahmen des Systems der Diktatur des Proletariats, die er selbst geschaffen und gestärkt hatte.

Die Argumentation, die in den 'Briefen' angeboten wird, stammt nicht aus dem Leninischen Repertoire. Diese Art von Argumenten finden wir nur bei den internen Streitereien der Separatisten in der nationalen Frage. Die Frage der 'Autonomie' wieder aufzuwerfen, nachdem die Frage der Bildung der UdSSR schon entschieden war, kann nicht W. I. Lenins Vorschlag gewesen sein, und kann auch nicht zu seinen Prinzipien gezählt haben. Es hätte bedeutet, zu einer Frage wieder zurückzukehren, die schon lange vorher entschieden war.

Ende 1922 sprach kein einziger mehr über die Bildung der UdSSR auf der Grundlage einer Autonomie. Deshalb sprachen sich auch alle gegen eine solche Autonomie aus, was nichts anderes als die Beseitigung der Russischen Föderativen Sowjetrepublik bedeutet hätte. Wo soll in dieser Beziehung eine Lenin-Frage bestanden haben? Der Autor dieses 'Lenin-Artikels' muss unter den Feinden der Einheit der sowjetischen Republiken und der Föderation gesucht werden.

Lenin gehörte nicht zu diesen Elementen, zu diesen Feinden der Einheit der Sowjetrepubliken. In diesem Lager gab es drei klar unterscheidbare Gruppen, die von Mdiwani, Swanidse und Rakowski (einem Trotzki-Anhänger - Übers.) beeinflusst wurden. Es muss die Identität des Autors dieses Artikels ermittelt werden, und es gibt Hinweise, die darauf schließen lassen, dass der Autor kein anderer als Trotzki war. Lenin konnte dieser Autor nicht sein. Leider gibt es dazu noch keine handfesten Beweise, aber alle Fakten weisen auf Trotzki.

Lenin für Stalin, Trotzki gegen Stalin

Wenn man das politische Ideengut dieses falschen 'Testaments' untersucht, dann erkennt man, dass es nicht den politischen Kampf auf realistische Weise widerspiegelt, der damals im Zentralkomitee der Partei in der Luft lag, in dem W. I. Lenin die führende theoretische Rolle spielte. Es ist auch eine politische Tatsache, dass sich J. W. Stalin damals nicht selbst zum Generalsekretär ernannt hat, sondern dass es W. I. Lenin war, der jemand suchte, um ihn ersetzen zu können, der auf dem 11. Parteitag (Frühjahr 1922 - Übers.) alles tat, um gewährleisten, dass J. W. Stalin sein Nachfolger als Generalsekretär wurde.

W. I. Lenin verschickte keine Dokumente, Briefe oder Vorschläge, um anzudeuten, dass Stalin nicht in der Lage sein würde, Generalsekretär zu werden. Lenin hat nie eine solche Sprache in seinen Reden, Ratschlägen oder Kommentaren gewählt, und im 'Testament' findet man all dies nicht. Bilden Sie sich selbst Ihr eigenes Urteil.

Lenin sieht gute Aussichten für unsere Revolution, während Trotzki nur ständig darauf verweist, dass man eine permanente Revolution brauche, so im Januar und im November 1922. Lenin treibt die Verschmelzung von Partei und Regierung voran, während Trotzki dagegen ist, der dafür eintritt, die Regierung an die Leine zu nehmen. Lenin tritt für eine Umbildung der Arbeiter- und Bauerninspektion ein, während Trotzki für ihre Abschaffung ist. Lenin ist für das Aufblühen von Gosplan, als Expertenkommission, Trotzki hingegen ist dafür, daraus eine bloße operative Planungsgruppe zu machen usw. usf.

War es in dieser Situation wahrscheinlich, dass W. I. Lenin eine persönliche Attacke gegen Stalin reiten würde, gegen seinen engsten politischen Verbündeten, um dann vorzuschlagen, dass der höchste Posten an seinen fanatischen Widersacher gehen sollte, nämlich Trotzki? Wir können uns dieser Sicht der Dinge in keiner Weise anschließen. Eine realistische Einschätzung von Lenins 'Testament' ist etwas ganz anderes. Sie liefert Lenins Verbündeten Munition für einen weiteren Kampf gegen Trotzki bei ernststen Fragen der sozialistischen Revolution.

Lassen Sie uns zu einer Schlussfolgerung gelangen. Wir haben gute Gründe anzunehmen, dass Lenin nicht der Autor dieser Artikel, Briefe oder anderer Dokumente war. Wir brauchen heute historische Korrekturen, um Lenins Lehren von diesen Fälschungen zu säubern. Wir müssen Lenins 'Testament' im Zusammenhang mit dem politischen Leben in dieser Zeit sehen, im Zusammenhang mit den politischen Kämpfen, die von W. I. Lenin in den Jahren 1921/22 gegen Trotzki geführt wurden. Dieser Kampf wurde von Lenin zusammen mit Stalin, als seinem zuverlässigsten Verbündeten geführt, der Lenins Linie vorantrieb und ihr folgte, der nach Lenins Tod die schwere Last der Fortsetzung des Kampfes gegen Trotzki auf sich nahm. Der fabrizierte Text des 'Testaments' kann nur in einem viel größeren Zusammenhang verstanden werden, im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen innerhalb des ZK der Partei gegen Trotzki und seine Gruppe. Aber mit diesem Kampf, der antileninistisch war, der von Sinowjew genährt und vorangetrieben wurde, war auch ein Kampf gegen Stalin verbunden. Der ganze Plan dieser beiden Gruppen bestand objektiv darin, Stalin aus der Führung zu verdrängen mit Hilfe der Autorität W. I. Lenins, um den politischen Kurs der Russischen Kommunistischen Partei, Bolschewiki, zu ändern.

Wir müssen uns bewusst sein, dass die Grundlage für den Kampf um die Führung ein historischer Kampf um die prinzipielle Frage der sozialistischen Revolution war. Aus Platzgründen kann dies hier nicht weiter diskutiert werden. Wir geben uns mit der Bemerkung zufrieden, dass in Trotzki's Archiv im Anschluss an Lenins 'Brief' mit der Charakterisierung von Stalin, die Kopie davon eine Abänderung in Trotzki's eigener Handschrift enthält, in der es heißt: 'Ich habe meine eigene Kopie überarbeitet. L. Trotzki'.

Die Fälschungen gehen weiter

Die Märchen, die auf der Grundlage der letzten Aufsätze und Briefe von W. I. Lenin in die Welt getragen wurden, nahmen auch später kein Ende - auch Jahre nach Lenins Tod nicht. Chruschtschow und Gorbatschow haben ihre eigenen Dinge hinzugefügt, ihre eigenen Interpretationen geliefert in diesem ganzen Sumpf. Teile von Lenins Briefen wurden verwendet, um die Bedürfnisse der heutigen, zeitgenössischen Feinde zu befriedigen. Sie wurden hauptsächlich auf anti-stalininistische Weise genutzt. Um ein Beispiel anzuführen: In dem Brief vom 23. Dezember gibt es den Satz von Lenin: 'Ich würde dies gern mit Euch teilen ...'. In den Publikationen dieser Zeitgenossen aber heißt es: 'mit euch', wodurch eine ganz andere Bedeutung entsteht. Lenin wandte sich an den Parteitag und schrieb 'euch' groß, was dieser verdiente im Unterschied zu dem 'mit euch', was an jedermann gerichtet sein kann, und nicht an eine Einheit, die vom Volk gewählt wird. Dieser Brief wurde sogar in Lenins Sekretariat als Brief an J. W. Stalin für den Parteitag registriert. Aber dies bestätigt umso deutlicher seinen Charakter, wenn dieser mit Euch - großgeschrieben - adressiert wird. Aber Nikita Chruschtschow entschied anders, denn es war für ihn nützlicher, damit eine Kritik an Stalin zu verbinden. In dem Satz Lenins: 'Dies hat einen enormen Einfluss auf alle 'Gerichtshöfe' in der Partei, wurde das Wort 'Gerichtshof' einfach in 'Gesetzbuch' abgeändert. Damit werden nicht nur die Worte Lenins verfälscht, sondern der Begriff verliert auch völlig seine ursprüngliche Bedeutung. Wie viele Gerichtshöfe kann es in einer Partei geben und was sind das für Gerichte?

In politischen Sprachgebrauch von W. I. Lenin in seinen letzten Jahren sind die Dinge klar. Wenn er 'Gerichtshof' schrieb, dann meinte er damit die verschiedenen Oppositionellen, die ständig die Partei kritisierten, um ihren Kurs zu ändern. Zu diesen Richtern an Gerichtshöfen gehörte in erster Linie Trotzki und seine Gesellschaft. Mit diesen 'Richtern' führte er einen erbitterten Kampf, so wie Stalin dies auch tat, an den jener Brief adressiert war - der wichtigste Freund und Helfer von W. I. Lenin. Diese 'Richter' wurden in dieser Hinsicht 'Kritiker' genannt oder 'unsere Suhanowisten', so Lenin in dem Brief, den er am 26. Dezember diktierte, aber auch in dem Artikel, der mit 'Über unsere Revolution' überschrieben ist (W. I. Lenin, Bd. 45, Seiten 347, 383, 385). Der Satz Lenins: '50 bis 100 Mitglieder des ZK unserer Partei müssen es von der Arbeiterklasse verlangen', wurde abgeändert in: '... unsere Partei hat das Recht dazu.' Lenin schrieb, dass das ZK fordere, dass 50 bis 100 neue Mitglieder in das erweiterte ZK aufgenommen werden sollten, während die Fälscher daraus machten: 'Die Partei bittet darum'. Diese Fabrikation wurde notwendig, damit der Brief an J. W. Stalin als ein Brief an den Parteitag angesehen werde, und nicht als ein Brief, der einen Gedankenaustausch zwischen Lenin und Stalin enthält.

In dem Aufsatz Lenins 'Wie wir Rabkrin umorganisieren sollten', der auch von den Feinden verfälscht wurde, heißt es: 'dass keine Macht, weder der Generalsekretär noch ein anderes Mitglied des ZK sich in die Arbeit der Zentralen Kontrollkommission einmischen darf oder das Recht hat, der Kontrollkommission irgendwelche Anliegen für ihre Arbeit zu übergeben ...' (Lenin, 'Gesammelte Werke', russ., Bd. 4, sic, S. 387). Die Erwähnung des Generalsekretärs dient dem Zweck und wird verwendet, um damit J. W. Stalin zu treffen. Aber in den Archiven (so in der 'Prawda' vom 25. Januar 1923) findet sich nirgends das Wort Generalsekretär! Der ursprüngliche Satz lautete: 'keine Macht könnte genutzt werden ...'. Dies ist eine offene Fälschung, mit der der Versuch unternommen wird zu zeigen, dass dies ein 'Dokument' Lenins zur Kritik an Stalin ist, womit der ganze Sinn des Testaments verfälscht wird.

Ideologische Provokationen

Wir wissen inzwischen, welche Bedeutung dem Aufsatz 'Über Kooperation' in der Periode der Perestroika gegeben wurde. Mit Hilfe dieses Artikels versuchten die Revisionisten alles, was sonst noch von W. I. Lenin geschrieben wurde, auszumerzen. Unter diesem Slogan versuchten sie die Notwendigkeit zu unterstreichen, alle Seiten des Sozialismus einer Überprüfung zu unterziehen. Obwohl es bei W. I. Lenin diesen Begriff nicht gibt, versuchten sie ihn dennoch für ihre Ideologie der Perestroika zu benutzen. Hier haben wir es mit offenen Fälschungen zu tun. In Lenins Werken gibt es weder ein Wort Kooperation noch einen Aufsatz dazu (Lenin sprach von Genossenschaften - Übers.), aber es gibt eine erste und eine zweite Ausgabe dieses Artikels. Lenin war, als er diesen Artikel schrieb, mit dem Inhalt noch nicht zufrieden. Irgendwie könnte man das noch klarer sagen, wird er sich gedacht haben. Dies wird durch die Randbemerkungen bestätigt, die er sich dazu machte, was den Feinden nicht entgangen sein konnte, die wussten, dass Lenin an wichtigen Dokumenten arbeitete. Lenin schrieb in seinen Randbemerkungen:

'Nicht eine der beiden Versionen gefällt mir, weil sie Formulierungen enthalten, die man von einem ideologischen Standpunkt aus gesehen näher erläutern müsste, und beide müssen in gewisser Weise noch abgeändert werden.'

Diese Randnotiz ist datiert vom 7. Januar 1923. Natürlich formuliert diese Randbemerkung nicht den gesamten Text aus. Wir sollten versuchen herauszufinden, womit Lenin nicht zufrieden war bei seiner Arbeit in dieser wichtigen Frage.

Von Bucharin zu Chruschtschow, weiter zu Gorbatschow

Der Artikel über 'Die Kooperation' gelangte in die Hände von Bucharin. Von Chruschtschow aus gelangte dieses 'Dokument' zu Gorbatschow, und hier vor unseren Augen befindet sich nun diese ideologische Bombe, getarnt mit Lenin als eigentlichem Autor. Das Dokument wurde erweitert und in dieser entstellten Form von

Chruschtschow missbraucht, als er daran ging, den sozialistischen Staat zu verstümmeln. Das wurde dadurch möglich, weil der erlogene Vorwand eine wichtige politische Wirkung hinter den Kulissen hatte. Zu Bucharins Zeiten wurde der Artikel benutzt, um die Kulaken als Klasse zu retten, zu Chruschtschows Zeiten wurde er als Instrument benutzt, um Stalins These zu kritisieren, dass in Zeiten einer kapitalistischen Umkreisung die Erfolge des Sozialismus immer deutlicher werden, während die Überreste der zerstreuten Ausbeuterklassen 'immer intensiver versuchen werden, alles daran zu setzen, um den sozialistischen Staat zu stürzen, dass sie den sowjetischen Staat immer stärker versuchen werden zu schädigen, als letztes Mittel, um ihre privilegierte Klassenpositionen zu retten.'

Die Kritik an diesem Text verhalf Chruschtschow dazu, eine Kampagne gegen Stalin auszulösen. In seiner Amtszeit wurde er benutzt, um den Menschen den Glauben an den ideologischen Weg für den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR auszutreiben, damit sie den nicht-sozialistischen Weg und den Kapitalismus in der UdSSR akzeptierten, um ihnen die Notwendigkeit zu verdeutlichen, die sozialistische Macht über das Land zu brechen, ihnen zu sagen, dass wir irgendwie verloren sind und dass es keinen Sinn mache, den Sozialismus zu verbessern, dass dabei nichts herauskommt, dass es nichts Wichtigeres als unsere Geschichte gibt ...

Naja, der Leser weiß ja sehr genau, was und wie es war und was dabei herausgekommen ist.

Marxistisch-leninistisches Fernstudium

Konzeption des marxistisch-leninistischen Fernstudiums von KPD und offen-siv, Frühjahr 2018 bis Sommer 2019

Am Wochenende des 10./11. März 2018 beginnt ein neuer Durchgang unseres marxistisch-leninistischen Fernstudiums

„Lernen, lernen und nochmals lernen“ (Lenin)

*„Lerne es! Laß es dich nicht verdrießen! Fang an! Du mußt alles wissen!
Du mußt die Führung übernehmen.“ (Brecht)*

Vorweg: Das Fernstudium 2016/17 konnte mit Erfolg abgeschlossen werden. Danach wollten die Teilnehmer nicht einfach so auseinanderlaufen. Sie berieten über die Weiterführung und kamen unter anderem zu den Ergebnissen, das Fernstudium weiterzuführen. Zusätzlich wurden drei Arbeitsgruppen für langfristige Publikationsprojekte gegründet, und ein erstes Seminar zur Ausbildung von Referenten haben wir bereits durchgeführt. Fernziel ist die Regionalisierung des Studiums. Gleichzeitig haben wir den Beginn eines weiteren Durchgangs des Fernstudiums ab März 2018 beschlossen, welches wie immer allen Interessierten offensteht. Sechzehn Teilnehmer/innen des nun abgeschlossenen Fernstudiums werden ein zweites Mal daran teilnehmen.

Mit diesem Konzept wurde eine neue Qualität erreicht.

Inhaltliches: Die Schulung soll die Grundlagen des Marxismus-Leninismus vermitteln. Sie wird mit einer Einführung in die erkenntnistheoretischen und philosophischen Grundlagen beginnen, also mit dem dialektischen und historischen Materialismus, dann wird es um die Ökonomie gehen, d.h. Marxsche Kapitalanalyse, Leninsche Imperialismustheorie. Abgeleitet daraus sollen die Grundlagen der politischen Ökonomie des Sozialismus erarbeitet und die historische Erfahrung analysiert werden. Danach soll es mehr um Politisches gehen: Klassenkampf, Lenins Parteitheorie, Revolutionstheorie, Bündnispolitik, Kampf gegen den Revisionismus, Diktatur des Proletariats, flankiert von konkreten Analysen aktueller Ereignisse, z.B. im Trikont, aber auch in Europa und in der BRD. Hier wollen wir auch die Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa analysieren.

Die hauptverantwortlichen Teamer für das Fernstudium werden Jürgen Geppert und Frank Flegel sein, unterstützt von je kompetenten Fachreferenten.

Zur Form des Fernstudiums: Da die potentiellen Teilnehmer/innen weit über das Land verstreut sind und weder wir noch die KPD die Kapazitäten besitzen, in der Fläche regional bzw. kommunal kontinuierliche Schulungsarbeit durchzuführen, haben wir uns für die Form des Fernstudiums entschieden.

Diese Form bedeutet, dass es zentrale Wochenendseminare geben wird und dazwischen dreimonatige Phasen von Gruppen- bzw. Einzelarbeit vor Ort. Während der Wochenendseminare werden die Referenten die logische Struktur und die wichtigsten „Eckpunkte“ der je kommenden dreimonatigen Lernetape darstellen, den Teilnehmern/innen zum Ende des Seminars Leitfragen mit auf den Weg geben und nach etwa zwei Monaten um Antworten auf die Leitfragen bitten, um das je nächste Seminar konkret vorbereiten zu können. Im Ganzen denken wir an einen Zeitraum von etwas mehr als eineinhalb Jahren, jeweils unterteilt in 3-monatige Blöcke, es soll sieben Wochenendseminare geben.

Anforderungen an die Teilnehmer/innen: Das Programm ist nicht unkompliziert, es setzt kontinuierliche Arbeit und einige Disziplin voraus. Andererseits ist es auch zu schaffen: als Teilnehmer/in muss man ein- bis zweimal wöchentlich zwei bis drei Stunden Studienzeit aufbringen können und man muss alle drei Monate zu einem zweitägigen Wochenendseminar (Sa. und So.) fahren können. Und man muss sich anschaffen: Karl Marx, Das Kapital, MEW Bd. 23 und Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (es gibt vielerlei Ausgaben). Des weiteren werden wir gedruckte bzw. kopierte schriftliche Materialien, im wesentlichen Klassikertexte, verteilen.

Technisches und Organisatorisches: Die Seminare sind zweitägige Wochenendseminare, Beginn sonnabends um 12.00 Uhr, Ende sonntags um 14.45 Uhr. Die Zeiträume für die Seminare werden sein: März, Juni, September und November 2018, März, Juni und September 2019. Der Tagungsort wird Hannover sein. Unterkunft am Tagungsort ist möglich, man bringt Trampermatte/Luftmatratze und Schlafsack mit oder man kommt nur mit einem Schlafsack und verlässt sich auf eine der vor Ort vorhandenen Matratzen. Duschen sind vorhanden. Für die Verpflegung sorgen wir selbst, d.h. die „Teamer“ sorgen dafür.

Kosten: Wir müssen einmalig 15,- Euro für die Druck- und Kopierkosten der Materialien, die wir verteilen, einsammeln. Und für die Miete des Tagungsortes und die Verpflegung müssen wir 10,- Euro pro Person und Wochenende erheben. Dazu kommen natürlich je individuell die Kosten für Hin- und Rückfahrt.

Für Bedürftige mit hohen Reisekosten bitten wir um Spenden, damit fehlendes Geld kein Hindernis für's Lernen ist.

Anmeldungen:

Tel: 05572 – 999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com

Wir bitten um Spenden für Fahrtkostenzuschüsse:

Spendenkonto: Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,
Konto-Nr. DE10 2505 0180 0021 8272 49, Kennwort: Fernstudium.

Überblick über den inhaltlichen Aufbau anhand der Seminarstruktur:

Erstes Seminar , 10./11. März 2018:

Samstag

12.00 - 14.30 Uhr:

- 1.- Technisches (Übernachtungen, Verpflegung, Finanzen usw.)
- 2.- Überblick über das gesamte Fernstudium.
- 3.- (Punkt 3 und 4 sind nicht mehr als eine Einführung, wir kommen im Verlauf des Fernstudiums immer wieder auf diese Fragen zurück.) Wissenschaftsbegriff und Begriff des „Begriffs“, Erkenntnistheorie, Materialismus (und Idealismus), Basis-Überbau-Modell.
- 4.- Der Begriff der Gesellschaftsformation, das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, Grundsätzliches zum Historischen Materialismus.

14.30 - 15.00 Uhr:

Pause

15.00 - 16.30 Uhr:

Die bisherigen Gesellschaftsformationen der Menschheit: Urgesellschaft, Stammesgesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus.

16.30 - 17.00 Uhr:

Pause

17.00 - 19.00 Uhr:

Kapitalismus: Marxsche Methode, dann:

Ware und Geld, Arbeitswerttheorie, Doppelcharakter der Ware und der Arbeit, Wert und Preis der Ware, Herausbildung des Geldes

19.00 - 19.30 Uhr:

Abendessen,
danach Zeit zum Quatschen, Kennenlernen usw.

Sonntag

09.00 – 10.30 Uhr:

Kurzwiederholung Marxsche Methode, dann Kurzwiederholung Ware und Geld.
Fetischcharakter der Ware und des Geldes.

Die Warenzirkulation. Verschlingung der Zirkulationsketten.

10.30 - 11.00 Uhr:

Pause

11.00 – 12.30Uhr:

Verwandlung von Geld in Kapital: Der einfache Begriff des Kapitals, die Arbeitskraft als Ware, Mehrwertproduktion=Ausbeutung bei Einhaltung des Gesetze des Warentausches.

Die notwendig entstehenden Charaktermasken.

Die Klassen und der ökonomische Klassenkampf.

12.30 - 13.00 Uhr:

Mittagspause

13.00 – 14.00 Uhr:

Mystifizierung der Oberfläche des Kapitals (Stichwort Zirkulationssphäre), Unsichtbarkeit der Ausbeutung – was ist der Lohn? Zusammenfassung: Warenfetisch, Geldfetisch, der schöne Schein der Oberfläche des Kapitals, Unsichtbarkeit der Ausbeutung. Der Begriff des „notwendig falschen Bewusstseins“.

14.00 – 14.45 Uhr:

Literaturhinweise, Rückmeldung über das Seminar, danach Heimreise.

Zweites Seminar , 2./3. Juni 2018:

Samstag

12.00 – 14.00 Uhr:

Wiederholung und Klärung offener Fragen der ersten Etappe.

14.00 – 14.30 Uhr

Pause

14.30 – 16.00 Uhr

Formen der Mehrwertproduktion, Produktivkraftsteigerung im Kapitalismus, der Begriff der produktiven Arbeit (darin Exkurs zur Benachteiligung der Frau im Kapitalismus).

lismus), Mehrwertrate und Profitrate, die Jagd nach dem Extraprofit. Der Kapitalfe-tisch.

16.00 – 16.30 Uhr

Pause

16.30 – 17.30 Uhr:

Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Produktivkraftsteigerung, Arbeitslosigkeit, Ableitung des Bankkapitals.

17.30 - 18.00 Uhr:

Pause

18.00 – 19.00 Uhr:

Monopolbildung, Monopolprofite, Folgen für die Gesellschaft.

19.00 – 20.00 Uhr

Abendessen,

danach Klönen, Diskutieren, Kontakte verstärken usw. oder evtl. ein spezielles Thema mit einem auswärtigen Referenten.

Sonntag

09.00 – 09.20 Uhr:

Kurze Wiederholung: Formen der Mehrwertproduktion, Begriff produktiver Arbeit, allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, Monopolbildung.

09.20 – 10.30 Uhr:

Organische Zusammensetzung des Kapitals und Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Die allgemeine Krise des Kapitals.

10.30 – 11.00 Uhr:

Das Gesetz der ungleichen Entwicklung. Ausplünderung der Peripherie und die Entwicklung konkurrierender imperialistischer Zentren. Kriege der Zentren gegeneinander und um weltweite Einflussphären.

11.00 – 11.30 Uhr:

Pause

11.30 – 12.30 Uhr:

Lenins Imperialismustheorie, darin Besonders: Das Finanzkapital, die Tatsache, dass es sich um faulenden, sterbenden Kapitalismus handelt und deshalb die Alternative vor der Tür steht: der Sozialismus.

12.30 – 13.30 Uhr:

Mittagspause

13.30 – 14.30 Uhr:

Literaturhinweise, Rückmeldungen zum Seminar. Danach: Heimreise.

Drittes Seminar, 1./2. September 2018:

Samstag

12.00 – 14.00 Uhr:

Wiederholung und Klärung offener Fragen der zweiten Etappe.

14.00 – 14.30 Uhr

Pause

14.30 – 16.30 Uhr

1. Marxistische Krisentheorie. Die zyklische Bewegung des Kapitals – oder: die Reproduktionszyklen und ihre Auswirkungen. Dabei zur Illustration evtl. Gruppenarbeit anhand der Statistiken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der BRD, dabei besonderes Augenmerk auf die Geschichte der letzten tiefen Krise, also die Krisenentwicklung von 2007/8 und die Entwicklung bis heute.

2. Aktuelle Internationalisierung des Krisengeschehens bezogen auf Europa und die USA. Darin evtl. Gruppenarbeit anhand der Daten ausgewählter anderer Staaten (Italien, Spanien, Griechenland, USA). Deutschland als Gewinner.

16.30 – 17.00 Uhr:

Pause

17.00 – 18.00 Uhr

Andere kapitalistische Krisenformen: Strukturkrisen, Rohstoffkrisen, Absatzkrisen, Finanzkrisen (Bankencrash).

18.00 – 19.00 Uhr

Abendessen.

19.00 – 21.00 Uhr:

Evtl. ein spezielles Thema mit einem auswärtigen Referenten nach Absprache mit den Teilnehmern/innen.

Sonntag:

09.00 -10.30 Uhr

Der deutsche Imperialismus. Vorgeschichte des 1. Weltkrieges. Vorgeschichte des 2. Weltkrieges.

Die Nachkriegsordnung.

10.30 – 11.00 Uhr

Pause

11.00 – 12.00 Uhr

Der deutsche Imperialismus seit 1989.

12.00 – 12.45 Uhr

Mittagspause

12.45 – 14.00 Uhr

Die Funktion von IWF, Weltbank und EZB. Die aktuelle Situation der imperialistischen Konkurrenz, die Frage der „Weltwährung“. Die aktuellen Machtblöcke: Deutsch-Europa, USA, Russland, China. Rolle der Gegenründungen: BRICS-Staaten, Schanghai-Staaten, Alba und Südamerika.

14.00 – 14.30 Uhr

Literaturhinweise, Rückmeldungen zum Seminar, aufräumen, danach: Heimreise.

Viertes Seminar, 24./25. November 2018:

Samstag

12.00 – 12.30 Uhr:

Organisatorisches.

12.30 – 14.00 Uhr:

Wiederholung und Klärung offener Fragen der dritten Etappe.

14.00 – 14.30 Uhr:

Pause.

14.30 – 16.00 Uhr:

Überwindung des Kapitalismus/Imperialismus = Kommunismus. Warum gibt es keine andere Lösung? Systemanalyse versus jeglicher Reformversuche.

Voraussetzung: Staatstheorie.

Was ist ein Staat, ab wann gibt es ihn in der Menschheitsgeschichte und warum.

Funktionen des bürgerlichen Staates (Rechtssicherheit, allgemeine Produktionsbedingungen, Aufrechterhaltung des Systems). Formen des bürgerlichen Staates (Konstitutionelle Monarchie, Militärdiktatur, Faschismus, parlamentarische „Demokratie“). Dabei ausführlich die parlamentarische Demokratie. Integrationsfunktion des Parlamentarismus. Illusionen in den Parlamentarismus. Rekurs auf die Mystifizierung der Oberfläche des Kapitals.

Kritik des Reformismus und der Illusion vom „parlamentarischen Weg“. (D.h. des „Demokratischen Sozialismus“, des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, warnende Beispiele: Chile, Nicaragua, heute in Gefahr: Venezuela). Bedeutung und Überschätzung der Erklärung der „Menschenrechte“ und der UNO.

16.00 – 16.30 Uhr:

Kaffeepause.

16.30 – 18.00 Uhr:

Politische Ökonomie des Sozialismus, theoretische Grundlagen, erster Teil:

Definition Kommunismus, Definition Sozialismus.

Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Voraussetzung dafür: Erringen der politischen Macht der Arbeiterklasse, (wie? Durch Zerschlagen der alten Staatsmaschinerie

und Aufbau eigener Machtorgane), d.h. politische und ökonomische Entmachtung der Kapitalistenklasse, d.h. deren Enteignung, d.h. Eliminieren der Bourgeoisie als Klasse. Neue Wirtschaftsform: Planwirtschaft.

Planwirtschaft = es herrscht nicht das Wertgesetz, sondern eine von Menschen für Menschen gestaltete Ökonomie, d.h. die Ökonomie wird das erste Mal in der Geschichte der Menschheit dem menschlichen Willen zugänglich (natürlich bei Berücksichtigung der grundlegenden Wirtschaftsgesetze, vor allem der Reproduktion und der Produktivkraftsteigerung).

Planwirtschaft = Volkswirtschaft versus Betriebswirtschaft, es zählt nicht die Rentabilität eines Betriebes, sondern die Rentabilität der gesamten Volkswirtschaft. Planwirtschaft = Wirtschaftsdemokratie. Der Begriff „Demokratie“. Kein Plan ohne Mitwirkung des Volkes an seiner Gestaltung. Demokratie ist der Planwirtschaft wesenseigen. Das ist wirkliche Demokratie. Vergleich parlamentarische Demokratie und sozialistische Demokratie.

18.00 – 19.00 Uhr:

Abendessen.

19.00 – ca. 21.00 Uhr:

Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland

Sonntag

09.00 – 09.30 Uhr:

Kurze Wiederholung vom Samstag.

09.30 – 10.30 Uhr:

Politische Ökonomie des Sozialismus, theoretische Grundlagen, zweiter Teil:

Der Staat im Sozialismus. Ökonomie und Staat. Der Staat wird Gesellschaft. Rolle des Zentralismus (Zentralismus als Bedingung für das spätere „Absterben“ des Staates im Kommunismus).

Funktion des Geldes im Sozialismus. Funktion des Arbeitslohns im Sozialismus. Rolle der Partei. (Verschmelzung oder Trennung von Staat und Partei?) Klassenkampf im Inneren. Klassenkampf von außen.

10.30 – 11.00 Uhr

Pause

11.00 – 12.00 Uhr:

Praxis des Sozialismus in der UdSSR, erster Teil: Der Aufbau

Die Neue Ökonomische Politik. Die Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Industrialisierung. Der Klassenkampf im Land und in der Partei. Die Masseninitiativen. Der Sieg im 2. Weltkrieg.

12.00 – 13.00 Uhr:

Mittagspause.

13.00 – 14.00 Uhr:

Praxis des Sozialismus in der UdSSR, zweiter Teil: Der Abbau der Planwirtschaft und die Konterrevolution

Das Revisionismusproblem: Opportunismus und der klassische Revisionismus, Opportunismus und der moderne Revisionismus.

Analyse des Rückbaus der Planwirtschaft in der Sowjetunion seit 1953: Die Ära Chruschtschow, die Kossygin-Reformen, Gorbatschows Perestroika

14.00 – 14.30 Uhr:

Literaturhinweise, Rückmeldungen zum Seminar, Aufräumen, danach Heimreise.

Fünftes Seminar (März 2019):

Samstag

12.00 - 12.30 Uhr:

Begrüßung, Organisatorisches.

12.30 - 13.30 Uhr:

Wiederholung und Klärung offener Fragen der vierten Etappe.

13.30 - 14.15 Uhr:

Die strittige Frage von Wertgesetz und Warenproduktion im Sozialismus.

14.15 - 14.30 Uhr:

Pause

14.30 - 16.30 Uhr:

DDR, der Aufbau

Gründung der DDR (und vorher der SED), das Brechen des Bildungsmonopols, die Lösung der Landwirtschaftsfrage, die Sozialpolitik, die Jugendpolitik, die Friedenspolitik, die internationale Solidarität

16.30 - 17.00 Uhr:

Pause

17.00 - 19.00 Uhr:

DDR, die Konterrevolution

Erstarken des Revisionismus in der SED, Opportunismus, Wirtschaftsprobleme, Zerstörung der DDR.

19.00 - 20.00 Uhr: Pause

Abendessen

20.30 Uhr bis ?:

Fragen und Diskussionen

Sonntag:

09.00 - 12.00 Uhr:

Forschungs-Lerneinheit: „Die Verbrechen des Revisionismus“
Tafelbild auf Zuruf, Strukturierung durch den Referenten.

Evtl. (bei Einverständnis und Bereitschaft der Teilnehmer/innen): Verschriftlichung durch freiwillige Teilnehmer/innen (Redaktionskollektiv) und Herausgabe als Broschüre. (*Als Beispiel vom vergangenen Seminar die Broschüre: „Was wäre, wenn ... wir morgen in Deutschland Planwirtschaft hätten?“*)

12.00 - 13.00 Uhr: Pause

Mittagessen

13.00 - 14.00 Uhr:

Der Anti-Stalinismus.

Die Erscheinung und das Wesen, die Legenden und die Tatsachen.

14.00 - 14.30 Uhr:

Literaturhinweise,

Rückmeldung über das Seminar, Aufräumen, Heimreise.

Sechstes Seminar (Juni 2019):

Samstag:

12.00 - 12.30 Uhr:

Begrüßung, Organisatorisches.

12.30 - 13.45 Uhr:

Wiederholung und Klärung offener Fragen der fünften Etappe.

13.45 - 14.00 Uhr:

Pause

14.00 - 15.30 Uhr:

Endredaktion unserer Flugschrift „Die Verbrechen des Revisionismus“

15.30 - 16.00 Uhr:

Pause

16.00 – 16.45 Uhr:

Parteitheorie, Teil 1: Der Weg zur Organisation der Klasse: Die Partei.

Klassen und Klassenkampf, Klasse an sich und Klasse für sich. Notwendigkeit der Partei. Wissenschaft und Partei.

16.45 - 18.30 Uhr:

Parteitheorie, Teil 2: Kaderpartei oder Massenpartei? Die Partei und die Theoriebildung. Der demokratische Zentralismus. Fraktionsverbot. Parteidisziplin. Kampfformen.

Strategische Probleme der kommunistischen Partei (und der kommunistischen Weltbewegung):

Proletarischer Internationalismus, Dialektik von Reform und Revolution, Partei und Gewerkschaften, Bündnispolitik, Aktionseinheit. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie und die historischen Erfahrungen mit der Einheitsfronttaktik. Das Revisionismusproblem. Klarheit der Theorie, Klarheit der Partei, Kampf gegen den Revisionismus - und Notwendigkeit von Kompromissen in der politischen Praxis.

19.00 – 20.00 Uhr:

Abendessen

20.00-21.00 Uhr:

Lenins Revolutionstheorie.

Sonntag:

09.00 – 09.45 Uhr:

Die typischen Einfallsstore des Revisionismus auf der politisch-agitatorischen Ebene.

09.45 - 10.30 Uhr

Kriterien für kommunistische Agitation und Propaganda, abgeleitet aus den Mystifizierungen der Oberfläche des Kapitals und der Fetischbildungen sowie den Illusionen in die parlamentarische Demokratie.

10.30 – 10.45 Uhr:

Pause

10.45 Uhr - 11.45 Uhr:

In Kleingruppen: Exemplarische Analysen vorhandener historischer und aktueller Beispiele für kommunistische Agitation und Propaganda, Reflexion, Kritik und Verbesserung.

11.45 – 12.45 Uhr

Vorstellung der Gruppenarbeitsergebnisse.

12.35 – 13.30 Uhr:

Mittagessen

13.30 – 14.15 Uhr:

Gemeinsame inhaltliche Planung des letzten Seminars, vor allem der vorgesehenen Diskussionen.

14.15 - 14.45 Uhr:

Literaturhinweise, Rückmeldung über das Seminar, Aufräumen, Heimreise.

Siebentes und letztes Seminar (September 2019):

Samstag

12.00 - 12.30 Uhr:

Begrüßung, Organisatorisches.

12.30 - 14.00 Uhr:

Wiederholung und Klärung offener Fragen der sechsten Etappe.

14.00 - 14.30 Uhr:

Pause

14.30 – 16.30 Uhr:

Anti-imperialismus – das Programm der Kommunistischen Internationale für die antikolonialen Befreiungskriege.

Überblick über die Geschichte der anti-imperialistischen Bewegungen: Kommunistisch orientierte Befreiungsbewegungen, nationalrevolutionäre Bewegungen, die – selbstverständlich verblörende – Funktion der Religionen.

16.30 – 17.30 Uhr:

Wie ist die aktuelle Lage der kommunistischen Bewegung in Deutschland? Das Elend der ideologischen Verwirrung und der Spaltung und Zersplitterung.

17.30 – 18.30 Uhr:

Abendessen

18.30 – 20.30 Uhr:

Moderierte grundsätzliche Diskussionsveranstaltung nach vorher (beim 6. Seminar) verabredeten Themenschwerpunkten.

Grundsätzliche inhaltliche Ausrichtung:

a) Was sind die dringlichen Aufgaben für Kommunisten/innen heute, welche Anforderungen an Theorie und Praxis stellen sich, also: was ist notwendig?

b); also: wie sind die Möglichkeiten?

Sonntag

09.00 – 12.00 Uhr:

Was tun? Diskussion auf der am vorigen Abend entwickelten Grundlage.

Dabei auch: Zukunft des Fernstudiums.

12.00 – 13.00 Uhr:

Mittagspause

13.00 - 14.00 Uhr:

Konkrete Verabredungen für die Zukunft.

14.00 – 14.45 Uhr:

Rückmeldung über das Seminar und das Fernstudium, Aufräumen, Heimreise.

Redaktion offen-siv, Ideologische Kommission der KPD

Aus der Leser/innen-Post

Günther Lunkwitz: Für meine Argumentation sehr wichtig

Die Zeitschrift offen-siv ist für meine Argumentation sehr wichtig. Sie ist die einzige Quelle, mit Ausnahme der Klassiker des Marxismus-Leninismus, von der ich schöpfen kann. Es werden ja immer weniger, mit denen man über die gesellschaftlichen Fragen sprechen kann. „Kommunismus“ und „Kommunist“ sind Schimpfworte geworden. Dabei habe ich den Namen Stalin noch nicht einmal erwähnt, selbst mir gut bekannte Genossen sind auf den Leim der imperialistischen Ideologie gegangen.

Hermann Jacobs: Gegenpol

Lieber Frank, dem „offen-siv“ ein weiteres erfolgreiches Jahr! Es ist schon etwas wert, dass es Euch gibt. Ihr seid ein Gegenpol zu so manchem Unsinn, der über unsere Bewegung verbreitet wird. Was uns beide betrifft, so haben wir uns ein wenig - aber nie absolut - aus den Augen verloren, aber das kann passieren bei einem so gravierenden Umbruch der Geschichte, mit dem niemand, jedenfalls nicht in unseren Breiten, gerechnet hat. Da sollten - auch, wenn auch nicht nur - Unterschiede *im Erklären* erlaubt sein. In der Haltung natürlich nicht.

Den Beitrag des „offen-siv“ beim Erklären schätze ich als historisch ein. In gewisser Weise sogar führend, denn es gibt keine Partei (!), die einen vergleichsweisen Standpunkt vertritt wie Ihr.

Der Bruch trat nun in der Tat mit Chruschtschow ein. Indem er den Beitrag Stalins zum objektiven Beginn einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft nicht würdigte, öffnete er das Tor für eine Spaltung bzw. für die Entwicklung eines Gegensatzes in den kommunistischen Parteien - und weltweit. Heute endet der „Marxismus-Leninismus“ bei Lenin. (Gilt insbesondere - in Deutschland - für die DKP.) Der Kommunismus betrügt sich um seine Fortsetzung aus einer politischen Revolution in eine gesellschaftliche Praxis hinein.

Dies ist nun zu überwinden. Das ist nicht einfach, weil es beim realen Aufbau des Sozialismus auch zu einem Problem kam: Wie hat denn nun sein ökonomisches System wirklich auszusehen? Die Klarheit und Konsequenz beim politischen Ziel der Revolution setzte sich nicht fort beim ökonomischen Ziel der Revolution. Es muss daher klar werden, dass die Herstellung bzw. Fortsetzung des marxistischen Wissens resp. Bewusstseins eines etwas *allseitigeren Subjekts bedarf, als wir es in der politi-*

schen Voraussetzung des Sozialismus hatten. Gut, Du kannst Dich auf Gossweiler stützen – der war ein genauer Analyst sowjetischer *Politik*. Ich hatte mich immer mehr auf die ökonomische Seite konzentriert. Sie entbehrte eines solchen Wegweisers. Selbst Stalin war es noch nicht – wenn auch in wichtigen Seiten. Aber: Konkrete Produktionsverhältnisse bedürfen der Produktion als ihrer Voraussetzung. Das ist die Schwierigkeit, sie ist eine der *parteilichen* Bestimmung, also welche/wessen Partei ergreift man denn nun?

Also, auf ein Jahr 2018 mit mehr Klarheit „über uns“.

Redaktionelles

Anna C. Heinrich, Frank Flegel: Ende der Debatte

Die Debatte zwischen Gerhard und Frank über die Einschätzung des aktuellen Handelns der DKP-Führung um Patrick Köbele wollen wir hiermit einstellen. Es gab keine Zuschriften zu diesem Thema. Eine Fortführung nur zwischen Gerhard und Frank aber würde kaum über eine Wiederholung der bereits vorgetragenen Argumente hinausgehen können.

Dass Gerhard in der Debatte von „linkssektiererische Tendenzen“ sprach, dass er die Existenz einer Redaktion unserer Zeitschrift anzweifelte und dass er verlangte, wir sollten interne Antworten auf Anfragen oder Kontaktaufnahmen mit Name und Text veröffentlichen (wer würde uns noch antworten, wenn wir es täten?), war zwar etwas befremdlich, weil nahe an einer Diffamierung (siehe offen-siv 9-2017, S. 88ff), aber wir wollen das hier auch nicht künstlich aufblasen.

Der inhaltliche Dissens bleibt, Gerhard und Frank schätzen die DKP-Führung unterschiedlich ein. Gerhard ist der Auffassung, dass die Führung um die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in der Partei ringt, Frank hält das Verhalten der Führung für zentristisch mit all den negativen Auswirkungen, die der Zentrismus mit sich bringt (siehe offen-siv 4-2017, S. 57ff und offen-siv 6-2017, S. 43ff).

Die Zukunft wird zeigen, wohin der Weg tatsächlich geht.

Absender. Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360

Entgelt bezahlt